

Günter Buchstab (Hrsg.)

Eugen Gerstenmaier (1906–1986)

Kirche – Widerstand – Politik

Mit Beiträgen von:

Günter Buchstab

Joachim Scholtyseck

Martin Honecker

Norbert Lammert

Michael Klein

Rudolf Morsey

Eine Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Bei den hier abgedruckten Beiträgen handelt es sich um die überarbeiteten Reden, die im Rahmen einer Gedenkveranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Sankt Augustin zum 100. Geburtstag und 20. Todestag Eugen Gerstenmaiers am 12. Juni 2006 gehalten worden sind.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Umschlag nach einem Entwurf der Druckerei Paffenholz, Bornheim,
unter Verwendung eines Fotos aus dem Archiv für
Christlich-Demokratische Politik

Die Beiträge sind in der von den Autoren gewählten Rechtschreibung
abgedruckt.

© 2006, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin

Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck – auch auszugsweise – allein mit Zustimmung der Konrad-
Adenauer-Stiftung.

Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 3–939826-02-2

Inhalt

Einführung	7-12
<i>Günter Buchstab</i>	
Gerstenmaier im Dritten Reich und in der Bundesrepublik – Widerstehen und Sich Wehren	13-25
<i>Joachim Scholtyseck</i>	
Gerstenmaier und die evangelische Kirche	27-43
<i>Martin Honecker</i>	
Zwischen Demut und Selbstbewusstsein – Gerstenmaier als Bundestagspräsident	45-59
<i>Norbert Lammert</i>	
Gerstenmaier – Der „Chefideologe“ der Union	61-72
<i>Michael Klein</i>	
Gerstenmaier und Adenauer	73-91
<i>Rudolf Morsey</i>	
Auswahlbibliographie	93-115
Autoren und Herausgeber	117

Einführung

Günter Buchstab

Der bisher am längsten amtierende Bundestagspräsident, von 1954 bis 1969, ist – wie viele Politiker der ersten zwanzig Jahre der Bundesrepublik – kaum noch im öffentlichen Bewußtsein präsent. Dabei galt er bis zu seinem Abgang von der politischen Bühne als einer der einflußreichsten und prägenden Persönlichkeiten der Bundesrepublik und der CDU. Am ehesten ist sein Name wohl im Bonner Raum geläufig, wo der „Lange Eugen“, das frühere Abgeordnetenhaus, noch an ihn erinnert.

Deshalb seien die wesentlichen Stationen seines Lebens kurz in Erinnerung gerufen: Vor hundert Jahren, am 25. August 1906, ist Eugen Gerstenmaier in Kirchheim/Teck auf der Schwäbischen Alb geboren und im Alter von knapp 80 Jahren am 13. März 1986, also vor zwanzig Jahren in Bonn ver-

storben. Nach einer kaufmännischen Ausbildung machte Gerstenmaier 1929 das Abitur mit Auszeichnung nach, sozusagen als Spätberufener im Alter von 25 Jahren, und nahm als Stipendiat der Studienstiftung des Deutschen Volkes in Tübingen das Studium in den Fächern Theologie und Germanistik auf. 1932 wechselte er an die Universität Rostock, wo er dann weiterhin Theologie studierte, als zweites Fach aber Philosophie wählte. Besonders prägend für ihn wurde sein Lehrer, der Philosoph und systematische Theologe Friedrich Brunstäd, der seine Lehrtätigkeit in systematischer Theologie mit abendländischer Philosophie verband. 1934 wechselte er für ein Auslandssemester nach Zürich zu Emil Brunner, kehrte dann nach Rostock zurück, wo er im Herbst 1935 mit „summa cum laude“ promoviert wurde. Danach trat Gerstenmaier ein Vikariat in Gaildorf (Württemberg) an, übernahm aber schon wenige Monate später die Stelle eines wissenschaftlichen Mitarbeiters im Kirchlichen Außenamt der Evangelischen Kirche in Berlin. Eigentlich aber strebte er eine wissenschaftliche Karriere an – er habilitierte 1938 –, was ihm aber aufgrund „politischer Unzuverlässigkeit“ verwehrt blieb. Nach Kriegsausbruch wurde er zunehmend gegen das nationalsozialistische Regime konspirativ tätig und kam schließlich 1942 in Kontakt zu Helmuth James Graf von Moltke und zum Kreisauer Widerstandskreis. Nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler wurde er noch in der Nacht des 20. Juli 1944 verhaftet und vom Volksgerichtshof zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt.

Nach seiner Befreiung wurde er im Sommer 1945 Leiter des auf seine Initiative gegründeten Hilfswerks der Evangelischen Kirche, dessen zentrale Aufgabe die Linderung der Not für Flüchtlinge und Vertriebene war. 1949 erfolgte die Weichenstellung für seinen Eintritt in die Politik, in der er nach dem Gewinn des Bundestagsmandats für den Wahlkreis Backnang-Schwäbisch-Hall nun für zwanzig Jahre eine maßgebende Rolle spielte. Dieser Schritt in die Politik war durch seinen bisherigen Lebensweg zwar nicht zwangsläufig vorgegeben, aber durch seine Mitwirkung im Kreisauer

Kreis und sein Wirken im Hilfswerk in gewisser Weise doch vorgeprägt. Seine politische und christliche Grundhaltung führte ihn in die CDU. Als Experte in Flüchtlingsfragen mit internationalen Kontakten und vor allem als prominenter Protestant war er in der noch jungen Partei hochwillkommen, die dem Vorwurf begegnen wollte, eine Nachfolgerin der 1933 untergegangenen Zentrumspartei zu sein. Sehr schnell rückte er in die erste Reihe der CDU/CSU-Fraktion auf und wurde stellvertretender Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses des Bundestags, 1953 dessen Vorsitzender. Als entschiedener Vertreter der Europaidee unterstützte er den Kurs der Westbindung Adenauers. Sein scharfer Antikommunismus und seine Hinwendung zu den USA führten zu Konflikten mit den Kritikern Adenauers in der EKD, die Äquidistanzdenken mit politischem Neutralismus verbanden. Von 1950 bis 1954 gehörte er der beratenden Versammlung des Europarats an und war auch Mitglied im Parlament der EGKS, dem Vorläufer des Europäischen Parlaments.

Eigentlich wollte er Außenminister werden, und deshalb sträubte er sich zunächst, dem überraschend verstorbenen Bundestagspräsidenten Hermann Ehlers 1954 im Amt nachzufolgen, in dem er nur geringe Gestaltungsmöglichkeiten für sich sah. Seine 15jährige Amtszeit – bis 1969 – wurde jedoch prägend für das parlamentarische Leben und trug entscheidend dazu bei, die noch junge parlamentarische Demokratie zu stabilisieren und ihr nach innen und auch international zur Anerkennung zu verhelfen.

In seiner Partei erreichte er allerdings keine Position, die es ihm ermöglicht hätte, Politik aktiv mitzugestalten, auch wenn er 1956 zu einem der stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurde. Immerhin avancierte er aber in dieser Funktion zu einem ihrer Vordenker, zum „Chefideologen“ (so Paul Bausch und Heinrich Krone). Sowohl im Bundestag wie auf Parteitag brillierte er mit rhetorischer und gedanklicher Präzision und mit der Tiefe und Weite seiner Bildung. Seinem direkten politischen Einfluß waren aber

Grenzen gesetzt, zumal es ihm nicht gelang, eine Hausmacht aufzubauen. Als er sich zu aktuellen Fragen der Politik äußerte, wie z.B. am Ende der 3. Legislaturperiode zur Deutschlandpolitik, konnte es zu scharfen Auseinandersetzungen mit Adenauer kommen, in denen er leidenschaftlich seine Position verteidigte. Er war eben kein bequemer Anpasser. Sicher war er geschätzt und geachtet, beliebt war er allerdings weniger. Hier stand ihm sein Temperament im Weg.

Seine Ambitionen auf das Außenministerium, das ihm Kurt Georg Kiesinger bei der Bildung der Großen Koalition zugesagt hatte, oder gar das Kanzleramt, erfüllten sich nicht, so dass er weiterhin im Amt des Bundestagspräsidenten verbleiben mußte. Seine letzte Amtszeit sei, so hielt er in seinem Erinnerungen fest, von „Frustration“ gekennzeichnet gewesen. Dennoch war sein Ausscheiden aus dem Amt Anfang 1969 für ihn außerordentlich schmerzlich: Aufgrund der Kampagnen wegen angeblich zweifelhafter Wiedergutmachungsansprüche für seine aus politischen Gründen vereitelte akademische Laufbahn, wegen der aus der DDR lancierten Vorwürfe, er habe mit Himmlers Sicherheitsdienst kooperiert und seine Freunde aus dem Widerstand verraten, und nicht zuletzt wegen angeblicher Bereicherung in einem Immobiliengeschäft mußte er zurücktreten. Gegen diese Kampagnen wehrte er sich verbissen, aber nicht besonders geschickt.

Nach seinem Ausscheiden aus dem Bundestag trat Gerstenmaier politisch kaum noch hervor. Immerhin drängte er mit Heinrich Krone seine Partei dazu, auf den Rat der in der Politik Erfahrenen nicht ganz zu verzichten. Seiner Initiative ist zu verdanken, daß sich ein Kreis der Ältesten zur Beratung der Parteiführung in Grundsatz-, nicht in aktuellen Detailfragen konstituierte. Den Vorsitz dieses Gremiums hatte er bis zu seinem Tod inne, ebenso den Vorsitz der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des deutschen Bundestags e.V.

Soweit ein knapper Überblick über die Vita des Mannes, dessen Lebenswerk untrennbar mit der deutschen Nachkriegsgeschichte verbunden ist und der in den folgenden Beiträgen gewürdigt wird:

Eugen Gerstenmaier kam vom Widerstand gegen den Nationalsozialismus her, der ihm später von verschiedener Seite bestritten wurde. Dazu Prof. Scholtyseck von der Universität Bonn und wissenschaftlicher Leiter der „Forschungsgemeinschaft 20. Juli“, der zahlreiche Publikationen zur Widerstandsbewegung vorgelegt hat.

Untrennbar verbunden war Gerstenmaier zeitlebens mit der Evangelischen Kirche, zu der er nicht immer in einem spannungsfreien Verhältnis stand. Dieses Verhältnis leuchtet Prof. Honecker aus, Emeritus für Sozialethik und systematische Theologie in Bonn.

Der Präsident des Deutschen Bundestags, Dr. Lammert, würdigt Gerstenmaier als Bundestagspräsident, der dieses Amt geprägt und den Arbeits- und Repräsentationsstil des Parlaments maßgeblich beeinflusst hat.

Schließlich widmet sich Privatdozent Dr. Dr. Michael Klein, Universität Heidelberg, dem „Chefideologen“ der Union, der auf Parteitag Grundsatfragen wie 1956 das „C“ oder 1958 die Gefahren des Wohlfahrtsstaates – ein höchst aktuelles Thema – oder 1960 die konservativen, liberalen und christlich-sozialen Denktraditionen der Union behandelte.

Und nicht zuletzt beschreibt Prof. Morsey, Verwaltungshochschule Speyer, das Verhältnis „Gerstenmaier und Adenauer“. Gingen zunächst Gerstenmaiers politisches Denken und Adenauer politisches Handeln in die gleiche Richtung, so gab es länger je mehr Reibungspunkte, die teilweise in heftige Auseinandersetzungen mündeten.

Die hier veröffentlichten Referate sind bei einer Gedenkveranstaltung in Sankt Augustin zum 100. Geburtstag und 20. Todestag Eugen Gerstenmayers am 12. Juni 2006 gehalten worden. Ich danke den Autoren dafür, dass sie ihre Beiträge so rasch zur Verfügung gestellt haben. ■

Gerstenmaier im Dritten Reich und in der Bundesrepublik – Widerstehen und Sich Wehren

Joachim Scholtyseck

Über Eugen Gerstenmaiers Widerstand ist die Forschung inzwischen umfassend informiert, nicht nur durch dessen eigene Darstellung, die er zunächst 1967 auf Bitten des Herausgebers der „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ veröffentlichte¹ und sodann in seinen Lebenserinnerungen aus dem Jahr 1981 ausführlich mitteilte.² Den Anfang der wissenschaftlichen Veröffentlichungen machte eine Dokumentation, die 1965 von Fabian von Schlabrendorff, einem Mitverschwörer, herausgegeben wurde;³ inzwischen haben sich zahlreiche wissenschaftliche Biographien und Aufsätze der Rolle Gerstenmaiers im Zusammenhang des 20. Juli 1944 gewidmet,⁴ am aus-

fürhlichsten zuletzt die Biographie aus der Feder von Daniela Gniss.⁵ Wesentliche Kontroversen über Gerstenmaiers Rolle als Mann des Widerstands gibt es nicht mehr, vielleicht mit der einen Ausnahme, dass in der letztgenannten Studie vor allem im Zusammenhang mit seiner SA-Mitgliedschaft seine Studienjahre als eine Zeit bezeichnet wurde, die „nicht frei vom Streben nach Konformität“⁶ gewesen seien. Aber dies sind vergleichsweise marginale Bewertungsunterschiede, vor allem wenn man sie mit heftigen historiographischen Auseinandersetzungen vergleicht, die etwa um Persönlichkeiten wie Carl Goerdeler geführt wurden oder die Debatten, die um die Männer des militärischen Widerstands und ihre Haltung zur nationalsozialistischen Vernichtungspolitik ausgetragen werden.

Gerstenmaier, der sich unter dem Eindruck der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ zum Studium der evangelischen Theologie entschlossen hatte, erlebte den „Kirchenkampf“ aus eigener Anschauung und geriet schon 1933/34 in Konflikt mit „Reichsbischof“ Ludwig Müller, was zu Verhaftung, Verhör und zur Anlegung einer ersten Gestapo-Akte führte. Die Auseinandersetzung zwischen Bekennender Kirche und NS-Staat war zwar zunächst noch kein politischer Widerstand, wenn auch die Inkompatibilität von christlichem Glauben und nationalsozialistischer Doktrin rasch außer Frage stand. Dem NS-Regime ging es darum, die freiheitliche Autonomie der christlichen Gemeinden zu liquidieren. Auch für Gerstenmaier, der fest im christlichen Glauben verwurzelt war, konnte es bald kaum noch einen Zweifel geben, dass das Regime den etablierten Religionsgemeinschaften konkurrierend gegenübertrat, als „eine innerweltliche »ecclesia militans«, außerhalb derer es kein Heil gab – eine totalitäre politische Religion“.⁷ In einer solchen, zunächst gar nicht klar überschaubaren Gesamtsituation versuchte Gerstenmaier taktisch zu lavieren. Hierzu zählte zweifellos auch seine bereits erwähnte Mitgliedschaft in der SA, über deren Hintergründe bis heute keine zweifelsfreien Aussagen möglich sind. Mehr als eine nominelle Mitgliedschaft lag jedenfalls nicht vor, und das Problem

einer retrospektiven Beurteilung stellt sich schon deshalb, weil sie ohne eine Untersuchung der genauen Beweggründe des Handelnden kaum möglich ist. Die damit verbundenen Fragen, so hat schon Hans Rothfels festgestellt, entziehen sich einer „schematischen Betrachtung“ und müssen im Gesamtzusammenhang des Verhaltens des Betreffenden gesehen werden.⁸

Sollte Gerstenmaier noch eine Weile unter den Bedingungen einer totalitären Diktatur, die durch „Verführung und Gewalt“ (Hans-Ulrich Thamer) gekennzeichnet war, einer Selbsttäuschung unterlegen sein, so zog er „unter dem Eindruck der Münchner Konferenz von 1938“ für sich den Schluss, dass Hitler beseitigt werden müsse.⁹ Sein Weg in den Widerstand vollzog sich daher „in einem Prozess fortschreitender Distanzierung vom Nationalsozialismus“.¹⁰ 1942 näherte er sich, inzwischen in der Kulturpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amts dienstverpflichtet, über seinen Freund und Mitarbeiter Hans Schönfeld und den württembergischen Landesbischof Theophil Wurm dem „Kreisauer Kreis“ und Helmuth James Graf von Moltke an, nachdem er zuvor schon über Josef Wirmer und Jakob Kaiser mit christlichen Oppositionellen in Verbindung gekommen war.¹¹ Die Zusammenkünfte in Kreisau und Berlin boten unter der Ägide Helmuth von Moltkes das Forum für weitere Bekanntschaften mit den Widerständlern Adam von Trott zu Solz, Hans von Haeften, Adolf Reichwein, Theodor Steltzer, Carlo Mierendorff, Theodor Haubach, Wilhelm Leuschner und den Militärs im Widerstand. In den Planungen für die „Zeit nach Hitler“ profilierte sich Gerstenmaier als Experte für Kirchenfragen und Außenpolitik. Anders als viele der „Kreisauer“ war er von Beginn an ein Befürworter des Attentats und stand damit auf Seiten derjenigen Militärs wie Henning von Tresckow, Fabian von Schlabrendorff und Claus Schenk Graf von Stauffenberg, die ihre moralischen Bedenken überwunden hatten und zum Tyrannenmord bereit waren. Das Bemühen mancher Weggenossen im Widerstand, Hitler mit rechtsstaatlichen Methoden zu begegnen, hat er als „etwas Nobles, aber auch immer etwas Unrealistisches, ja Dilettantisches“

bezeichnet.¹² Auch in anderen Angelegenheiten war er ein Mann der Tat. Die unterschiedlichen Konzepte, Papiere, Listen und Diskussionen schienen ihm wenig weiterführend. Er führte diese Theorielastigkeit und Zögerlichkeit des Widerstands auf die „bürgerliche Gewissenskultur“ zurück, die die Ausführung des Attentats so schwierig machte.¹³ Mit dem kommunistischen Widerstand wollte er allerdings aus politischen Gründen nichts zu tun haben. Mit Stalin und seinem Anhang zu paktieren, so hat er später trocken bemerkt, hätte bedeutet, „den Teufel mit Beelzebub auszutreiben“¹⁴ und ein totalitäres Staatssystem durch ein anderes zu ersetzen. Gerstenmaier hätte sich für die Zeit nach Hitler am liebsten Julius Leber als Reichskanzler gewünscht; aber er war realistisch genug, sich nicht gegen Carl Goerdeler zu stellen. Er war vielmehr sicher, dass auch die „Kreisauer“ zu einer Vielzahl von Kompromissen für die Zeit nach Hitler gezwungen sein würden.¹⁵

Nach der Verhaftung Moltkes im Januar 1944 blieben Gerstenmaier und die Kreisauer keineswegs passiv, sondern orientierten sich in Richtung der militärischen Verschwörer um Stauffenberg. Dies zeigte sich nicht zuletzt darin, dass Gerstenmaier die sich im Juli 1944 verdichtenden Anzeichen eines bevorstehenden Attentats aufmerksam registrierte. Als er am 19. Juli 1944 mit Bischof Wurm und seinem Freund, dem Oberkirchenrat Wilhelm Pressel, in Stuttgart zusammentraf, erwähnte er die bevorstehende „Aktion“, ohne jedoch Einzelheiten bekannt zu geben.¹⁶ Weil Wurm nach der Niederringung des NS-Systems über den Rundfunk zum deutschen Volk sprechen sollte, gab ihm Gerstenmaier den Wink, es sei Zeit, seine Rede fertig zu machen.¹⁷

Gerstenmaier, der sich für die Zeit nach dem Staatsstreich verfügbar halten sollte, begab sich am 19. Juli von Stuttgart nach Berlin und „fuhr geradewegs in den Aufstand“.¹⁸ Nach einer Nacht in der Wohnung seines Freundes Peter Graf Yorck von Wartenburg bat ihn dieser, am Nachmittag des

20. Juli in den Bendlerblock zu kommen. Gerstenmaier ahnte zu diesem Zeitpunkt bereits, dass das Vorhaben gescheitert war, machte sich aber doch, mit Pistole und Taschenbibel bewaffnet, auf den Weg zum Landwehrkanal und erlebte dort den Zusammenbruch der Verschwörung. Zweifellos waren Gerstenmaier die ungeheuren Schwierigkeiten bewusst, mit denen die Verschwörer selbst nach einem gelungenen Anschlag hätten kämpfen müssen.¹⁹ Aber solche philosophischen Überlegungen, die Gerstenmaier ohnehin nicht mochte, waren inzwischen obsolet geworden. Noch am Abend wurde er verhaftet, ins Gestapo-Hauptquartier in der Prinz-Albrecht-Straße gebracht und bereits am folgenden Tag von Ernst Kaltenbrunner, dem Chef der Sicherheitspolizei und des SD, verhört. Als einziger Zivilist der im Bendlerblock Verhafteten tischte er diesem eine Darstellung der Ereignisse auf, die einer „harmlosen Idiotenversion“, wie er es später nannte, glich.²⁰

In den nächsten Wochen wurde er im RSHA mehrfach verhört und dabei auch körperlich misshandelt.²¹

Die Gründe, warum der Theologe vom Volksgerichtshof unter Vorsitz Roland Freislers anstatt der vom Oberreichsanwalt beantragten Todesstrafe am 11. Januar 1945 lediglich zu sieben Jahre Zuchthaus verurteilt wurde, sind niemals genau geklärt worden. Zeitgenössisch wunderte sich schon der amerikanische Geheimdienstmann und spätere CIA-Chef Allen Dulles über die verhältnismäßig geringe Strafe.²² Gerstenmaier selbst war der milde Urteilsspruch ebenfalls „nicht erklärlich“,²³ und er hat 1967 vermutet, seine Taktik, den „Weltfremden“ zu spielen, sei bei Freisler erfolgreich gewesen.²⁴ Auch später hat er das Urteil, das seine Mitangeklagten zum Tode, ihn jedoch nur zu einer Haftstrafe verurteilte, als „völlig ungerecht“ bezeichnet.²⁵ An anderer Stelle hat er die mit näher rückendem Kriegsende zunehmend milder ausfallenden Urteile des Volksgerichtshofs für sein Glück verantwortlich gemacht.²⁶ Es ist auch nicht auszuschließen, dass

auch die Intervention der Schwester von Gerstenmaier, Hanna Schwarz, geholfen hat. Sie war mit der Frau des stellvertretenden Reichspressechefs Helmut Sündermann befreundet. Das Ehepaar Sündermann wiederum war gut mit Freisler bekannt und setzte sich bei diesem für Gerstenmaier ein.²⁷

Wer letztlich für die Rettung Gerstenmaier verantwortlich war, wird sich wohl nicht mehr herausfinden lassen, zumal sich eine weitere Erklärung anbiete: Der SS-Obergruppenführer Gottlob Berger, ein Gefolgsmann Heinrich Himmlers, der auch „Schwabenherzog“ genannt wurde, setzte sich, um sein eigenes Schicksal fürchtend, eher zufällig auch für Gerstenmaier ein.²⁸ Nach seinen späteren Angaben entschloss er sich zur Aktion, nachdem ihn ein dringender Hilferuf von Hans Walz erreicht hatte. Der „Betriebsführer“ der tief in die Verschwörung verstrickten Leitung des Stuttgarter Unternehmens Robert Bosch bat ihn um eine rettende Intervention zugunsten einiger der Verhafteten des Bosch-Kreises. Wenn man dieser Überlieferung folgt, meldete Berger sich zum Vortrag beim „Führer“ an und bat, die verhafteten Württemberger „freizugeben“.²⁹ In einer späteren Tonbandaufzeichnung hat Berger diesen Vorstoß, bei dem er auch für Gerstenmaier ein Wort eingelegt habe, wie folgt geschildert: „Nur von Gerstenmaier wußte ich wenig. Eben, daß er von Kirchheim stammte, daß er Jugendführer der christlichen Jugend war. Dazu machte ich nun, daß er schlecht behandelt worden sei, sowohl von der HJ wie von der Partei und als Altpietist nun völlig durcheinandergebracht.“³⁰ Hitler, so Berger, habe schließlich „nur schweren Herzens“ nachgegeben und besonders für Gerstenmaier wenig Verständnis gezeigt. „Am Schluß, nach gewährter Unterschrift, sagte er: »Sie kennen die Menschen nicht, Sie werden das noch einmal bereuen.«“³¹

Durch die Intervention, von der Gerstenmaier wahrscheinlich bis zu seinem Tod nie etwas erfahren hat, ließe sich das unerwartet nachsichtige Urteil für Gerstenmaier ebenfalls erklären, auch wenn Berger seine eigene Rolle spä-

ter dramatisiert hat. Wie dem auch sei: Gerstenmaier blieb nach seinem Urteil weiter inhaftiert. Erst im April 1945 wurde er von den Amerikanern aus der Zuchthaushaft in Bayreuth befreit.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ gab Eugen Gerstenmaier schon im Juni 1945 als Überlebendem in zwei Artikeln die Gelegenheit, die Geschichte des deutschen Widerstands zu schildern.

Gerstenmaier, der 1948 Mitglied der Synode der EKD wurde, war nach Kriegsende zunächst mit der Hilfstätigkeit der Kirchen befasst, bevor er seine parlamentarische Arbeit begann. 1949 wurde er Mitglied des Bundestags für die CDU und genoss das Vertrauen des Bundeskanzlers in außenpolitischen Fragen. Er profilierte sich, wie nicht zuletzt die Opposition bemängelte, als „hundertfünfzigprozentiger Adenauer-Mann“.³² In seinen Erinnerungen führte er anlässlich des Übergangs von der kirchlichen zur politischen Tätigkeit an, er habe dem Versuch des Neuanfangs nicht den Rücken kehren wollen: „Es wäre mir sehr viel leichter gefallen, wenn auch nur einer meiner Kreisauer Gefährten dabei gewesen wäre. Aber ich war allein.“³³

Als strikter Gegner eines Neutralitätskurses stand er gegen eigene Wegstreiter aus dem Widerstand. 1954 sprach er in Bad Godesberg auf einer Feierstunde für die Angehörigen des Auswärtigen Amtes, die im Widerstand gestorben waren. Adenauer, so führte er aus, habe das Vermächtnis des 20. Juli in „behutsame, aber feste Hände genommen“, und er verwies dabei auf den Gedanken der Europäischen Föderation.³⁴ 1954 war Gerstenmaier der „Wunschkandidat“³⁵ Adenauers als Bundestagspräsident, ein Posten, den er dann tatsächlich bis 1969 innehatte. Er wäre lieber Außenminister geworden, was ihm als Außenseiter in der CDU jedoch nicht gelang, zumal das Verhältnis zu Adenauer sich bald schon trübte. Gerstenmaier, der stets nüchtern und differenziert zur deutschen Verantwortung für die NS-Zeit Stellung nahm und in den fünfziger Jahren die materielle „Wiedergutma-

chung“ förderte, rückte in den sechziger Jahren den geistigen Dialog mit dem Judentum ins Zentrum seiner Überlegungen.³⁶ Bei Besuchen in Israel oder Dänemark wurde in der Presse immer wieder auf seine Widerstandstätigkeit hingewiesen. Auf diese Weise gelang es ihm, „Vorbehalte abzubauen und glaubhaft die deutsche Wandlung zur demokratischen Rechtsstaatlichkeit zu verkörpern“.³⁷

Mit dem wachsenden Wohlstand in der Bundesrepublik schienen auch der Geist und die Ideen des Widerstands jene Bedeutung wieder zu verlieren, die sie gerade erst errungen hatten. Eugen Gerstenmaier sagte 1959, er „wage sich nicht auszumalen, was zum Beispiel die Träger des Kreisauer Kreises vom gegenwärtigen Deutschland dächten, würden sie seiner ansichtig“.³⁸ Am Konservatismus bemängelte er im Jahr 1965 ein „weithin unkritisches Verhältnis zur nationalen Attitüde“ und seine erst „späte Distanzierung“ vom „dämonisierenden Nationalismus“.³⁹

Zu dieser Zeit sah sich Gerstenmaier bereits einer massiven Verleumdungskampagne der DDR ausgesetzt. Damit ist der zweite im Titel angesprochene Komplex berührt, der untrennbar mit der späteren Wiedergutmachungskampagne und seinem unfreiwilligen Abschied aus der Politik verbunden ist. Dafür, dass dieses politische Ende rückblickend „als unverdient unwürdig und skandalös“⁴⁰ bezeichnet werden muss, sind vier Faktoren verantwortlich: Erstens die DDR-Kampagne, die Anfang der sechziger Jahre einsetzte, zweitens die Unterstützung dieses östlichen Verleumdungsfeldzuges durch westdeutsche „Provokationseliten“ (Philipp Gassert) und ihre „Fellow travellers“ aus dem linken Medienspektrum,⁴¹ drittens Gerstenmaiers zumindest ungestümes und ungeschicktes Krisenmanagement, das er später freimütig mehrfach eingeräumt hat, und viertens die Tatsache, dass der unbequeme und bisweilen sperrige Gerstenmaier in seiner eigenen Partei zunehmend als „potentieller Störfaktor“ angesehen wurde.⁴²

Die DDR-Diktatur begann zwar schon in den frühen fünfziger Jahren mit Kampagnen gegen führende Politiker der Regierung Adenauer, explizit gegen Gerstenmaier richteten sich die Attacken aber erst seit 1959.⁴³ Einen ersten Höhepunkt erreichten sie 1965 mit dem sog. „Braunbuch“ des Staatsverlags der DDR.⁴⁴ Im gleichen Jahr wurde auch die 7. Novelle des „Gesetzes zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts“ verabschiedet, die für Angehörige des öffentlichen Dienstes Entschädigungszahlen regelte. Gerstenmaier konnte im Zusammenhang mit seiner Entlassung aus der Universität Leistungen in Höhe von 281.000 DM geltend machen und geriet in der Öffentlichkeit sogleich in die Diskussion, weil ihm diese rechtlich zustehende Zahlung als eine Art Selbstbedienung ausgelegt wurde. Es nutzte wenig, dass selbst politische Gegner für ihn Partei ergriffen. Einflussreiche Medien zeichneten ihn als raffgierigen und unsensiblen Profiteur; dies passte in das Bild, das die DDR von ihm mit dosiert in die westliche Medienlandschaft lancierten Meldungen über den angeblichen „SD-Agenten“ Gerstenmaier zeichnete⁴⁵ – Fälschungen, auf die schon zeitgenössisch verwiesen wurde und die nach dem Ende der DDR als „Machenschaften der Stasi“ zweifelsfrei ans Licht kamen.⁴⁶

Man kann sich fragen, wie Gerstenmaier auf den Zangengriff der DDR-Fälschungen und der Propaganda der willfährigen Westmedien hätte reagieren sollen. Andere christdemokratische Politiker wie Heinrich Lübke und Kurt Georg Kiesinger standen vor dem gleichen Problem, und auch ihnen gelang es nur mit sehr begrenztem Erfolg, das gegen sie inszenierte Kesseltreiben abzuwehren. Es liegt eine gewisse Tragik darin, dass die Verleumdungen und die Rufmordkampagne damals zu Gerstenmaiers politischer Demontage erheblich beitrugen. Auch die CDU/CSU verhielt sich, wie Friedrich Karl Fromme pointiert ausgeführt hat, nicht gerade muster-gültig. Der Grund dafür, dass die Union, vielfach erleichtert, erst nach dem Rücktritt Gerstenmaiers eine Ehrenerklärung abgab, war wohl darin zu sehen, dass sie „nach zwanzig Jahren Regierungszeit innerlich müde gewor-

den und auf die Stufe eines nach Wählermehrheiten schielenden Parteiverhaltens gesunken war“.⁴⁷ Die Mitgliedschaft Gerstenmaiers im Kreisauer Kreis zählte ohnehin kaum noch. Der bürgerliche Widerstand war 1968 ins Abseits geraten und stand geradezu unter Generalverdacht. Der 20. Juli wurde von Ralf Dahrendorf im Jahr 1965 als bürgerlich-oppositionelle „Gegenrevolution“ interpretiert, als ein „Aufstand der Tradition“, und mit „Illiberalität“ und „Autoritarismus“ in Verbindung gebracht.⁴⁸ Die sich damals etablierende neomarxistische Faschismusinterpretation ging in ihrer Bewertung des bürgerlichen Widerstands über dieses Fehlurteil noch weit hinaus, und Gerstenmaier wurde damit Opfer „gewisser populistischer Zeitströmungen“.⁴⁹ Genugtuung mag jedoch wenigstens den Nachgeborenen die Tatsache verschaffen, dass die Geschichte zumindest manchmal einen längeren Atem als der Zeitgeist hat. Heute lassen sich jedenfalls in der Retrospektive die Verfälschungen, der SED ebenso klar erkennen wie die beschämende Kollaboration mancher westlicher Meinungsmacher mit der ostdeutschen Diktatur.

Damit möchte ich meinen Vortrag beschließen. Er konnte sicherlich nur einige Aspekte des Widerstands von Eugen Gerstenmaier beleuchten, und auch diese nur cursorisch. Aber ich tröste mich mit einer Erkenntnis von Umberto Eco: „Wenn ein Text alles explizit sagen wollte, was sein Empfänger begreifen soll: Er würde kein Ende finden.“⁵⁰ ■

Anmerkungen

- ¹ Eugen Gerstenmaier, Der Kreisauer Kreis, in: VfZ 15 (1967), S. 221–246. Diese Schrift ist zugleich eine kritische Rezension des Werkes von Ger van Roon, Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung, München 1967.
- ² Eugen Gerstenmaier, Streit und Friede hat seine Zeit. Ein Lebensbericht, Frankfurt/M. u.a. 1981, bes. S. 149–233.

- ³ Fabian von Schlabrendorff (Hg.), Eugen Gerstenmaier im Dritten Reich. Eine Dokumentation, Stuttgart 1965. Die umfangreiche, eine ganze Reihe von Zeugenaussagen berücksichtigende Dokumentation hatte auch den Zweck, den propagandistischen Vorwürfen der DDR entgegenzutreten.
- ⁴ Matthias Stickler, Eugen Gerstenmaier (1906–1986), in: Günter Buchstab/Brigitte Kaff/Hans-Otto Kleinmann (Hg.), Christliche Demokraten gegen Hitler. Aus Verfolgung und Widerstand zur Union, Freiburg i.Br. 2004, S. 217–226; Daniela Gniss, Eugen Gerstenmaier: Ein Politiker aus christlicher Überzeugung, in: HPM 10 (2003), S. 173–192; Rolf-Ulrich Kunze, Eugen Gerstenmaier und der 20. Juli, in: Matthias Stickler (Hg.), Portraits zur Geschichte des deutschen Widerstands, Rahden/Westf. 2005, S. 139–155.
- ⁵ Daniela Gniss, Der Politiker Eugen Gerstenmaier 1906–1986. Eine Biographie, Düsseldorf 2005, bes. S. 121–152.
- ⁶ Ebd. S. 468.
- ⁷ Heinrich August Winkler, Der lange Weg nach Westen, Zweiter Band: Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung, 3. Aufl., München 2001, S. 1.
- ⁸ Hans Rothfels, Die deutsche Opposition gegen Hitler, Frankfurt/M. 1978, S. 66. Zur Frage des Widerstands aus dem Amt auch Dieter Ehlers, Technik und Moral einer Verschwörung, Frankfurt/M. 1964, S. 36–39.
- ⁹ Eugen Gerstenmaier im Gespräch mit Johannes Gross, in: Karl B. Schnelting (Hg.), Zeugen des Jahrhunderts. Porträts aus Politik und Politischer Wissenschaft, Frankfurt/M. 1982, S. 9–54, hier S. 18.
- ¹⁰ Stickler, Eugen Gerstenmaier (wie Anm. 4), S. 220.
- ¹¹ Wilhelm Pressel, zitiert in: Schlabrendorff (wie Anm. 3), S. 32; daneben Gerstenmaier, Streit und Friede (wie Anm. 2), S. 149–151. Vgl. hierzu ausführlich auch Pressel an Roon vom 19. Mai 1964, Kopie in: Robert Bosch Archiv Stuttgart (im folgenden RBA), Bestand 10/65.
- ¹² Gerstenmaier, Der Kreisauer Kreis (wie Anm. 1), S. 236.
- ¹³ Eugen Gerstenmaier, Von Bolz bis zu Rommel und Wurm. Baden-Württemberger im Kampf gegen Hitler, Stuttgart 1978, S. 10.
- ¹⁴ Gerstenmaier, Streit und Friede (wie Anm. 2), S. 152.
- ¹⁵ Gerstenmaier, Der Kreisauer Kreis (wie Anm. 1), S. 244.
- ¹⁶ Gerstenmaier, Von Bolz bis zu Rommel (wie Anm. 13), S. 23. Vgl. auch Ders., Der Kreisauer Kreis (wie Anm. 1), S. 243f.; Gerhard Schäfer/Richard Fischer (Hg.), Landesbischof D. Wurm und der nationalsozialistische Staat 1940–1945. Eine Dokumentation, Stuttgart 1968, S. 350f.; Theophil Wurm, Erinnerungen aus meinem Leben, Stuttgart 1953, S. 170f. Vgl. auch Eugen Gerstenmaier, Zur Geschichte des Umsturzversuchs vom 20. Juli 1944, in: „Neue Zürcher Zeitung“ vom 24. Juli 1945; Emil Brunner, Zum Zeugnis für Dr. Gerstenmaier, in: „Neue Zürcher Zeitung“ vom 22. Juli 1945.
- ¹⁷ Gerstenmaier, Von Bolz bis zu Rommel (wie Anm. 13), S. 23; Ders., Streit und Friede (wie Anm. 2), S. 189; Roland Müller, Stuttgart zur Zeit des Nationalsozialismus, Stuttgart 1988, S. 512.

- ¹⁸ Gerstenmaier, *Von Bolz bis zu Rommel* (wie Anm. 13), S. 23.
- ¹⁹ Eberhard Jäckel, *Wenn der Anschlag gelungen wäre*, in: Hans Jürgen Schultz (Hg.), *Der Zwanzigste Juli. Alternative zu Hitler?*, Stuttgart/Berlin 1974, S. 69–76.
- ²⁰ Eugen Gerstenmaier im Gespräch (wie Anm. 9), S. 29. In der Haft erklärte er dem evangelischen Gefängnispfarrer Harald Poelchau, er habe sich „zur Tarnung »wie ein Depp« verhalten“. Dem katholischen Gefängnisgeistlichen Peter Buchholz gegenüber erklärte er, er werde auch in der Verhandlung vor dem Volksgerichtshof versuchen „den politischen Tölpel zu spielen“; Schlabrendorff (wie Anm. 3), S. 39f.
- ²¹ Vgl. hierzu vor allem Schlabrendorff (wie Anm. 3), S. 50–56. Martin Sandberger, Gruppenleiter des Amtes VI im RSHA und Verbindungsmann zwischen Schellenberg und Himmler, berichtete dem SS-Obergruppenführer Gottlob Berger über süddeutsche Widerstandsverbindungen: „Fischer, Schloßstein, Hahn, Speidel, Gerstenmaier“, vgl. Gottlob Berger, *Zur Geschichte der Robert Bosch G.m.b.H. 1933–1948* (1953); RBA, Bestand 13/84, S. 7 und die Tonbandaufzeichnung, zitiert nach der Mitschrift (Ebd.), S. 22. Dort ist aufgeführt, daß Berger diese Information vom Stuttgarter Gestapochof Mußgay erhalten hat: „An Schwaben seien mit dem 20.7. in Verbindung gebracht: Fischer, Schloßstein, Gerstenmaier, Hahn, Dr. Speidel. [...] Stark belastet seien Fischer und Dr. Speidel. Mittel Gerstenmaier und Schloßstein.“
- ²² Vgl. OSS Assistant Director Cheston an Außenminister Stettinius vom 20. Januar 1945, in: Jürgen Heideking/Christof Mauch (Hg.), *American Intelligence and the German Resistance to Hitler. A Documentary History*, Boulder 1996, S. 360f.
- ²³ Gerstenmaier, *Zur Geschichte des Umsturzversuchs* (wie Anm. 16).
- ²⁴ Gerstenmaier, *Der Kreisauer Kreis* (wie Anm. 1), S. 231.
- ²⁵ Eugen Gerstenmaier im Gespräch (wie Anm. 9), S. 31.
- ²⁶ Gerstenmaier, *Von Bolz bis zu Rommel* (wie Anm. 13), S. 13.
- ²⁷ Vgl. Schlabrendorff (wie Anm. 3), bes. S. 35f.
- ²⁸ Vgl. Joachim Scholtyseck, *Der „Schwabenherzog“*. Gottlob Berger, SS-Obergruppenführer, in: Michael Kissener/Joachim Scholtyseck (Hg.), *Die Führer der Provinz*, Konstanz 1997, S. 77–110; Ders., *Robert Bosch und der liberale Widerstand gegen Hitler 1933–1945*, München 1999, bes. S. 500–529.
- ²⁹ Berger, *Zur Geschichte* (wie Anm. 21), S. 7.
- ³⁰ Tonbandaufzeichnung (wie Anm. 21), S. 22.
- ³¹ Berger, *Zur Geschichte* (wie Anm. 21), S. 7f.
- ³² Hans-Peter Schwarz, *Adenauer*, Bd. 2: *Der Staatsmann 1952–1967*, Stuttgart 1994, S. 15.
- ³³ Gerstenmaier, *Streit und Friede* (wie Anm. 2), S. 296.
- ³⁴ „Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung“ vom 22. Juli 1954, S. 1205–1211. Zu den Europaplänen des Widerstands vgl. Walter Lipgens (Hg.), *Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940–1945. Eine Dokumentation*, München 1968; Ders., *Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik 1945–1949*, Teil 1: 1945–1947, Stuttgart 1977.
- ³⁵ Gniss, Eugen Gerstenmaier (wie Anm. 4), S. 182.

- ³⁶ Dies führte ihn schon 1962 an die Hebräische Universität in Jerusalem. Vgl. hierzu vor allem Rolf Vogel (Hg.), *Deutschlands Weg nach Israel: Eine Dokumentation*, Stuttgart 1967. Daneben auch Eugen Gerstenmaier, *Neuer Nationalismus? Von der Wandlung der Deutschen*, Stuttgart, 1965, bes. S. 7–15.
- ³⁷ Gniss, Eugen Gerstenmaier (wie Anm. 4), S. 186.
- ³⁸ Eugen Gerstenmaier, zitiert nach Bodo Scheurig, *Der 20. Juli – heute*, in: „Vorwärts“ vom 16. Juli 1959.
- ³⁹ Eugen Gerstenmaier, „Was heißt heute konservativ?“, in: *Der Monat* 14 (1965), Heft 166, S. 27–30, hier S. 27.
- ⁴⁰ Stickler, Eugen Gerstenmaier (wie Anm. 4), S. 224.
- ⁴¹ Grundlegend das Kapitel „Die Gerstenmaier-Kampagne“, in: Hubertus Knabe, *Der diskrete Charme der DDR. Stasi und Westmedien*, Berlin/München 2001, S. 250–269; daneben Ders., *Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen*, Berlin 1999, S. 129f.
- ⁴² Friedrich Karl Fromme, Eugen Gerstenmaier, in: Walther L. Bernecker/Volker Dotterweich (Hg.), *Persönlichkeit und Politik in der Bundesrepublik Deutschland. Politische Porträts*, Göttingen 1982, Bd. 1, S. 155–167, hier S. 164.
- ⁴³ Otto Winzer, *Kreuzritter des Neokolonialismus. Erklärung*, abgegeben auf einer internationalen Pressekonferenz des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik am 4. November 1960, mit Dokumentenanhang, Berlin (Ost) 1961.
- ⁴⁴ *Nationale Front des Demokratischen Deutschland* (Hg.), *Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik und in West-Berlin. Staat, Wirtschaft, Armee, Verwaltung, Justiz, Wissenschaft*, Berlin (Ost), 1965. Noch im Jahr 2002 erfolgte in der „Edition Ost“ ein von Norbert Podewin herausgegebener Nachdruck der dritten erweiterten Auflage.
- ⁴⁵ *Nationale Front des Demokratischen Deutschland* (Hg.), *Vom SD-Agenten P38/546 zum Bundestagspräsidenten. Die Karriere des Eugen Gerstenmaier. Ein Dokumentarbericht*, Berlin (Ost) 1969.
- ⁴⁶ Franz Möller, *Eugen Gerstenmaier und die Bundesversammlung in Berlin 1969*, in: *HPM* 9 (2002), S. 95–126, hier S. 116.
- ⁴⁷ Fromme, Eugen Gerstenmaier (wie Anm. 42), S. 164.
- ⁴⁸ Ralf Dahrendorf, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1965, S. 442.
- ⁴⁹ Horst Ferdinand, *Eugen Gerstenmaier*, in: Bernd Ottnad (Hg.), *Baden-Württembergische Biographien*, Bd. 1, Stuttgart 1994, S. 106–112, hier S. 111.
- ⁵⁰ Umberto Eco, *Im Wald der Fiktionen. Sechs Streifzüge durch die Literatur*, München 1994, S. 11.

Gerstenmaier und die evangelische Kirche

Martin Honecker

Über Eugen Gerstenmaiers Position in der evangelischen Kirche zu sprechen, ist nicht einfach, unter Umständen sogar umstritten.¹ Gerstenmaier war zwar evangelischer Theologe und Oberkonsistorialrat, aber er hatte stets eine Sonderstellung inne. Darüber wird zu reden sein. Mit 14 Jahren hat er eine kaufmännische Ausbildung begonnen 9 Jahre später ging er auf das Gymnasium zurück und machte dann Abitur. Als er das Theologiestudium in Tübingen aufnahm, war er 25 Jahre alt. Der akademische Weg führte ihn über ein Auslandsstudium in Zürich nach Rostock, wo er im Herbst 1935 die erste theologische Prüfung ablegte. Vom Herbst 1935 bis März 1936 war Gerstenmaier Vikar in Württemberg in Gaildorf. Im April

1936 trat er als wissenschaftlicher Mitarbeiter in das Kirchliche Außenamt in Berlin ein. 1942 wurde er als Konsistorialrat zum hauptamtlichen Beamten der Deutschen Evangelischen Kirche (DEK) bestellt, nachdem im September 1940 seine Bemühungen um eine Dozentur endgültig gescheitert waren.² Bereits 1935 wurde er in Rostock bei Friedrich Brunstäd promoviert. 1938 habilitierte er sich in Rostock mit der Arbeit „Die Kirche und die Schöpfung“, in die seine Promotion eingearbeitet ist.³ Die Erteilung der *Venia legendi* und damit ein akademischer Weg wurden ihm jedoch verweigert. Soweit die biographischen Angaben.

Gerstenmaier war also nur ein halbes Jahr lang pfarramtlich und seelsorgerlich tätig. Nach eigenen Aussagen hielt er auch die seelsorgerliche Tätigkeit nicht für seine eigentliche Fähigkeit. Aber von 1936 bis 1949 stand er im kirchlichen Dienst. Über diese Aktivitäten wird im Folgenden zu berichten sein. Mit seinem Verhältnis zur evangelischen Kirche nach dem Eintritt in die Politik mit der Wahl in den Deutschen Bundestag 1949 werde ich mich nicht befassen. Gerstenmaier blieb zwar Synodaler und formal auch Kirchenbeamter. 1951 schied er aus seinem Amt als Leiter des Hilfswerks aus, legte aber Wert auf den Weiterbestand seines Anstellungsverhältnisses bei der EKD in Form einer zeitlich unbegrenzten Beurlaubung.⁴ Er nahm auch an den innerkirchlichen Debatten und Kontroversen mit eigenem Voten teil. Die Diskussionen um Wiederbewaffnung und Deutschlandpolitik, die in den 1950er Jahren die innerevangelische Auseinandersetzung beherrschten, enthalten jedoch keinen spezifischen Beitrag Gerstenmaiers. Es ist bekannt, dass große Teile des Protestantismus und vor allem maßgebliche Stimmführer, wie Martin Niemöller, Gustav Heinemann, Helmut Gollwitzer, die Politik Konrad Adenauers ablehnten. Es ist daher keine Überraschung, dass Gerstenmaier als deren Verteidiger – auch mit theologischen Argumenten – und als Vertreter von Positionen der CDU hervortrat.

Von besonderem Interesse ist jedoch Gerstenmaiers Tätigkeit beim Kirchlichen Außenamt und seine Tätigkeit als Gründer und Leiter des Hilfswerks der evangelischen Kirche. Auf diese beiden Tätigkeiten will ich mich konzentrieren. Sie erklären auch Gerstenmaiers Sonderstellung in der evangelischen Kirche. Es war eben nicht nur sein Charakter, seine offenbar immer wieder nahezu sture Haltung und seine manchmal aufbrausende Art, die seine Stellung in der evangelischen Kirche so strittig und unterschiedlich beurteilen ließ.

Die Tätigkeit im Kirchlichen Außenamt

Zunächst zu Gerstenmaiers Tätigkeit im Kirchlichen Außenamt von 1936 bis 1944.⁵ Gerstenmaier selbst hat diese Zeit höchst instruktiv dargestellt.⁶ Am 21. Februar 1934 wurde durch „Verordnung des Reichsbischofs betreffend die kirchliche Auslandsarbeit“ die „Errichtung des Kirchlichen Amtes für Auswärtige Angelegenheiten bei der deutschen Evangelischen Kirche (Kirchliches Außenamt)“ bekannt gegeben. Gerstenmaier bewertet diese Gründung selbst so: „Die gequollene Bezeichnung war leider nicht der einzige Geburtsfehler dieses neuen Amtes. Viel schlimmer war, daß der Mann, der die Verordnung erließ, weder im Inland noch im Ausland einen hinreichenden kirchlichen Kredit besaß.“⁷ Das Kirchliche Außenamt war also eine Gründung des Reichsbischofs Müller, der im Kirchenkampf von der Bekennenden Kirche vollständig abgelehnt wurde. Die Bekennende Kirche, die sich im Mai 1934 um die Barmer Theologische Erklärung sammelte, sah im Kirchlichen Außenamt eine Institution der Deutschen Christen und der nationalsozialistischen Kirchenpolitik. Leiter war der bayerische Lutheraner Theodor Heckel (1894–1967), der den Titel Bischof führte. Heckel war ein konservativer Lutheraner, kein Deutscher Christ, und er war auch nicht Parteigenosse. Aber er stellte in falsch verstandener Obergewalt das Kirchliche Außenamt in den Dienst der Außenpolitik des Dritten Reiches. Nach 1945 war für Heckel kein Platz mehr in der Evange-

lischen Kirche, er wurde dann in den Kirchendienst seiner bayerischen Heimatkirche übernommen. Das Kirchliche Außenamt war ferner auf die Unterstützung des Außenministeriums angewiesen und damit von der Außenpolitik des Dritten Reiches abhängig. Die Erteilung von Pässen und die Genehmigung von Auslandsreisen war Sache des Ministeriums. Die Arbeit deutscher Auslandsgemeinden war außerdem nur mit finanzieller Unterstützung durch das Ministerium überhaupt möglich.

Während der ökumenischen Konferenz auf der dänischen Insel Fanö, bei der Dietrich Bonhoeffer seine berühmte Friedenspredigt mit der Forderung nach einem ökumenischen Konzil, das den Völkern die Waffen aus der Hand nähme, hielt, geriet Theodor Heckel mit der offiziellen Delegation der DEK völlig in das ökumenische Abseits. Die Konferenz fasste eine EntschlieÙung zur kirchlichen Lage in Deutschland, die in der Tat die offiziellen deutschen Teilnehmer bei der Rückkehr in große Schwierigkeiten bringen musste. Heckel reagierte mit einer dubiosen und fragwürdigen Erklärung, „daß die allgemeinen Verhältnisse im heutigen Deutschland der Verkündigung des Evangeliums viel mehr Möglichkeiten geben als zuvor“. Das konnte man so im Sommer 1934 nicht mehr behaupten! Gerstenmaier kommentiert dieses Ereignis folgendermaßen: „Bischof Heckel war von da an in der ökumenischen Welt so gut wie ruiniert. Auch einsichtige Männer in der Ökumene vermochten die Pleite von Fanö nie mehr völlig zu reparieren. Meine Zugehörigkeit zum Kirchlichen Außenamt blieb stets eine Belastung meiner ökumenischen Arbeit und wurde noch viele Jahre später Material für jede Verleumdung.“⁸

1935 veröffentlichte das Kirchliche Außenamt eine Broschüre, in der die eigene Tätigkeit als wichtiger Teil der „gesamtkirchlichen volksdeutschen Arbeit“ gekennzeichnet wurde und die kirchliche Auslandsarbeit in die nationalsozialistische Ideologie eingebettet wurde.⁹ In diese Behörde trat Gerstenmaier als wissenschaftlicher Mitarbeiter ein. Seine Hauptaufgabe war

zunächst einmal, nach anderen Zuarbeiten, die deutschen Beiträge zu der im Juli 1937 angesetzten Oxforder Kirchenkonferenz in Gang zu bringen und zu koordinieren. Den Sammelband gab Gerstenmaier unter dem Titel „Kirche, Volk und Staat“ heraus; der Band enthielt auch einen Beitrag von ihm selbst „Die Kirche und die Kirchen“¹⁰. Vertreter der bekennenden Kirche waren an diesem Werk nicht beteiligt. Einzelne Beiträge waren zudem von der NS-Ideologie eingefärbt. Nach Auseinandersetzungen um die Teilnahme an der Oxforder Konferenz, verzichtete die DEK am Ende auf die Entsendung einer eigenen Delegation. Der freikirchliche, methodistische Bischof Melle war der einzige deutsche Repräsentant in England. Er protestierte gegen die Verabschiedung einer Botschaft an die deutschen Protestanten und lobte die nationale Regierung des deutschen Volks als Werk der göttlichen Vorsehung – ohne irgendeine nachhaltige Wirkung. Gerstenmaier war also von 1936 an in Kontroversen mit Vertretern der Bekennenden Kirche im Inland wie im Ausland verwickelt. Zugleich knüpfte er freilich in seiner amtlichen Aufgabe Beziehungen zu Vertretern der Ökumene in der Schweiz, wo der Ökumenische Rat im Entstehen war, und nach Skandinavien. Diese Kontakte wurden nach 1945 wichtig. Nach Kriegsbeginn suchte Gerstenmaier auch Kontakte zu den orthodoxen Kirchen auf dem Balkan, in Serbien und Rumänien, und förderte die Beziehungen durch Stipendien an orthodoxe Theologiestudenten. Die Kontakte nach Genf wurden nach Kriegsbeginn sogar zwischen Visser t’Hooft, Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen, und Heckel wieder hergestellt und angesichts des Krieges auf beiden Seiten verständnisvoller. 1940 verfasste Gerstenmaier auf Veranlassung des Auswärtigen Amtes auch eine Abhandlung unter dem Titel „Frankreichs Protestantismus im Krieg“ und publizierte sie nur unter dem Pseudonym Albrecht Allmann.¹¹ Im Krieg überließ Heckel die ökumenische Arbeit weithin Gerstenmaier; der Bischof selbst konzentrierte sein Interesse auf die Auslandsgemeinden und auf die evangelischen deutschen Kirchen außerhalb des Reichsgebiets. Weitere Einzelheiten zu Gerstenmaiers Aufgaben und Aktivitäten im Kirchlichen Außenamt sind

hier nicht darzustellen. Das alles genügt erklärt, warum Eugen Gerstenmaier nach 1945 bei den Vertretern der Bekennenden Kirche auf viele Vorbehalte und kritische Bedenken stieß. Als Gerstenmaier im Juni 1945 in die Schweiz nach Zürich zu Emil Brunner und nach Genf reiste und sich öffentlich als Widerstandskämpfer präsentierte, rief dies eine heftige Polemik Karl Barths hervor.¹² Die Bekennende Kirche sah in ihm geradezu einen Repräsentanten der alten Deutschen Evangelischen Kirche, die sich im Dritten Reich gründlich diskreditiert hatte.

Die spezifische Stellung Gerstenmaiers in der evangelischen Kirche der Nachkriegszeit hatte ihren Grund aber nicht allein in seiner Tätigkeit von 1936 an, sondern auch in seiner eigenen Theologie und deren Ansatz. Mit dem programmatischen Titel „Die Kirche und die Schöpfung“ setzte sich Gerstenmaier betont von der Theologie Karl Barths und dessen christozentrischer Theologie ab. Auch waren seine Ausführungen zu „Volk“ und „Blut und Boden“ zeitbezogen. „Wo ein Volk nichts mehr davon weiß, daß ihm Blut und Boden, Rasse und Landschaft zur geschichtlichen Tat, zur Erfüllung seines geschichtlichen Berufs gegeben sind, weil es für ihn taub geworden ist, wird es diese Bedingungen seiner völkischen und geschichtlichen Existenz mißachten und sie pervertieren. Wo ein Volk seinen geschichtlichen Beruf mißversteht und seine sittliche Aufgabe im Weltganzen mißachtet, für die es seine naturhaften Bedingungen als sinnhafte Mittel einzusetzen hat, verfehlt es in seiner kollektiven Selbstverabsolutierung das Ziel seiner Geschichte, den Sinn seines Daseins und verspielt damit die eigentliche Geltung seiner völkisch-geschichtlichen Existenzbedingungen: Blut und Boden, Rasse und Landschaft.“¹³ Aussagen zu Staat und Volk unterstreichen diese Anschauung.¹⁴ Sie beruhen auf der Schöpfungsoffenbarung. Zum Staat heißt es: „Der Staat ist die Aktionsform, in der ein Volk geschichtlich eigenständig existiert.“¹⁵ Gerstenmaiers Theologie war sehr stark von seinem Lehrer Friedrich Brunstäd und dessen konservativer und idealistischer Weltsicht bestimmt. Umso erstaunlicher ist es, dass Gersten-

maier im September 1945 auf der Kirchenkonferenz in Treysa zum Leiter des Hilfswerks der Evangelischen Kirche berufen wurde.

Das evangelische Hilfswerk

Das Kirchliche Außenamt der Evangelischen Kirche, an dessen Leitung Gerstenmaier wohl durchaus Interesse hatte, wurde 1945 Martin Niemöller als herausragendem Repräsentanten der Bekennenden Kirche übertragen. Gerstenmaier hatte freilich schon die Reise in die Schweiz im Sommer 1945 dazu genutzt, ökumenische Kontakte zu knüpfen. Auch zu Adolf Keller, der die seit 1922 in der Schweiz bestehende „Europäische Zentralstelle für Kirchliche Hilfsaktionen“ leitete, hatte er bereits vor Kriegsende Kontakt. Auch im amerikanischen Kirchentum gab es zu Kriegsende Pläne für kirchliche Hilfsaktionen. Ferner hatte Gerstenmaier sehr gute Beziehung zu dem anerkannten Sprecher der deutschen evangelischen Kirche, dem württembergischen Landesbischof Theophil Wurm. Auch zeichnete ihn ein ausgezeichnetes Organisationstalent aus, und zudem verfügte er über kaufmännische Kenntnisse. So begann er im Sommer, die Hilfe für die Not leidende deutsche Bevölkerung zu organisieren.¹⁶ Auf der Kirchenkonferenz in Treysa vom 27. bis 30. August 1945 trafen sich die protestantischen Kirchenführer, die Repräsentanten der Landeskirchen und der Bekennenden Kirche, freilich ohne die deutschchristlichen Leiter von Kirchenbehörden, und konstituierten die Evangelische Kirche neu. Bischof Wurm hatte dazu als Leiter des „Kirchlichen Einigungswerkes“ eingeladen. Wurm wurde auch zum Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland gewählt. Gerstenmaier reiste mit einem vorbereiteten Plan zur Schaffung einer kirchlichen Hilfsorganisation an.¹⁷ Ohne große Aussprache und ohne förmlichen Beschluss wurde das Hilfswerk geschaffen. Gerstenmaier selbst schrieb: „Es ist wahr: als wir nach Treysa kamen, da brachten wir als vorsichtige Leute gleich mit, was dort beschlossen werden sollte.“¹⁸ Eine inhaltliche Beratung oder Vorstellung eines Hilfswerks erfolgte nicht. Es

diente zunächst einfach dazu, die eingehenden Auslandsspenden an die Gemeinden zu verteilen. Eine Einrichtung wie das Hilfswerk konnte so nur in der Ausnahmesituation der Nachkriegszeit entstehen. Die staatlichen Ämter funktionierten nicht mehr. Zivilgesellschaftliche Kräfte gab es ebenfalls nicht, die sich hätten betätigen können. In dieses Vakuum trat die Kirche als einzige funktionierende Organisation. Dibelius war in Treysa skeptisch, ob aus diesem Unternehmen etwas werde.¹⁹ Gerstenmaier konnte deshalb eine von keinerlei Instanzen kontrollierte Tätigkeit entfalten. Der Dienort wurde Stuttgart (aufgrund der Nähe zu Bischof Wurm), und weil die amerikanische Besatzungsmacht besonders kooperativ war. In der russischen Besatzungszone konnte das Hilfswerk nicht tätig werden. In den drei anderen Besatzungszonen musste selbstständig gearbeitet werden, aber die Hilfsgüter konnte man nur sehr unterschiedlich verteilen. Der Zentralstelle und ihrem Präsidenten wuchs dadurch besondere Macht zu. Daraus ergaben sich bald Kompetenzkonflikte mit den Landeskirchen. Vor allem aber bestand von Anfang an eine Rivalität zur Inneren Mission und deren Einrichtungen. Die Innere Mission war seit dem 19. Jahrhundert in Vereinsform organisiert und formal von der institutionellen Kirche unabhängig, wenn auch mit ihr personell vielfältig verflochten. Die Einrichtungen der Inneren Mission waren dementsprechend weithin autonom, und deshalb war die Innere Mission als solche im Jahre 1945 faktisch handlungsunfähig. Dazu kam, dass sich die Leiter von Einrichtungen der Inneren Mission im Kirchenkampf möglichst neutral verhalten und nicht der Bekennenden Kirche angeschlossen hatten. Die Innere Mission hatte mit der nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) kooperiert. Dadurch war die Innere Mission zusätzlich belastet. Gerstenmaier hatte freilich schon vor Kriegsende in Gesprächen bei Repräsentanten der Inneren Mission den Gedanken eines Hilfswerks für den Wiederaufbau nach dem Krieg sondiert, war aber auf Ablehnung gestoßen. Also konnte er 1945 sogleich handeln. Allerdings bestanden in der Inneren Mission Bedenken: „Die Tendenz Gerstenmaiers zum Zentralismus und der Ausbau seines Organisationsapparates ließen die

Innere Mission um ihren angestammten Platz auf dem Gebiet der kirchlichen Wohlfahrt bangen. Seitens der Inneren Mission wurde offenbar die Gefahr gesehen, dass künftig die karitative Wiederaufbauarbeit einzig mit den Bemühungen des Hilfswerks assoziiert und die eigene Tätigkeit aus dem Bewusstsein der Öffentlichkeit verdrängt werde.²⁰

Vor der Gründung angestellte Überlegungen, das Hilfswerk interkonfessionell zu realisieren, fanden in Gesprächen Gerstenmaiers mit katholischen Bischöfen bei diesen keinerlei Resonanz. Also wurde es als „Evangelisches“ Hilfswerk konzipiert, freilich unter Mitarbeit und Beteiligung der Freikirchen. Darauf hatten die ökumenischen Spender mit Nachdruck Wert gelegt.

Die Arbeit des Hilfswerks expandierte. Es wurden Maßnahmen gegen die verbreitete Arbeitslosigkeit und zur Sesshaftmachung von Flüchtlingen durchgeführt. In Espelkamp wurden in einer Flüchtlingssiedlung für mehr als 100 Familien eine neue Heimat und Anstellungsmöglichkeiten durch 70 Betriebe aus Handwerk und Industrie geschaffen.²¹ Außerdem gründete Gerstenmaier mit seinem Vertrauten Klaus Mehnert und unter Mithilfe von Paul Collmer einen Verlag, das Evangelische Verlagswerk, in dem nicht nur Bücher, sondern auch die Wochenzeitschrift „Christ und Welt“ erscheinen sollte. „Christ und Welt“ trat allerdings in Konkurrenz zu der von Hans Lilje herausgegebenen Wochenzeitschrift „Sonntag“. Die unternehmerischen Aktivitäten des Hilfswerks waren also recht weit gespannt. Ein Protokoll der Ratssitzung der EKD am 24./25. Januar 1952 listete als hilfswerkeigene Unternehmen auf: 1) Sozialwerk GmbH Berlin; 2) Matthias Film GmbH, Frankfurt/Main; 3) Gemeinnützige Studiengesellschaft für Siedlungen im Ausland mbH in Frankfurt/Main; 4) Aufbaugemeinschaft Espelkamp; 5) Gemeinnützige GmbH Industriesiedlung Boostedt, Schleswig-Holstein; 6) Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft des Hilfswerks der EKD; 7) Stuttgart Maschinensetzerei GmbH; 8) Evangelisches Verlags-

werk; 9) Veredelungswirtschaft.²² Gerstenmaiers Idee war es gewesen, mit ausländischen Spendengeldern Rohstoffe im Ausland zu kaufen und diese in Deutschland zu veredeln, um dadurch Arbeitsplätze zu schaffen und Einnahmen zu erzielen. Es sollten also nicht nur Hilfsgaben weitergeleitet, sondern eine Produktion in Gang gesetzt werden. Diese Aktivitäten zogen – verständlicherweise – Kritik auf sich. So kam es im Dezember 1949 zu Konflikten zwischen Hilfswerk und der württembergischen Landeskirche, die dann die EKD als Schlichter anrief.²³ Insbesondere die Wirtschaftsbetriebe des Hilfswerks wurden kritisch betrachtet. Die Währungsreform im Juni 1948 brachte das Hilfswerk zusätzlich in große wirtschaftliche Schwierigkeiten.²⁴ Die Frage wurde laut, was die über die karitative Arbeit hinaus vom Hilfswerk initiierten und getragenen publizistischen und ökonomischen Aktivitäten noch mit der Kirche zu tun haben. Gerstenmaier selbst hatte 1945 das Hilfswerk programmatisch als „Kirche in Aktion“ gekennzeichnet. Er betonte: „Der Tat, der Tat sind wir zugetan.“²⁵ Mit der Betonung der Verbindung zur Kirche wollte er seine Arbeit von der Vereinstätigkeit der Inneren Mission abheben. Die wirtschaftlichen Probleme führten nach der Ausgliederung der Wirtschaftsabteilung ab dem 1. Juni 1949 unter dem Namen Veredelungswirtschaft GmbH (VERWI) im Frühjahr zu einer Geldbuße (in Höhe von 100.000 DM) wegen Devisenvergehen. Die Ermittlungen der Finanzbehörden wiederum führten 1951 zu einer scharfen politischen Kontroverse zwischen dem der FDP angehörenden württembergischen Ministerpräsidenten Reinhold Maier und Gerstenmaier.²⁶ Am Ende schied Gerstenmaier zum 1. Oktober 1951 aus der Tätigkeit als Hilfswerkleiter aus. Er selbst kommentierte sein Ausscheiden nach einer Ratssitzung, deren Verlauf er mit seiner Verhandlung vor dem Volksgerichtshof verglich, wörtlich bitter so: „Ich komme von dem Eindruck nicht los, daß für einige recht prominente Mitglieder des Rates die Aussicht bestimmend war, durch eine Art Exkommunikation meiner Person in die Dispositionsgewalt von Gut und Macht zu gelangen, für deren Zustandekommen sie nichts getan haben, an deren Ausbeutung sie aber brennend

interessiert sind.“²⁷ Hanns Lilje, der Vorstandsmitglied der Inneren Mission war, erinnerte sich zum Verhältnis von Hilfswerk und Innerer Mission: „Ein leiser Schatten fiel über das Ganze, als Parallelerscheinung zur Inneren Mission trat sofort die Gründung des Hilfswerks ein. Hier war die organisatorische und kaufmännische Energie von Eugen Gerstenmaier am Werk. Er war in der Tat durch seine berufliche Schulung in der Lage, mit solchen Problemen finanzieller und organisatorischer Art umzugehen, und hat es erreicht, daß die deutschen Landeskirchen sich diesen organisatorischen Plänen öffneten. Daß es dabei nicht ohne Rivalität abging, muß leider zugestanden werden. Es gehörte zu der energischen Art von Gerstenmaier, auf vorhandene und traditionelle Gebilde nicht übermäßig viel Rücksicht zu nehmen.“²⁸ Im Herbst 1951 endete Gerstenmaiers amtliche Tätigkeit in der evangelischen Kirche. Nach Abschluss der Hilfswerkarbeit hielt Gerstenmaier eher Distanz zum innerkirchlichen Leben.

Das Hilfswerk war eine große Leistung in der Nachkriegszeit. Aber es war nach der Startphase umstritten. Es war ein Wiederaufbauhilfswerk. Kaum beachtet wird und untersucht wurde, dass das Hilfswerk nach 1945 nicht völlig ohne Vorbild war, zumindest, was die Programmatik angeht.²⁹ Seit 1930 gab es ein Winterhilfswerk und den Arbeitsdienst, aus dem 1933 die Nationalsozialisten das Winterhilfswerk des Deutschen Volkes und den Reichsarbeitsdienst machten. In der Reichskirchenverfassung der Müllerschen Reichskirche gab es gleichfalls bereits Pläne, ein zentrales reichskirchliches Sozialreferat einzurichten. Das spielte in der Gründungsphase des Hilfswerks freilich keine Rolle. Aber nach der unmittelbaren Notzeit wurden sein Zentralismus und die autonome Geschäftsführung innerkirchlich suspekt. Mühsame Bemühungen um eine Satzung seit 1947 und um ein vorläufiges Kirchengesetz der EKD vom 13. Januar 1949 dokumentieren die kirchenamtlichen Bemühungen der EKD, das Hilfswerk unter Aufsicht und Kontrolle zu bringen. Denn es war ja ein kirchliches Werk! Gerstenmaier selbst hatte hochfliegende Pläne. Er wollte ein „Diakonisches Amt

der EKD“ errichten, das dem kirchlichen Außenamt gleichgestellt wäre. Die Bemühungen seit 1951 um eine Neuordnung des Hilfswerks führten 1957 zur Fusion von Hilfswerk und Innerer Mission als Diakonisches Werk der EKD. Das Hilfswerk wurde damit Geschichte. Gerstenmaiers Bestreben, Wirtschaftsbetriebe und eine „Deutsche Sozialpolitische Gesellschaft“ als Verwaltungsgesellschaft zu etablieren, wurden vor Gerstenmaiers Ausscheiden vom Rat der EKD ebenso abgelehnt.³⁰ Die Hilfe für die deutsche Bevölkerung unmittelbar nach Kriegsende bleibt das große Verdienst des Hilfswerks. Weiterreichende Zielvorstellungen und Pläne wurden mit der Festigung der Bundesrepublik wirkungslos.

Was waren nun Gerstenmaiers eigene Zielvorstellungen und Konzeptionen beim Hilfswerk? Dies zu erfassen ist schwierig. Seine originäre Leistung lag auf dem Gebiet der Organisation und Administration. Zunächst begründete er sein Vorgehen pragmatisch aus der Notsituation. Seine Leitidee war „Kirche in Aktion“. Später knüpfte er programmatisch an die Vorstellungen Wicherns, des Gründers der Inneren Mission, an.³¹ Wichern hatte 1848 die Kirche und die Christen zur tätigen Nächstenliebe und Hilfe, und das heißt, zur Inneren Mission aufgerufen. Diese diakonische Tätigkeit nennt Gerstenmaier Wichern I. In Wicherns Denkschrift findet sich sodann die Anregung zu einer christlichen Assoziation Hilfsbedürftiger. Das nennt Gerstenmaier „Wichern II“.³² Gerstenmaier sieht, dass zwischen Diakonie und Sozialpolitik große Unterschiede bestehen. Sie bestehen in der Methode und vor allem im Leitbild. Die Diakonie hat ein eigenes besonderes Leitbild, wie Gerstenmaier betont.³³ Außerdem ist der Ausgangspunkt der christlichen Diakonie die Gemeinde und nicht der Staat oder die Gesellschaft. Gerstenmaiers Aktivitäten nötigen freilich dazu, das Verhältnis zur sozialen Großmacht Staat zu klären und nach der Aufgabe einer „politischen Diakonie“ zu fragen. In diesem Zusammenhang fällt dann auch das Stichwort „christliche Politik“.³⁴ Er warnt freilich selbst: „Die Politisierung der Kirche hat keine Verheißung.“³⁵ Zugleich sieht er aber richtig auch die

Gefahr, „daß die einzelnen diakonischen Werke, Verbände und Aktionen unserer Kirche – gleichgültig, ob frei oder kirchenamtlich – einfach planlos sich mit- und gegeneinander im Feld der Not tummeln“.³⁶ Ein klares Konzept freilich ergibt sich aus diesen Überlegungen gerade nicht. So lautet das Fazit dieser Grundsatzüberlegungen: „Mit seinen fragmentarisch gebliebenen Vorschlägen ist Wichern II kein uns heute verpflichtend aufgegebenes diakonisches, sozialpolitisches oder politisches Programm. Aber Wichern II ist und bleibt ein verpflichtender Ruf an die Diakonie der Kirche, über den herkömmlichen Grenzstein immer von neuem hinauszuziehen auf den gefahrenreichen Acker der Welt.“³⁷ Gerstenmaiers Beitrag bestand im realen Hinausziehen auf den Acker der Welt, nicht in theoretischen Grundsatzüberlegungen. Solche Überlegungen müssten nämlich das Verhältnis von Sozialstaat und Kirche umfassender reflektieren und das Stichwort Subsidiarität bedenken. Sie müssten auch über die Aufgabe und das eigene Profil kirchlicher Diakonie in einer weltanschaulich pluralistischen Gesellschaft nachdenken. Die konfessionelle Versäulung sozialer Aktivitäten kann doch kein erstrebenswertes Ziel sein. Wohl aber geht es darum, der tätigen Liebe und Aktivitäten aus ganz unterschiedlichen Motivationen heraus Raum zu lassen. Vor allem aber ist unter diesem Aspekt zu differenzieren zwischen der Gerechtigkeit und sozialen Fürsorge, die Staat und Gesellschaft jedem Bürger schulden, und der tätigen Liebe, die personal in der Zuwendung zum Menschen geschieht. Solche Überlegungen waren freilich nach 1951 nicht mehr Gerstenmaiers Thema. Es fällt auch auf, dass er mit seinem Wechsel in die Politik keineswegs der protestantische Sozialpolitiker wurde, sondern dass er sich dem Feld der Außenpolitik und Kulturpolitik zuwandte.

Eugen Gerstenmaier in der evangelischen Kirche

Blickt man zurück, so zeigt sich ein sehr individuelles Profil Eugen Gerstenmaiers. Er war kein Kirchenmann im engeren Sinne und kein wissen-

schaftlicher Theologe. Ob er in der theologischen Wissenschaft seine Erfüllung gefunden hätte, muss offen bleiben. In der exzeptionellen Situation des Kriegsendes 1945 fand er eine Aufgabe im Hilfswerk, die er exzellent wahrnahm. Mit der Rückkehr der Normalität verloren die Aktivitäten des Hilfswerks an Bedeutung. Gerstenmaier war energisch und durchsetzungsstark, zweifellos eigenständig und eigengeprägt, voller Tatendrang, freilich auch eigenwillig und eigensinnig. Das bereitete ihm innerhalb der evangelischen Kirche manche Schwierigkeiten. In das normale kirchliche Schema passt er mit seinem individuellen Charakter nicht. Dennoch gehört er zu den profilierten protestantischen Persönlichkeiten der Nachkriegszeit. Das Wort „protestantische Persönlichkeit“ wird ihm am ehesten gerecht. Eine lutherische Grundhaltung und der Einfluss seines theologischen Lehrers Friedrich Brunstäd haben ihn wesentlich geprägt. Brunstäd kam, so Gerstenmaiers Würdigung, aus konservativer Tradition, der er zeitlebens verbunden blieb.³⁸ In der Sozialethik repräsentierte Brunstäd eine christlich-soziale Programmatik, die der sozialen Verantwortung eines Konservativen entsprang. Er war ferner sowohl Theologe wie Philosoph und suchte deshalb besonders intensiv das Gespräch zwischen Glauben und Vernunft. Gerstenmaier selbst betonte: „Brunstäd hat vom Staat zeitlebens groß gedacht. Darin konnte ihn selbst der totalitäre Staat nicht irremachen. Friedrich Brunstäd hat auch von der Kirche zeit seines Lebens groß gedacht, und darin konnten ihn weder die inneren Zerwürfnisse noch die Ohnmacht der Kirche im totalen Staat beirren.“³⁹ Vor allem aber prägte Brunstäd seinem Schüler Gerstenmaier Luthers Zwei-Reiche-Lehre ein. Gerstenmaier selbst betont im Vorwort seines Lebensberichts, er habe sein „Leben, mit Luther zu sprechen, in zwei Reichen gelebt, in dem Reich Gottes zur rechten und zur linken Hand, auf den Schnittstellen von Kirche und Staat. Der Kirchenkampf ist nur ein Beispiel dafür.“⁴⁰ ■

Anmerkungen

- ¹ Literatur: Eugen Gerstenmaier, *Streit und Friede hat seine Zeit. Ein Lebensbericht*, Frankfurt/M. 1981; Ders. *Reden und Aufsätze*, Bde. 1 und 2, Stuttgart 1956, 1962; Daniela GNISS, *Der Politiker Eugen Gerstenmaier 1906–1986. Eine Biographie*, Düsseldorf, 2005; Andreas Meier, Eugen Gerstenmaier, in: Wolf-Dieter Hauschild (Hg.), *Profile des Luthertums. Biographien zum 20. Jahrhundert*, Gütersloh 1998, S. 185–201; Johann-Christoph Kaiser, Eugen Gerstenmaier in Kirche und Gesellschaft nach 1945, in: Wolfgang Huber (Hg.), *Protestanten in der Demokratie, Positionen und Profile im Nachkriegsdeutschland*, München 1990, S. 69–92.
- ² Gniss (wie Anm. 1), S. 91.
- ³ Eugen Gerstenmaier, *Die Kirche und die Schöpfung. Eine theologische Besinnung zu dem Dienst der Kirche an der Welt*, Berlin 1938.
- ⁴ Gniss (wie Anm. 1), S. 244.
- ⁵ Zur Stellung des Kirchlichen Außenamtes nach 1933: Armin Boyens, *Kirchenkampf und Ökumene 1933–1939*, München 1969; Ders., *Kirchenkampf und Ökumene 1939–1945*, München 1973. Zur Person von Theodor Heckel: Rolf-Ulrich Kunze, *Theodor Heckel 1894–1967. Eine Biographie (Konfession und Gesellschaft 13)*, Stuttgart 1997.
- ⁶ Eugen Gerstenmaier, *Das Kirchliche Außenamt im Reiche Hitlers*, in: Paul Collmer/Hermann Kalinna/Lothar Wiedemann (Hg.), *Kirche im Spannungsfeld der Politik. Festschrift für Bischof D. Hermann Kunst D.D. zum 70. Geburtstag am 21. Januar 1977*, Göttingen 1977, S. 307–318; Gerstenmaier, *Streit und Friede* (wie Anm. 1), S. 72ff.; Gniss (wie Anm. 1), S. 65ff.
- ⁷ Gerstenmaier, *Das Kirchliche Außenamt* (wie Anm. 6), S. 307.
- ⁸ Ebd. S. 311.
- ⁹ Gniss (wie Anm. 1), S. 65: In der Broschüre hieß es: „1. Der Nationalsozialismus hat den Damm gegen Asien aufgerichtet. Die Vernichtung des Kommunismus ist mehr als die Beseitigung einer wirtschaftlich-gesellschaftlichen Ideologie und Partei [...] 2. Der Nationalsozialismus hat die Überwindung des sozialen Problems entschlossen angefaßt [...] 3. Der Nationalsozialismus hat die Grundstruktur des öffentlichen Lebens im Wesen verändert [...] Reich und Volk, Führung und Gefolgschaft, Herrschaft, Ordnung und Bewegung sind die Grundbegriffe, in denen die Struktur des Dritten Reiches sich abzeichnet und ausgestaltet.“
- ¹⁰ Eugen Gerstenmaier, „Die Kirche und die Kirchen“, in: Ders. (Hg.), *Kirche, Volk und Staat. Stimmen aus der deutschen evangelischen Kirche zur Oxforder Weltkirchenkonferenz*, Berlin 1937, S. 100–128; vgl. Boyens, *Kirchenkampf* (wie Anm. 5), S. 136ff
- ¹¹ Gniss (wie Anm. 1), S. 101; Gerstenmaier, *Streit und Friede* (wie Anm. 1), S. 131f.
- ¹² Gniss (wie Anm. 1), S. 166; Karl Barth, „Neueste Nachrichten zur neueren deutschen Kirchengeschichte?“ wiederveröffentlicht in: *Karl Barth zum Kirchenkampf*, ThExh NF 49, 1956, S. 84–89.
- ¹³ Gerstenmaier, *Kirche und Schöpfung* (wie Anm. 3), S. 83.

- ¹⁴ Ebd. S. 255–259, 269f.
- ¹⁵ Ebd. S. 91, 260.
- ¹⁶ Zum Hilfswerk: Johannes Michael Wischnath, *Kirche in Aktion. Das evangelische Hilfswerk 1945–1957 und sein Verhältnis zu Kirche und Innerer Mission* (Arbeiten zur kirchlichen Zeitgeschichte 14), Göttingen, 1986; Helmut Talasko, *Das Hilfswerk der evangelischen Kirche in Deutschland*, in: Johann-Christoph Kaiser (Hg.), *Soziale Arbeit in historischer Perspektive. Zum geschichtlichen Ort der Diakonie in Deutschland*. Festschrift für Helmut Talasko zum 65. Geburtstag, Stuttgart 1998, S. 323–337; Gerstenmaier, *Streit und Friede* (wie Anm. 1), S. 244ff.; Gniss (wie Anm. 1), S. 153ff.
- ¹⁷ Wischnath (wie Anm. 16), S. 75ff.; Gniss (wie Anm. 1), S. 164ff.
- ¹⁸ Gerstenmaier, *Reden und Aufsätze 1* (wie Anm. 1), S. 117.
- ¹⁹ Wischnath (wie Anm. 16), S. 84.
- ²⁰ Gniss (wie Anm. 1), S. 184.
- ²¹ Ebd. S. 191f.
- ²² Ebd. S. 191 Anm. 10.
- ²³ Ebd. S. 239.
- ²⁴ Ebd. S. 239.
- ²⁵ Gerstenmaier, *Reden und Aufsätze 1* (wie Anm. 1), S. 75.
- ²⁶ Gniss (wie Anm. 1), S. 242–244, 258–262, vgl. S. 195.
- ²⁷ Zit. Ebd. S. 243; vgl. Wischnath (wie Anm. 16), S. 312–319.
- ²⁸ Hanns Lilje, *Memorabilia. Schwerpunkte eines Lebens*, Nürnberg 1973, S. 39, zit. bei Gniss (wie Anm. 1), S. 185.
- ²⁹ Vgl. Kaiser, *Eugen Gerstenmaier in Kirche und Gesellschaft* (wie Anm. 1), S. 69–92, v.a. S. 78ff.
- ³⁰ Wischnath (wie Anm. 16), S. 328f.
- ³¹ Wichern organisierte die Innere Mission und die Hilfstätigkeit unabhängig vom landesherrlichen Kirchenregiment und von der staatlichen Obrigkeit als freie Vereinstätigkeit. Sie sollte tätige Hilfe auf freiwilliger Basis sein.
- ³² Eugen Gerstenmaier, „Wichern II“. Zum Verhältnis von Diakonie und Sozialpolitik, in: Herbert Krimm, *Das Diakonische Amt der Kirche*, Stuttgart 1953, S. 499–546, vgl. Gerstenmaier, *Reden und Aufsätze 1* (wie Anm. 1), S. 102, 123; EBD. S. 110–124: *Zehn Jahre Hilfswerk*.
- ³³ Gerstenmaier, *Wichern II* (wie Anm. 32), S. 502.
- ³⁴ Ebd. S. 532.
- ³⁵ Ebd. S. 535.
- ³⁶ Ebd. S. 541.
- ³⁷ Ebd. S. 545.

³⁸ Eugen Gerstenmaier, Mein Lehrer Friedrich Brunstäd, in: Reden und Aufsätze 2 (wie Anm. 1), S. 408–420.

³⁹ Ebd. S. 419.

⁴⁰ Gerstenmaier, Streit und Friede (wie Anm. 1), S. 13.

Zwischen Demut und Selbstbewusstsein – Eugen Gerstenmaier als Bundestagspräsident

Norbert Lammert

Eugen Gerstenmaier ist der erste Bundestagspräsident, an den ich mich erinnern kann. Ich war sechs Jahre alt, als er in dieses Amt gewählt wurde, und erinnere mich selbstverständlich an den Wahlgang nicht, aber meine ganze politische Sozialisation, meine erste Beschäftigung mit Politik und Parlamentarismus ist mit dem Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmaier eng verbunden gewesen und geblieben. Er ist zu meiner eigenen Verblüffung eigentlich auch von allen Bundestagspräsidenten derjenige, der mir am nächsten geblieben ist, obwohl ich ihn als Kollege nicht mehr erlebt habe, weil seine Amtszeit zwar erstaunlich lang, aber nicht lang genug war,

um meinen vergleichsweise frühen Einzug in den Deutschen Bundestag noch begleiten zu können.

Diese heutige Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung findet statt, um einen, wie es mein Vorgänger in diesem Amt einmal ausgedrückt hat, legendären Bundestagspräsidenten zu ehren. Und das war, wie ich glaube, Eugen Gerstenmaier in der Tat. Die politische Karriere des Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmaier hat kontrovers begonnen und ist im Streit unwürdig zu Ende gegangen. Die in mancherlei Hinsicht bemerkenswerte Pressekampagne, sowohl mit Blick auf die Quellenlage wie im Umgang mit den Quellen, der taktischen Nutzung von tatsächlichen und vermeintlichen Informationen, mit großem Gestaltungsinteresse und weniger starkem Aufklärungsinteresse, die auf der Grundlage teilweise gefälschter Unterlagen gegen ihn entfesselt wurde, die ihn zermürbte und schließlich zum Rücktritt veranlasste, kann seine Leistung nicht schmälern. Inzwischen ist mit einer Reihe von Publikationen die Kampagne lückenlos analysiert und ihre Infamie offengelegt. Das hilft ihm nicht weiter, ist aber in mancherlei Hinsicht als Lehrstück über die Instrumente politischer Auseinandersetzungen nach wie vor von hoher Aktualität.

Eugen Gerstenmaier war als Mitglied des Widerstandes gegen Hitler als überzeugter Antikommunist manchen ein Ärgernis, sowohl den Ewiggestrigen, aber natürlich auch und gerade den damaligen kommunistischen Machthabern in Ostberlin. Nach manchen früheren Verleumdungen, gegen die er sich mit Erfolg mit rechtlichen Schritten hatte wehren können, hatte die Stasi ein Dossier ganz besonderer Art zusammengestellt und in durchaus wirkungsvoller Weise in die Medien lanciert, zu dessen besonders infamen Botschaften die Behauptung gehörte, ausgerechnet Eugen Gerstenmaier sei ein Spitzel der Nationalsozialisten gewesen. Dieses Dossier wurde auch westdeutschen Presseorganen, die sich ihres investigativen Journalismus gerne rühmen, von denen aber manche nur zu gern in bestimmen

Situationen auch ungeprüft solcherlei Widerlichkeiten zu übernehmen bereit waren, in genau dem Moment zugespielt, als Gerstenmaier auch die Bundesversammlung 1969 wieder nach Berlin einberufen wollte. Das war nun ohnehin eine Zeit, in der auch ohne die besonderen Begleitumstände solche Absichten hinreichend kontrovers waren. Als jedenfalls die Staatsanwaltschaft sechs Jahre nach seinem Rücktritt in einem mehrere hundert Seiten starken Dossier jeden einzelnen Vorwurf als Lüge entlarvte, war Eugen Gerstenmaier zwar vollständig rehabilitiert, dennoch hatte diese Kampagne Eugen Gerstenmaier, für den Gerechtigkeit immer ein ganz entscheidendes Kriterium seines Wirkens und auch seines Urteils über öffentliche Angelegenheiten war, zermürbt und im Januar 1969 in den Rücktritt getrieben. Die Umstände seines Rücktritts aus diesem hohen Staatsamt waren unbeschadet eigener Ungeschicklichkeiten, von denen die Rede war, kein Ruhmesblatt der Republik. Weder für die Medien noch für die eigene Partei. Eugen Gerstenmaier war im übrigen nicht der erste und nicht der letzte prominente Politiker, der die deprimierende Erfahrung machen musste, dass Ehren- und Solidaritätsbekundungen der eigenen Partei in schwieriger Zeit entweder erst zu einem Zeitpunkt oder in einer Version erfolgen, in denen sie nicht mehr praktische Wirkung haben konnten oder sollten.

Man muss im übrigen die Vielschichtigkeit und natürlich auch Widersprüchlichkeit der Person vor Augen haben, wenn man das Wirken und die Leistung Eugen Gerstenmaiers würdigen will. Nicht umsonst gab Eugen Gerstenmaier Zeit seines Lebens immer wieder Anlass zu Kontroversen, nicht umsonst gab er seinem Lebensbericht den Titel „Streit und Frieden hat seine Zeit“. Streit bedeutete für ihn keineswegs von vornherein etwas Negatives, sondern war, solange er die Person des Gegners respektierte, notwendige Station auf dem Weg zu einer möglichst gemeinsam gefundenen Lösung, aber unter demokratischen Bedingungen auch zu einer kontrovers zu treffenden Entscheidung. Für mich gehört das Buch zu den vergleichsweise seltenen Politikerautobiographien, die man ernsthaft zur Lek-

türe empfehlen kann. Ich habe sie mit großem Gewinn gelesen, und sie bedient eben im Unterschied zu vielen anderen mehr oder weniger vergleichbaren Büchern nicht nur die Neugier, was ja offenkundig für die Auflage der wesentlichere Aspekt ist, sondern sie bedient das Bedürfnis an stärkerer Verdeutlichung zeitgeschichtlicher Situationen und Umstände und hilft Entwicklungen, Ereignisse, Entscheidungen zu verstehen, die ohne diese Kontexte gar nicht oder nur missverständlich ins Bewusstsein gedrungen sind.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, zur Charakterisierung der Person Eugen Gerstenmaier mit einem Zitat aus der Zeit vor seiner politischen Laufbahn beginnen. Im Januar 1945 kennzeichnet der Oberreichsanwalt in seinem Abschlussplädoyer vor dem Volksgerichtshof den späteren Bundestagspräsidenten als: „blassen Theoretiker, wie er im Buche steht. Ein Kirchenmann, Konsistorialrat und Theologe, der von den Dingen keine Ahnung hat, in die er sich verwickelt. Wahrscheinlich aner kennenswert in seinem Fach, von Politik keine Ahnung.“ Eine bemerkenswerte Fehleinschätzung! Wissen wir doch, dass der damals des Hoch- und Landesverrats Angeklagte sich mit vielleicht auch schwäbischer Schlitzohrigkeit, wie mancher andere in ähnlicher Situation der Fähigkeit bedient hat, sich ahnungsloser zu geben, als er in der verhandelten Sache sicher war. Wie hätte dieser gescheite Oberreichsanwalt wohl gestaunt, als zehn Jahre später, im November 1954, der heftige Widerstand gegen den Kandidaten für das Amt des Bundestagspräsidenten damit begründet wurde, dass Eugen Gerstenmaier für dieses Amt entschieden zu politisch sei. Der damals 48-jährige Kandidat für die Nachfolge des früh verstorbenen Hermann Ehlers, ob schon erst seit wenigen Jahren politisch aktiv, stellte nämlich einen völlig anderen Typus dar als seine beiden Vorgänger.

Eugen Gerstenmaier, ehemaliger Leiter des Hilfswerks der Evangelischen Kirche, Mitbegründer der Zeitschrift „Christ und Welt“, war stark in der

Außen- und insbesondere der Europapolitik engagiert, hatte 1950 als erster Deutscher vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarates eine vielbeachtete Rede gehalten und hatte seit 1953, damals als Nachfolger seines Landsmanns Carlo Schmid, das Amt des Vorsitzenden des Ausschusses für Auswärtige Politik inne. Ein Amt, das ihm außerordentlich viel Spaß machte, seinen Interessen sehr entgegen kam. Nach Auskunft seiner Biographie ist er überhaupt nur aus Loyalität gegenüber Konrad Adenauer damals der Aufforderung gefolgt, für dieses Amt zu kandidieren. Und selbst wenn mit Blick auf sein Temperament ein Rest von Zweifeln bleibt, ob es jenseits der Loyalität auch noch andere Motive gegeben haben könnte, ist nicht bestreitbar, auch aus vielen anderen Berichten aus der damaligen konkreten Situation, dass der Impuls zur Kandidatur jedenfalls nicht von ihm kam. Und dass er, damals und beachtlich lange Zeit später noch sich sehr viel lieber im Amt des Außenministers als in diesem oder anderen denkbaren Ämtern gesehen hätte. Übrigens ist er 1954 erst im dritten Wahlgang und auch nur mit 14 Stimmen Mehrheit zum Bundestagspräsidenten gewählt worden. Sozusagen mit „Ach und Krach“, wie er das selber später einmal sagte. Der heute scheinbar selbstverständliche überparteiliche Konsens bei der Wahl von Parlamentspräsidenten war damals alles andere als selbstverständlich. Man kann mit einer gewissen Berechtigung sagen, dass Eugen Gerstenmaier durch seine Amtsführung diese Tradition erst begründet, jedenfalls gefestigt hat. Seine Ergebnisse der Wahlen zum Bundestagspräsidenten 1957, 1961 und 1965, die dann eine große, teilweise überwältigende Zustimmung des jeweils neuen gewählten Parlaments zeigten, machten deutlich, dass und in welcher Weise es dem angeblich engen Gefolgsmann Konrad Adenauers gelungen war, Präsident des gesamten Deutschen Bundestages zu werden und das Vertrauen aller Abgeordneten zu erlangen. Carlo Schmid, der ihn eine beachtlich lange Zeit auch und gerade im Präsidium des Deutschen Bundestages begleitet hat, dem er von Anfang an angehörte, hat diese Leistung in seinen Erinnerungen bestätigt, wenn er schreibt: „Ich habe schon damals den Tatendrang und die unter-

nehmende Zähigkeit dieses gar nicht so pfäffischen Theologen mit starker Neigung zur Philosophie bestaunt, der in die Politik gegangen war, weil er sich zutraute, die Bildungswerte des klassischen deutschen Idealismus zum Lebenselement des neuen Staates zu machen. Eugen Gerstenmaier wurde ein guter Präsident des Deutschen Parlaments, der es auch politisch anders Denken gegenüber nie an Loyalität fehlen ließ“, so Carlo Schmid.

Hier klingt bereits eine der Aufgaben an, wenn nicht die Aufgabe, die Eugen Gerstenmaier in das Zentrum seiner Tätigkeit als Bundestagspräsident stellte: Am Aufbau des neuen demokratischen Staates Bundesrepublik Deutschland mitzuwirken und dem Parlament in diesem Staat den ihm gebührenden Rang zuzuweisen. Wie deutlich er diese Aufgabe vor sich sah, machen seine Worte deutlich, die er am 15. Oktober 1957 anlässlich seiner Wiederwahl bei der Amtsübernahme für die zweite Amtsperiode vor dem Parlament sprach: „Der deutsche Parlamentarismus befindet sich noch immer in einem Prozeß seiner Durchbildung und Festigung. Dieser Prozeß darf nicht abgebrochen werden, sondern er muß auch in den nächsten vier Jahren besonnen gefördert werden. Denn ob es die Kritiker der parlamentarischen Demokratie nun wahrhaben wollen oder nicht, in dieser Epoche schlägt das Herz des freiheitlichen Rechtsstaates in Deutschland eben nicht nur in der Kraft seiner Regierung und in der Integrität seiner Gerichte und Verwaltung, sondern vor allem in der Lebendigkeit und Kraft des Parlaments.“

Sie werden verstehen, dass ich bei der Beschäftigung mit Gerstenmaier aus diesem Anlass diese Textpassage mit einer besonderen Freude gelesen habe, weil ich intuitiv, aber ohne vorherige Beschäftigung mit diesem Text, in einer sehr ähnlichen Weise bei meiner Antrittsrede deutlich gemacht habe, welchen Stellenwert nach meinem Verständnis das Parlament in unserer demokratischen Ordnung einzunehmen hat. „Ein lebendiges Parlament“, hat Eugen Gerstenmaier damals gesagt, „braucht nicht mit scheelen Augen

auf eine kraftvolle Regierung zu sehen, sondern es wird eine kraftvolle Regierung als einen angemessenen Partner würdigen. Umgekehrt darf sich eine starke Regierung nicht ein schwächliches Parlament wünschen. In ihrem eigenen Interesse müßte sie ein Parlament wünschen, das sich auch seines Ranges und Gewichtes bewußt ist.“

In diesen Worten scheint mir der programmatische Kern des gesamten Wirkens des Bundespräsidenten Eugen Gerstenmaier aufzuscheinen, dem es stets, nicht zuletzt aufgrund seiner Erfahrungen, seiner persönlichen Erinnerung an die Parlamentsverachtung breiter Bevölkerungsschichten in der Weimarer Republik, aber auch aufgrund seiner Erfahrungen und Diskussionen im Widerstand gegen Hitler darum ging, dem demokratisch gewählten Parlament die zentrale Stellung zu sichern, die ihm als einzigem direkt vom Volk gewählten Verfassungsorgan zukommt. Es ist nur konsequent, wenn Gerstenmaier immer wieder auch darauf hinweist, dass die Opposition im Parlament unverzichtbar ist und dass Debatten durchaus lebendig, wenn nicht bisweilen sogar leidenschaftlich geführt werden müssen, wenn es um wichtige Fragen geht.

Gelegentlich wurden die Bemühungen Gerstenmaiers um ein würdiges Bild des Parlaments auf Formales reduziert und lächerlich zu machen gesucht. Etwa wenn es darum ging, den Parlamentspräsidenten protokollarisch als zweiten Mann im Staate zu behandeln – ein Vorgang, der bekanntlich das persönliche Verhältnis von Adenauer und Gerstenmaier auch nicht auf seinen bis dahin unüberbotenen Höhepunkt gebracht hat. Aber es ging Gerstenmaier nicht um Äußerlichkeiten und Eitelkeiten, er begriff sich und handelte auch stets als der erste Repräsentant des Parlaments. Und er handelte, so seine eigenen Worte, immer im dankbaren Gedenken an eine Gemeinschaft von Männern, die fast ausnahmslos für die Ehre und Freiheit Deutschlands einen bitteren Tod gestorben sind. Dieses Gedenken an den Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft und an die

ermordeten Kameraden des 20. Juli ist bei Gerstenmaier in seinem Denken und Handeln stets präsent. Aus ihm und seinem Selbstverständnis als Christ, der sich stets als „unter Gott“ stehend begriff, auch dies eine oft von Gerstenmaier verwandte Formulierung, folgte eine Haltung, die man durchaus mit dem heute selten gewordenen Begriff Demut benennen kann, obwohl sein persönliches Auftreten durchaus selbstbewusst, im Anspruch an das von ihm bekleidete Amt gelegentlich gänzlich undemütig sein konnte. Aber es war eine Haltung, die weniger mit der Person Eugen Gerstenmaier zu tun hatte, immer aber mit der Stellung des Parlaments in der parlamentarischen Demokratie. So ist es nicht sonderlich erstaunlich, dass der angebliche Gefolgsmann Adenauers am 12. Januar 1956 dem Bundeskanzler unter anderem mit dem Hinweis zu seinem 80. Geburtstag gratuliert, dass im Parlament zwar die Regierungen unseres Staates geboren werden, dass sie in ihm aber nicht regiere, sondern dass sie im Parlament vielmehr ihrerseits dem Gesetz unterworfen werde. Ob und wie Adenauer auf diesen Glückwunschbrief reagiert hat, ist bis heute nach meiner Kenntnis noch nicht ermittelt, jedenfalls liegt kein begeisterter Dankesbrief Konrad Adenauers bislang vor.

Es kann nicht überraschen, dass angesichts des ausgeprägten parlamentarischen Selbstbewusstseins Eugen Gerstenmaiers Verhältnis zu Konrad Adenauer keineswegs immer spannungsfrei war. Allerdings, und auch das muss vorgetragen werden, hat Konrad Adenauer umgekehrt Eugen Gerstenmaier zu seinem 60. Geburtstag in folgender Weise gratuliert: „Wenn Eugen Gerstenmaier mit großer Beharrlichkeit und Konsequenz an den Grundsätzen unserer Politik festhält, für sie kämpft, so ist doch sein rastloser Geist ständig damit beschäftigt, dem unveränderten Ziel eine den veränderten Verhältnissen entsprechende Gestaltung zu geben. Diese Kraft des konstruktiven Denkens, der Anpassungsfähigkeit, verbunden mit der Grundsatztreue und dem zähen, beharrlichen Durchstehvermögen machen Eugen Gerstenmaier zu einem unserer wertvollsten Politiker.“

Auch zu dieser Bemerkung gibt es zwei interessante Interpretationsvarianten: Erstens, das hat er genau so gemeint und höchstpersönlich so geschrieben. Das spräche sowohl für das Urteilsvermögen Konrad Adenauers wie für die Würdigung Eugen Gerstenmaiers. Oder aber, Adenauer hatte einen so glänzenden Stab von Mitarbeitern, wie sie sich ein Regierungschefs eigentlich nur wünschen kann, jedenfalls wird gerade in der Addition der Merkmale, die hier mit Eugen Gerstenmaier verbunden werden, in drei Sätzen ein, wie ich finde, ziemlich komplettes Profil der Persönlichkeit Eugen Gerstenmaiers gezeichnet.

Das Selbstbewusstsein des Parlaments als das zentrale Verfassungsorgan suchte der Bundestagspräsident im übrigen auch durch einen eigenen parlamentarischen Stil auszudrücken und im öffentlichen Bewusstsein zu verankern. So wurde schon kurz nach seinem Amtsantritt, übrigens mit ausdrücklicher Zustimmung von Carlo Schmid, das noch heute gültige Zeremoniell eingeführt, dass Abgeordnete sich beim Eintritt des amtierenden Präsidenten im Plenarsaal erheben und erst Platz nehmen, wenn auch der amtierende Präsident seinen Platz eingenommen hat. Nach den Quellen hat damals insbesondere Carlo Schmid gesagt, er empfinde den Zustand als absolut unwürdig, dass jemand als Parlamentspräsident auflaufen müsse wie ein Klassenlehrer vor einer ungezogenen Klasse und sich mit mehr oder weniger eindrucksvollen Gebärden erst mal Ruhe verschaffen müsse. Auch der Frack als Bekleidung für die Saaldiener, den es noch heute gibt, wenn auch in mehrfach modifizierter Gestaltung, wurde bereits kurz nach Übernahme des Amts durch Eugen Gerstenmaier eingeführt, der die Ächtung der Autorität – ebenso wie mangelnde Toleranz – stets als schwere Gefahr für Deutschland und die freie Welt einschätzte. Übrigens ist die Einführung des Fracks einschließlich der Varianten schon deswegen eine der nun wirklich hilfreichen Innovationen der früheren Bundestagspräsidenten gewesen, weil wir selbst ohne Frack bei halbwegs ziviler Bekleidung zwischenzeitlich einmal Phasen des deutschen Parlamentarismus er-

lebt haben, bei denen man die Saaldiener für die bestangezogenen Mitglieder des Deutschen Bundestages hätte halten müssen.

Autorität aber sollte sich das Parlament nicht nur und nicht in erster Linie durch das Zeremoniell verschaffen, sondern natürlich vor allem durch seine Arbeit. Eine Mahnung übrigens, die Eugen Gerstenmaier in seinem Lebensbericht mitteilt, klingt in diesem Zusammenhang recht aktuell: „Die Misere des Bundestages“, notiert Gerstenmaier in seinen Memoiren, „liegt nicht, wie viele Kritiker meinen, an seinem tatsächlich schwergewichtigen Ausschußwesen und dessen fatalem Hang zur Regelung zu vieler Details, sie liegt an der Sucht, zu viele Bereiche, die auch ohne gesetzliche Ordnung auskommen könnten, einer solchen zu unterwerfen.“

Eugen Gerstenmaier hat sich über seine gesamte Amtszeit hinweg mit der ihm eigenen Hartnäckigkeit darum gekümmert, die Arbeitsmöglichkeiten der Abgeordneten zu verbessern und die parlamentarische Arbeit den Erfordernissen der Zeit anzupassen. Auch wenn das, was wir „große Parlamentsreform“ nennen, erst unter seinem Nachfolger von Hassel in Angriff genommen wurde, hat Gerstenmaier doch unter anderem durch die Neugestaltung der Fragestunde und die Einführung der aktuellen Stunde die Informationsrechte des Parlaments gestärkt und zur Belebung der Debatten wesentlich beigetragen. Er hat im übrigen in zähen Verhandlungen alles getan, um die Arbeitsbedingungen der Abgeordneten zu verbessern und etwa zu ermöglichen, dass jedenfalls jedes Mitglied des Deutschen Bundestages ein eigenes Büro bekam. Wenn ich Ihnen jetzt berichten sollte, mit welchen Ansinnen mich real existierende Mitglieder des heutigen Deutschen Bundestages, in mal freundlicher und mal ultimativer Form, konfrontieren, dann kann man fast ins Schwärmen geraten. Und der Versuch, ihnen mit Blick auf die Entstehungsgeschichte des Deutschen Bundestages und die damals nun wirklich jämmerlichen Arbeitsbedingungen der Abgeordne-

ten einen Rest von Wirklichkeitsnähe zu vermitteln, würde wohl nur begrenzte Erfolgsaussichten haben.

Der „Lange Eugen“ ist bereits gerühmt worden, also das Abgeordneten-hochhaus, das 1966 errichtet wurde und das übrigens schon beim Richtfest vom Polier mit diesem noch heute gebrauchten Spitznamen bezeichnet wurde. Da ich vorhin eher allgemein und abstrakt auf seine Memoiren hingewiesen und sie als besonders lesenswert bezeichnet habe, möchte ich gerne die klassisch spannungsvolle Verbindung zwischen Parlament und Regierung mit einer kurzen Passage aus Gerstenmaiers Memoiren verdeutlichen, die sich auf den Zeitpunkt bezieht, als er noch Präsident, Adenauer aber nicht mehr Kanzler war: „Wie groß, wie durchgreifend der Rollenunterschied zwischen den Regierenden und den Parlamentariern, zwischen Exekutive und Parlament, keineswegs nur zwischen Regierung und parlamentarischer Opposition, indessen ist und bleibt, trat mir am unmittelbarsten entgegen in einem Gespräch mit Konrad Adenauer. Als er auf seinem Altenteil im Bundesratsflügel des Bundeshauses saß, besuchte er mich hin und wieder in den Räumen des Bundestagspräsidenten. Meist kam er vom Memoirenschreiben und war meditativ gestimmt. An jenem Abend aber war er eher aggressiv: ‚Herr Bundestagspräsident‘, so formell fing er gewöhnlich an, wenn er Beschwerde führen wollte, ‚Herr Bundestagspräsident, was hat eigentlich ein Abgeordneter in diesem Haus zu bestellen? Wie kann er Einfluß auf die Politik nehmen? Was kann er überhaupt tun?‘ [Adenauer, nach 14 Jahren im Amt des Bundeskanzlers!] Ich hörte ihn nicht ohne Vergnügen an. Dann sagte ich ihm, ich freue mich, dass er wenigstens noch am Abend seines politischen Wirkens eine unmittelbare Einsicht in die existentielle Situation eines Bundestagsabgeordneten gewinne.“ (S. 362ff.)

Eugen Gerstenmaier hat sich nicht nur, aber sicher auch wegen seines ausgeprägten außenpolitischen Interesses besonders nachdrücklich für die

deutsche Einheit eingesetzt. Dabei war ihm natürlich bewusst, dass die Deutschen unter dieser Forderung, „allmählich nicht wenig einflußreichen Gestalten der Weltpolitik auf die Nerven“ gehen würden, wie er das 1957 im Plenum des Bundestages formuliert hat. Unter keinem anderen Bundestagspräsidenten jedenfalls zeigte das Parlament in der Zeit der deutschen Teilung mehr Präsenz in Berlin, und den Wiederaufbau des Reichstagsgebäudes setzte Gerstenmaier in zähen Verhandlungen gegen mancherlei Widerstände schließlich durch. Dass nach dem denkbar knappen Umzugsbeschluss, mit Parlament und Regierung nach Berlin zu ziehen, mit einer dann um so erstaunlicheren haushohen Mehrheit die Entscheidung getroffen wurde, im Reichstagsgebäude wieder den Sitz eines frei gewählten Parlaments zu nehmen, hat mehr als auf den ersten Blick mit Eugen Gerstenmaier zu tun. Denn ob sich diese Option überhaupt noch gestellt hätte, wenn man den Empfehlungen mancher flotter Zeitgenossen gefolgt wäre, diese Ruine wie viele andere rechtzeitig zu entsorgen, ist eine bestenfalls offene Frage. Und was das „auf die Nerven gehen“ betrifft, so hat er Konflikte mit dem Kanzler und anderen Regierungsmitgliedern keineswegs gescheut, auch nicht, als es etwa darum ging, 1959, kurz nach Ablauf des sowjetischen Berlin-Ultimeatums, die Bundesversammlung nach Berlin einzuberufen oder darum, auch von Seiten des Parlaments deutschlandpolitische Initiativen zu entfalten.

Erheblichen Unmut etwa rief bei Adenauer, bei Brentano, auch bei großen Teilen der eigenen Fraktion, Gerstenmaiers Rede in der letzten Plenarsitzung des Deutschen Bundestags in der dritten Wahlperiode am 30. Juni 1961 hervor. In dieser Rede sprach er sich in aller Deutlichkeit dafür aus, dass über das Verfahren zu einem Friedensvertrag mit Deutschland eine Einigung zwischen den Westmächten und der Sowjetunion herbeigeführt werden solle, damit dann die Friedensverhandlungen selbst Klarheit schaffen könnten. Zu diesem damals hoch umstrittenen Vorgang schreibt er in seinem Lebensbericht: „Ich wollte unsere Außenpolitik aus der Defensive

herausbringen, und ich wollte die zunehmende Ignoranz gegenüber der deutschen Frage in der westlichen, in der internationalen politischen Welt nicht tatenlos hinnehmen.“ Dass diese Rede, die ein erhebliches Medien-echo sowohl in Deutschland wie im Ausland hervorrief, von vielen Beobachtern als Signal verstanden wurde, Gerstenmaier habe sich als Kanzler einer Großen Koalition empfehlen wollen, ist nicht einmal erläuterungsbedürftig.

Sein Eintreten für das Reichstagsgebäude, für Berlin und für die deutsche Einheit aber war bei Gerstenmaier nie von taktischen Kalkülen geprägt, sondern stets eingebettet in seine tief empfundene Verantwortung vor der deutschen Geschichte, unter der er immer die ganze deutsche Geschichte mit allen ihren Höhen und Tiefen verstand. Dies wird etwa in der Rede deutlich, die er 1961 in Köln vor dem 10. Bundesparteitag der CDU vortrug. Sie trug den Titel „Was ist des Deutschen Vaterland?“, und sie wandte sich entschieden gegen die damals weitverbreitete Tendenz, die Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949 als „Stunde Null“ anzusehen. Dem stellte der Bundestagspräsident entgegen, dass wir unser Land und unseren Staat, ob geteilt oder geeint, immer nur in seiner ganzen Geschichte haben. Die Tendenz zur Flucht aus der Geschichte sei zwar angesichts der Verbrechen der Hitlerzeit verständlich, aber, so Gerstenmaier: „Auch der moderne Staat muß, wenn er menschlich sein soll, mehr sein als ein Ausgleich der Interessen. Auch in ihm muß eine Seele hausen. Was ist denn Staatsbewußtsein ohne ein geklärtes Geschichtsbewußtsein?“ Worte, die sprachlich möglicherweise veraltet klingen, die aber an Aktualität ganz offenkundig nichts eingebüßt haben. Zugleich zeigen diese Bemerkungen, die im Werk und im Wirken Gerstenmaiers nicht allein stehen, sondern Zeugnis eines ständigen Reflexionsprozesses sind, dass Gerstenmaier zumindest in diesem Punkt Konrad Adenauer sehr ähnlich war. 1967, in seiner denkwürdigen wunderbaren Gedenkrede auf den verstorbenen Altbundeskanzler, in der er sich in unnachahmlicher und nicht mehr überbietbarer

Weise zum Sprecher des ganzen Hauses machte, hob Eugen Gerstenmaier hervor, dass Adenauer im wahrsten Sinne des Wortes nachdenklich gewesen sei und die gemachten Erfahrungen immer wieder überdacht habe, um mehr Kenntnisse für die Bewältigung zukünftiger Aufgaben zu gewinnen. Der Hinweis ist spekulativ, aber nicht ganz abwegig, dass er hier ein Teil dessen, was er selber war, auf Konrad Adenauer projiziert hat. Für Gerstenmaier jedenfalls ist genau diese Neigung in vielerlei Hinsicht sehr deutlich zu belegen.

Ein Charakteristikum des Politikers und Bundestagspräsidenten Gerstenmaier liegt nicht zuletzt darin begründet, dass er sich ausdrücklich als konservativ verstand. Und konservativ sein hieß für ihn, „sich dem geschichtlichen Zusammenhang zu stellen und sich hinordnen auf das, was immer gültig bleibt, also auf innere Werte, die auch im Wandel der Geschichte unbedingte Gültigkeit beanspruchen dürfen“. Das hört sich nicht nur gut an, es ist auch gut. Und dass es eben nicht schier selbstverständlich ist, das will ich nur durch den Kontrast einer anderen, noch bekannteren, ebenso originellen Definition von Konservativismus verdeutlichen. Franz Josef Strauß hat auf die Frage, was denn konservativ sei, einmal gesagt: „Konservativ sein heißt, an der Spitze des Fortschritts zu stehen.“ Dass da, unabhängig von der Freude an zugespitzten Formulierungen, ein völlig anderes Verständnis von Konservativismus zum Ausdruck kommt, als hier bei Eugen Gerstenmaier, verdient schon festgehalten zu werden.

Eugen Gerstenmaier, dessen 100. Geburtstag wir am 25. August begehen, hat den Deutschen Bundestag nicht nur dadurch entscheidend geprägt, dass er bis heute der Bundestagspräsident ist, der am längsten amtierte, auch nicht nur dadurch, dass er das einstmals höchste, derzeit immer noch zweithöchste Gebäude Bonns, den Langen Eugen, bauen ließ; vielmehr gilt, dass er, einer der gebildetsten Politiker seiner Zeit, dem Parlament in der Zeit des Wiederaufbaus und der Fertigung und Festigung des demokra-

tischen Deutschland eine klar umrissene Gestalt und Respekt in der Öffentlichkeit verschaffte und das Selbstverständnis der Parlamentarier festigte. Beim Staatsakt im Plenarsaal des Deutschen Bundestages nach seinem Tod im März 1986 hat Helmut Kohl ihn so gewürdigt: „Auf seine Art ist Eugen Gerstenmaier wie Konrad Adenauer, Theodor Heuss und Kurt Schumacher ein Glücksfall für die deutsche Geschichte in der Mitte dieses Jahrhunderts. Er hat die Zeit geprägt als Politiker, der Maßstäbe setzte.“

Und das ist auch meine Überzeugung: Eugen Gerstenmaier hat Maßstäbe gesetzt. Wir haben Anlass, seiner in Dankbarkeit für all das zu gedenken, was er vor und in seiner Amtszeit als Bundestagspräsident für das Ansehen Deutschlands in der Welt und für die Festigung unserer parlamentarischen Demokratie getan hat. ■

Eugen Gerstenmaier – Der „Chefideologe“ der Union

Michael Klein

Warum nenne ich Eugen Gerstenmaier einen „Chefideologen“? Diese Bezeichnung, die von dessen schwäbischen Landsmann und Parteifreund Paul Bausch stammt,¹ ist natürlich bildhaft zuspitzend gemeint. Sie erweckt ja zunächst einmal Assoziationen, die eher an die frühere KPdSU oder an die SED erinnern als an die CDU. Ähnliches gilt für die von der Gerstenmaier-Biographin Daniela Gniss verwandte Charakterisierung des früheren Bundestagspräsidenten als eines „Parteitheoretikers“². Man denkt bei diesem Begriff mehr an die SPD als an die Union.

Diese Schwierigkeiten, das Wirken Gerstenmaiers adäquat auf den Begriff zu bringen, weisen auf einen tieferliegenden Sachverhalt hin: Die Ade-

nauer-CDU war keine ideologische und – zumindest im Vergleich mit der SPD – auch keine dezidiert programm-orientierte Partei. Das war auch schwer möglich, stellte die Union doch im Wortsinne eine Vereinigung der unterschiedlichen Strömungen von politischem Katholizismus, Konservatismus, Liberalismus und christlich-sozialem Protestantismus dar. Trotz diesem Sachverhalt verfügte die Partei aber über eine durchaus klare politische Konzeption, die aus übergreifenden Grundsätzen entwickelt war. Jene Grundsätze nun vergewissernd zu interpretieren, in Einzelfällen auch provozierend zu aktualisieren und gelegentlich apologetisch zu vertreten, war die Aufgabe von Eugen Gerstenmaier.

Es mag auch ein geschickter Schachzug gewesen sein, in einer Partei, die mancherorts als Organ des katholischen Klerus verdächtigt wurde, diese Aufgabe einem evangelischen Konsistorialrat zuzuweisen. Doch darüber hinaus war Gerstenmaier gleich in mehrfacher Hinsicht für diese Tätigkeit hervorragend geeignet, was ein Blick auf seine geistigen Wurzeln zeigt.

Die eine Wurzel ist Gerstenmaiers besonders profilierte Herkunft aus Kirche und Theologie. Im Unterschied zur Hauptströmung des in seiner Gesamtheit früher traditionell national-konservativen Protestantismus stammte Gerstenmaier aus dem evangelischen Sozialkonservatismus, der sich selbst als „christlich-sozial“ bezeichnete. Gegenüber der traditionellen Anti-Parteien-Mentalität des Mehrheitsprotestantismus hatten die Christlich-Sozialen schon immer entschlossen den Weg in die Parteipolitik beschritten. Erinnert sei nur an den Christlich-Sozialen Volksdienst der Weimarer Republik.

Hinzu kommt: Indem Gerstenmaier durch den Zürcher Theologen Emil Brunner tief beeinflusst wurde, befand er sich in Opposition zur herrschenden Theologie seiner Zeit, die ganz wesentlich von dem früheren Bonner, dann Baseler Theologen Karl Barth geprägt wurde.

Und auch die zweite Wurzel Gerstenmaiers, der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, insbesondere die Diskussionen im Kreisauer Kreis, waren prägend. Während man in Kreisau im Blick auf den politischen Wiederaufbau eher ein Konzept persönlicher Repräsentation und nur indirekter Wahlen bevorzugte, war Gerstenmaier schon damals von diesem – wie er es nannte – „hochgestochenen Personalismus“³ nicht wirklich überzeugt, so dass er die dann stattdessen nach 1945 entstehende parlamentarische Demokratie ohne großen Vorbehalt akzeptierte.

Und schließlich sind neben diesen biographischen Faktoren noch persönliche Merkmale zu nennen: Gerstenmaier war als begabter Redner und scharf analysierender Denker für die Aufgabe eines Interpreten und Apologeten der Parteigrundsätze hervorragend geeignet. Hinzu kam, dass er keineswegs gewillt war, die Qualität und die Ergebnisse seiner geistigen Arbeit in übergroßer Zurückhaltung zu verbergen, um etwa in der Partei höhere Sympathiewerte zu erzielen. Diese Haltung, die ihn gelegentlich auch in Distanz zur Mehrheit der eigenen Partei brachte, ermöglichte es ihm erst, ein ab und an auch provozierender Vordenker zu sein.

Was waren nun die Kerngedanken hinsichtlich dieser beschriebenen Tätigkeit Gerstenmaiers? Ich möchte hier drei Themenkreise herausgreifen, die mir zentral erscheinen.

- Nationales Bewusstsein und europäischer Einigungswille in der Perspektive der christlich-europäischen Tradition;
- Verteidigung der Möglichkeit einer christlichen Politik und einer sich als christlich bezeichnenden Partei;
- Kritik am im Nachkriegsdeutschland entstehenden Wohlfahrtsstaat.

Zum ersten Punkt:

Trotz der nationalsozialistischen Katastrophe war für Eugen Gerstenmaier ein Nationalbewusstsein eine kulturelle Selbstverständlichkeit. Die nationalsozialistische Machtergreifung wurde damals kaum als die Folge einer Verweigerungshaltung des Konservatismus gegenüber der Weimarer Republik interpretiert, sondern mehr als Ergebnis dessen, dass der säkulare Liberalismus von Weimar versagt hatte. Deshalb knüpfte Gerstenmaier als erwiesener Vertreter des durchaus konservativen „anderen Deutschlands“ hier ungebrochen an die Traditionen deutschen Staatsbewusstseins an. Das „Sühnopfer“⁴ der Männer des Widerstandes, so betonte es Gerstenmaier auf dem Bundesparteitag der CDU 1961, ermögliche gleichsam die Rettung der deutschen Geschichte, mit „ihren Tiefen und Untaten, aber auch mit ihren Höhen und Großtaten“⁵. Damit war die entscheidende Größe eines nationalen Bewusstseins, das aus einer Bevölkerung erst im übergreifenden Sinne ein Volk macht, von Gerstenmaier aktualisiert worden: Der differenziert-konstruktive Bezug auf die eigene Geschichte. Gerstenmaier wusste: Diese Form von Erinnerung und Vergegenwärtigung erst kann ein Volk dann auch zukunftsfähig machen.

Die Einbettung dieses Deutschlands in ein aus dem Geiste des Christentums geformtes Europa war für die Kreisauer ebenfalls selbstverständlich gewesen. In der vorbereiteten Regierungserklärung hatte es damals geheißen: „Die Regierung des Deutschen Reiches sieht im Christentum die Grundlage für die sittliche und religiöse Erneuerung unseres Volkes ... [und] für den Neuaufbau der europäischen Völkergemeinschaft.“⁶

Im Blick auf die europäische Integration war Gerstenmaier dann als Mitglied der deutschen Delegation beim Europarat in Straßburg 1950 als Politiker aktiv geworden. Ernüchterungen blieben auf dem Weg nach Europa, besonders was die Rolle des Europarates betraf, nicht aus, doch hat Gerstenmaier und mit ihm die CDU die europäische Perspektive ihrer Politik

nie aus den Augen verloren. Dass dieses anzustrebende Europa jedoch kein artifizieller – wie er es formulierte – „Kunststoffsuperstaat“⁷ sein sollte, war für Gerstenmaier völlig unbestritten. Die innere Mitte Europas sollte durch das Christentum gesichert werden, denn Gerstenmaier konstatierte: „Europa wurde im Guten wie im Bösen der Erdteil des Christentums.“⁸ Und so konnte er sich der Zustimmung sicher sein, wenn er weiter betonte, „das über Europa aufgerichtete Kreuz, [müsse] nicht nur das Symbol seiner Vergangenheit, sondern auch das Zeichen seiner Zukunft sein“⁹.

Allerdings hat sich Gerstenmaier gegenüber der damals so weit verbreiteten Rede vom „christlichen Abendland“¹⁰ bemerkenswert zurück gehalten. Dieses Bild des Abendlandes schien gerade angesichts der Bedrohung aus dem Osten enorm aussagekräftig, konnte doch je nach Ausgangsposition Karl der Große, Novalis oder auch Oswald Spengler hier eingezeichnet werden. Wegen seines unklaren Verhältnisses zum neuzeitlich-modernen Europa erwies es sich aber als kaum diskursfähig. Es verschwand nach den ersten publizistischen Gegenangriffen fast gänzlich. Offen blieb aber die damals von Gerstenmaier aufgeworfene und heute noch dringlichere Diskussion um die identitätsprägende Kultur Europas, die Frage nach dem, was Europa eigentlich ist.

Ich komme zum zweiten Punkt: Gerstenmaiers Engagement, christliche Politik in einer sich als christlich bezeichnenden Partei zu verteidigen.

Wie auf kaum einem anderen Feld hat Gerstenmaier sich hier als Apologet der Grundsätze der CDU betätigt. Dabei war sein Hauptgegner ausgerechnet eine Gruppierung in innerhalb der evangelischen Kirche. Die Debatte drehte sich dabei um die Frage der Möglichkeit christlicher Politik und damit auch um die Legitimität einer C-Partei. Dass Politik aus christlicher Gesinnung in einer Partei, die sich dann auch danach eben benennen dürfe, geschehen könne, war und blieb Gerstenmaier gewiss. Doch gerade die dem Theologen Karl Barth nahestehenden Kreise des Protestantismus fuh-

ren hier schweres Geschütz auf. In klarer Ablehnung einer polysemantischen Valenz des Wortes „christlich“ und in Anlehnung an die Kritik des Philosophen Kierkegaard an einer bürgerlichen Ideologie, die sich als christlich ausbebe, wurde die Möglichkeit einer christlichen Politik und einer christlichen Partei hier rundweg bestritten. Ein Sachverhalt, der besonders innerhalb der evangelischen Unionsmitglieder zu erheblichen Irritationen führte. Dies war besonders der Fall, nachdem sich der zwischenzeitlich aus der CDU ausgetretene Gustav Heinemann und bald mit ihm die SPD die Argumentation gegen das „hohe C“ zu eigen machten.

Auf dem Bundesparteitag der CDU 1956 griff Gerstenmaier deshalb auf die bekannte Argumentationsfigur zurück, die die Entstehung der Partei wesentlich auf die Erfahrungen und Annäherungen der Christen unterschiedlicher Konfessionen in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft zurückführte, wenn er betonte: „Es gehört zu ihrem Wesen, dass sie [die CDU M.K.] über alle rationale, politische Zweckbegründung hinaus von etwas lebt, mitbestimmt und getragen wird, auf das sich zwar hinweisen lässt, das sich aber der rationalen Durchleuchtung, der psychologischen, soziologischen und politischen Analyse in einem Letzten entzieht, weil es mehr den Bereichen der persönlichen Glaubenserfahrung und des geschichtlichen Erlebnisses der Nation, als der politischen Programmatik entstammt.“¹¹

Wenn sich dieser so skizzierte tieferliegende Begründungszusammenhang nicht ins „Wesenlose“ hin auflöse oder andererseits mit einem „Ausschließlichkeitsanspruch“¹² verbunden werde, könne hier kein Grund zur Kritik vorliegen, meinte Gerstenmaier.

Doch blieb der Bundestagspräsident nicht bei einer reinen Verteidigung stehen, sondern er bemühte sich auch um eine positive Entfaltung der Kriterien christlicher Politik, wobei die Parteitagsdelegierten sogar in das Feld der Theologie eingeführt wurden, wenn er insbesondere das christliche Na-

turrecht als Grundlage eines politischen Konzeptes empfahl. Das christliche Naturrecht ist ja ein Ordnungsprinzip, das im Katholizismus breit verankert war und ist, im deutschsprachigen Protestantismus aber fast nur von Gerstenmaiers Lehrer Emil Brunner vertreten wurde. Dieser hatte unter dem Buchtitel „Gerechtigkeit“ 1943 einen dem entsprechenden sozialetischen Entwurf geliefert. Gerstenmaier schildert später begeistert, wie er das Manuskript in einer Nacht gelesen habe. „Der Morgen graute, als ich es aus der Hand legte, und ich wusste, dass ich die Grundlagen für den Neuaufbau Deutschlands gelesen hatte.“¹³

In der interkonfessionellen CDU war mit der Betonung des Naturrechtes von Gerstenmaier eine gemeinsame ethische Ausgangsposition geschaffen worden, die ausbaufähig war. Tatsächlich ist Brunners Buch eine nachhaltige Wirkung versagt geblieben. Dass noch heute hier inspirierende Gedanken zu finden sind – etwa wenn es um das christliche Menschenbild oder in der Wertedebatte um die entscheidende Frage, die nach dem Maßstab für die *Bewertung* der Werte geht – sei nur am Rande vermerkt, ebenso dass Papst Benedikt XVI. in seinem Buch „Werte in Zeiten des Umbruchs“ eine differenzierte Adaption dieses Konzeptes unter den Bedingungen einer interkulturellen Welt nahegelegt hat.¹⁴

Zurück zu Gerstenmaiers Zeit: Auf die Dauer verfehlte die Kritik am „C“ der Union damals ihre Wirkung nicht, zumal langsam das Bewusstsein der besonderen Entstehungsbedingungen der Partei nachließ. Im Jahre 1962 kam es darüber zu einer denkwürdigen Auseinandersetzung zwischen Adenauer und Gerstenmaier im Bundesvorstand der CDU.¹⁵ Während Gerstenmaier die politische Perspektive einer sich als christlich bezeichnenden Politik nach wie vor verteidigte, war Adenauer damals zunehmend skeptischer geworden. In der Tat ließ sich der Kairos des Jahres 1945, der die Gründung der CDU ermöglicht hatte, nicht „auf Flaschen ziehen“, und die nachlassende Bindekraft des Christentums in der Gesellschaft tat hier ein

übriges. Diese Diskussionsrunde hätte dazu führen können, nun ein fundiertes politiktheoretisches Konzept dessen zu entwickeln, was Christliche Demokratie sei, doch das geschah nicht. Die Unklarheit im Blick auf das „C“ hatte Folgen: Indem der Begriff des „Christlichen“ in der politischen Auseinandersetzung von den parteipolitischen Gegenspielern der CDU mit dem Einhalten bestimmter moralischer Standards geradezu gleichgesetzt wurde, geriet die CDU in der Diskussion um die Berechtigung einer C-Partei in eine defensive Situation, ganz anders, als dies 1945 der Fall gewesen war.

Ich komme zum dritten Punkt, Gerstenmaiers kritischer Auseinandersetzung mit dem entstehenden Wohlfahrtsstaat im Nachkriegsdeutschland.

Während im Blick auf den Themenkreis „Nation und Europa“ Gerstenmaiers Verwurzelung im Widerstand des Kreisauer Kreises deutlich wird und die Frage nach den Möglichkeiten einer christlichen Politik ihn als Schüler Emil Brunners erweist, wird Gerstenmaiers Prägung im protestantischen Sozialkonservatismus angesichts seiner kritischen Auseinandersetzung mit dem Wohlfahrtsstaat sichtbar. Auf wohl kaum einem anderen Gebiet hat Gerstenmaier damit auch innerhalb der Union so provozierend gewirkt. Die Etablierung des Wohlfahrtsstaates durch die Zusammenführung der bisher getrennt laufenden Stränge der Bismarck'schen Sozialpolitik mit dem Fürsorgeprinzip zu einem ausgebauten System sozialer Sicherungen nach dem Zweiten Weltkrieg hat die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik wesentlich mit geprägt, doch angesichts der heutigen Entwicklungen, wird auch die Begrenzung dieses Konzeptes deutlich. Einer der frühen Warner war hier Eugen Gerstenmaier. Die Motive sind dabei klar. Die Christlich-Sozialen waren im Gegensatz zu den sozialdemokratisch-sozialistischen Traditionen immer von einem erheblichen Misstrauen gegenüber zu starken staatlichen Interventionen auf dem Gebiet der Sozialpolitik geprägt, sahen sie doch darin die zumindest latente Gefahr einer Entmündigung des Ein-

zeln zu Ungunsten einer Massengesellschaft gegeben. Soziale Alimentierung und daraus bedingte kulturelle Apathie – „Brot und Spiele“ – waren das Feindbild der Christlich-Sozialen, und die genannten Gefahren sah Gerstenmaier im Wohlfahrtsstaat.

In seiner Ansprache auf dem Bundesparteitag der CDU 1958 teilte er dann auch buchstäblich *coram publico* mit, dass er keineswegs zu denen gehöre, die die sozialpolitischen Entscheidungen der CDU für „schlechterdings glücklich“¹⁶ hielten.

Gerstenmaier schrieb besonders zwei potentielle Gefahren als Menetekel an die Wand: 1. Die finanzielle Überdehnung des Staates durch eine weiter ausgebauten Sozialpolitik und 2. die Errichtung einer nicht nur kulturell anspruchslosen, sondern auch sozial erlahmten Massengesellschaft, die durch „Rückbildung persönlicher Initiative und Risikobereitschaft“¹⁷ gekennzeichnet sei. Für den Fall, dass die Sozialabgaben eines Tages mehr als 30 % des Bruttolohnes betragen sollten, prophezeite er eine „Art kalter Sozialisierung“¹⁸ in einem sozialistischen Versorgungsstaat. Gerstenmaier betonte gegenüber wohlfahrtsstaatlichen Etatisten und ökonomistischen Liberalen gleichermaßen:

„Die Leitidee unseres christlich-sozialen Gesellschaftsbildes [...] ist die auf eigenen Füßen stehende verantwortungsbewusste Persönlichkeit in der gegliederten und geordneten Gemeinschaft. Das heißt, dass die Freiheit, die wir meinen, nicht die Freiheit des Dschungels ist, [...]. Unser Gesellschaftsbild verlangt, dass unsere Staatsordnung in einem verlässlichen Sinn Rechtsordnung ist, dass sie jedem eine verbürgte Chance gibt, aus sich und seiner Leistungsfähigkeit das Beste zu machen.“¹⁹

Das war es, was der Kaufmannslehrling aus Kirchheim/Teck selbst gelebt hatte. Gerstenmaiers klare Worte trugen ihm neben den zu erwartenden Angriffen der Opposition Gerstenmaier auch die Kritik von zahlreichen

Parteifreunden ein.²⁰ Die von ihm kritisierte Politik schien doch geradezu ein Talisman für erfolgreiche Wahlkämpfe zu sein. Gerstenmaier aber blickte tiefer. Der Theologe wusste: „Der Mensch lebt nicht vom Brot allein.“ Soziale Bedürfnisbefriedigung ersetzt auf Dauer nicht den geistigen Diskurs. Die kulturelle Meinungsführerschaft, die man im Unionslager nach 1945 hatte und die SPD „vor Godesberg“ so hoffnungslos veraltet erscheinen ließ, ließ sich für ihn mit einer rein materiellen Orientierung nicht retten. „Wohlstand und was sonst?“ betitelte Gerstenmaier deshalb 1960 seinen Beitrag zum CDU-Parteitag. Gerstenmaiers Horizont war hier viel weiter. Er äußerte sich in dieser Zeit etwa auch zu einer aktiven Kulturpolitik, zur Elitenförderung wie auch zu den Problemen einer Massenkultur. Er blieb weitgehend ungehört.

In Jubiläumsansprachen wird immer auch nach der Aktualität des Werkes gefragt. Ich denke, im Blick auf den „Chefideologen“ Eugen Gerstenmaier kann durchaus davon die Rede sein. Die von mir hier herausgegriffenen Punkte – nationales Bewusstsein eingebettet in die christlich-europäische Perspektive, Notwendigkeit einer religiös fundierten Politik und Kritik am überkommenen System sozialer Sicherungen – haben sich jedenfalls nicht als das Repertoire einer geistigen Traditionskompanie erwiesen, sondern als Konzepte mit einem durchaus auch zukunftsweisenden Potential. Ich nenne hier nur beispielhaft: 1. die Frage eines historisch begründeten nationalen Selbstbewusstseins im Blick auf die heute so aktuelle Patriotismus- und Integrationsdebatte, 2. erwähne ich die Diskussion um die geistigen Grundlagen Europas angesichts der unübersehbaren Krise des europäischen Gedankens, und 3. die Frage der Möglichkeiten und Grenzen einer religiös fundierten Politik, wie sie dem säkularen Westen von islamischer Seite mit Vehemenz gestellt wird.

Was ist nun Gerstenmaiers besonderes Verdienst im Blick auf die Programmatik der CDU? Ich meine: Gerstenmaier ist es damals gelungen,

durch eine handvoll Grundsätze eine Art „Markenkern“ der Union zu formulieren. Und wie ein guter Pfarrer zwar nach Luther „den Leuten aufs Maul schauen soll“, ihnen aber trotzdem niemals nach dem Munde reden darf, so hat der aus der Theologie gekommene Eugen Gerstenmaier aufgenommen, was die Menschen bewegte, aber doch gesagt, was er für richtig hielt. Er wusste, was die meta-ideelle Dimension jeder Programmatik ausmacht: Die Überzeugung, dass die gewonnenen Erkenntnisse richtig sind und dem Allgemeinwohl dienen und es sich lohnt, dafür einzustehen und andere davon ebenfalls zu überzeugen. Das ist dann politische Willensbildung! Dies ist sicher ein „Bohren dicker Bretter“ im Weber’schen Sinne, doch es die die Parteien letztlich im politischen System legitimierende Funktion. Hier hat Eugen Gerstenmaier in der damals noch jungen parlamentarischen Demokratie der Bundesrepublik Deutschland Maßstäbe gesetzt. ■

Anmerkungen

- ¹ Informations- und Materialdienst Paul Bausch v. 15.10.1958, in: ACDP 01-210-018/1 (NL Gerstenmaier).
- ² Daniela Gniss, Der Politiker Eugen Gerstenmaier 1906–1986. Eine Biographie, Düsseldorf 2005, S. 385.
- ³ Gerstenmaier, Streit und Friede hat seine Zeit. Ein Lebensbericht, Frankfurt/Main 1981, S. 161.
- ⁴ Eugen Gerstenmaier, Was ist des Deutschen Vaterland? in: Ders., Reden und Aufsätze Bd. 2 Stuttgart, 1962, S. 255–269, hier S. 267.
- ⁵ Ebd.
- ⁶ Gerstenmaier, Streit und Friede (wie Anm. 3), S. 158.
- ⁷ Gerstenmaier, Vaterland (wie Anm. 4), S. 262.
- ⁸ Eugen Gerstenmaier, Unsere christliche Verantwortung für Europa, in: Ders., Reden und Aufsätze, Bd. 1, Stuttgart 1956, S. 164.
- ⁹ Ebd. S. 165.
- ¹⁰ Axel Schildt, Zwischen Abendland und Amerika. Studien zur westdeutschen Ideenlandschaft der 50er Jahre, München 1999, S. 32.

- ¹¹ Eugen Gerstenmaier, *Zehn Jahre Politik für Deutschland*, in: Ders., *Reden und Aufsätze Bd. 2* Stuttgart, 1962, S. 206–238, hier S. 211.
- ¹² Ebd. S. 211f.
- ¹³ Eugen Gerstenmaier, *Emil Brunner*, in: Ders., *Reden und Aufsätze Bd. 2* Stuttgart, 1962, S. 405–408, hier S. 406f.
- ¹⁴ Joseph Ratzinger, *Werte in Zeiten des Umbruchs*, Freiburg/Breisgau 2005, S. 25, 35–38.
- ¹⁵ Vgl. Michael Klein, *Westdeutscher Protestantismus und politische Parteien*, Tübingen, 2005, S. 254ff.
- ¹⁶ Eugen Gerstenmaier, *Staatsordnung und Gesellschaftsbild*, in: Ders., *Reden und Aufsätze Bd. 2* Stuttgart, 1962, S. 137–162, hier S. 142.
- ¹⁷ Ebd. S. 145.
- ¹⁸ Ebd. S. 149.
- ¹⁹ Ebd. S. 156.
- ²⁰ Gniss, *Gerstenmaier* (wie Anm. 2), S. 388.

Gerstenmaier und Adenauer

Rudolf Morsey

Gerstenmaier und Adenauer waren denkbar verschieden von Herkunft und Statur, von Vorbildung und Beruf, von Konfession und Temperament. Von 1954 an stand der Bundeskanzler neun Jahre lang dem Präsidenten des Deutschen Bundestags institutionell gegenüber. Über ihr Verhältnis hat sich der 30 Jahre Jüngere später wiederholt geäußert, Adenauer einmal, 1966, aber die knappste Formel dafür längst vorher gefunden: „Ach wissen Sie, Herr Gerstenmaier, schließlich und endlich denken Sie meine Politik, aber ich mache sie.“¹

„Das ergab“ – so Bruno Heck 1976, zu Gerstenmaiers 70. Geburtstag – „nicht in allem und jedem immer genau das gleiche.“ Doch seien beide in „den wesentlichen Fragen und Entscheidungen der deutschen Politik die

gleichen Wege“ gegangen. Fazit Heck: „Konrad Adenauer hatte sich mit Eugen Gerstenmaier mehr auseinanderzusetzen und Gerstenmaier an Adenauers Politik mehr Anteil, als das ohne weiteres erkennbar und bekannt wurde.“² Sein persönliches Verhältnis zu Adenauer hat Gerstenmaier einmal so beschrieben: Es gab „niemals auch nur einen Schatten von Hörigkeit“.³

Die beiden Unionspolitiker haben sich Ende Juli 1949, kurz vor der Wahl zum ersten Bundestag, bei einem Treffen in Düsseldorf kennen gelernt. Nach Gerstenmaiers Erinnerung suchte Adenauer ihm dabei nahe zu bringen, „etwa auftauchende Meinungsverschiedenheiten in der Partei und der Fraktion intern“ beizulegen. In Gerstenmaiers Memoiren heißt es: „Ich stutzte. Sagte er das nur mir oder gehörte es zum Ritual für Anfänger?“⁴

Das Gespräch muss den 73-jährigen CDU-Politiker beeindruckt haben; denn der knapp zwei Monate später gewählte Bundeskanzler bot dem neuen Abgeordneten sogleich das Vertriebenenministerium an. Diese „Unglücksidee“, wie sie Gerstenmaier später ironisierte,⁵ habe keineswegs seinem damaligen innerparteilichen Gewicht entsprochen, sondern seinem „politischen Nutzwert“ im Konfessionsproporz.⁶

Der Oberkonsistorialrat lehnte jedoch ab; denn andernfalls hätte er die Leitung des Hilfswerks abgeben müssen und sich damit beruflich abhängig gemacht (was er zwei Jahre später tat). Stattdessen empfahl er als Ressortchef einen ostvertriebenen Juristen, der im Kreisauer Kreis mitgearbeitet hatte: Hans Lukaschek, ohne ihn persönlich zu kennen. Der Kanzler ging auf diesen Vorschlag „nur zögernd“ ein; denn er „störte“ sein vorab austariertes konfessionelles Gleichgewicht.⁷

I.

Eugen Gerstenmaier kam aus dem Kirchendienst nach Bonn, ohne politische Erfahrung. Der 43-jährige Quereinsteiger, nach F.K. Fromme ein „Zufalls-Berufener“,⁸ fand sich jedoch in der CDU/CSU-Fraktion rasch zurecht. Nicht nur evangelische Abgeordnete kannten ihn durch seine Arbeit im Hilfswerk und als Mitherausgeber der Stuttgarter Wochenzeitung „Christ und Welt“. Mit Hermann Ehlers und Gerd Bucerus setzte er durch, dass Adenauer den Präses der Synode der EKD, Gustav Heinemann, zum Innenminister berief.⁹

Im Bonner Anfang – so Gerstenmaier später – seien Adenauer und er sich in einem „unbelasteten, leicht distanzierten Verhältnis“ begegnet. Der Kanzler habe noch Jahre danach nicht realisiert, „daß ich ein ordinierter Geistlicher bin. Er hielt mich für einen kirchlichen Funktionär in beachtlicher Position, für einen Manager, der sich das Leben dadurch erschwerte, dass er auch noch ein Intellektueller sei.“¹⁰

In seiner Fraktion rückte Gerstenmaier rasch nach vorn: Zum Mitglied ihres Vorstands und zum stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für das Besatzungsstatut und auswärtige Beziehungen. Den Vorsitz in diesem Ausschuss hatte er, im Einvernehmen mit Adenauer, der SPD überlassen, in der – allerdings trügerischen – Hoffnung, auf diese Weise leichter außenpolitische Gemeinsamkeit zu erreichen. 1950–54 gehörte Gerstenmaier auch der Beratenden Versammlung des Europarats und der Montanunion an. Durch seine berufliche Erfahrung und internationale Beziehungen aus dem Hilfswerk interessierte ihn vor allem die Außenpolitik.

Dabei wurde Europa sein erstes „großes Thema“,¹¹ die Europa-Idee der „Schlüssel für die meisten sonst unlösbaren Probleme“ der Bonner Außenpolitik.¹² Von Anfang an gehörte Gerstenmaier zu den wichtigsten und wortmächtigsten Verfechtern von Adenauers Politik der Westintegration, der europäischen Einigung, der Wiederbewaffnung und der Aussöhnung

mit Israel. Bereits am 8. August 1950 befürwortete er im Europarat in Straßburg auch einen militärischen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik. Das geschah nach einer Ermunterung durch Winston Churchill, ohne Abstimmung mit dem Kanzler, mit dem er sich einig wusste, ohne dafür jedoch Dank zu erhalten.¹³

In den folgenden Jahren trat Gerstenmaier allen Neutralisierungsbestrebungen entgegen, vor allem im protestantischen Lager. Für den Kanzler war der konservative Schwabe, so Hans-Peter Schwarz, eine wertvolle „Mehrzweckwaffe“, in der Fraktion wie im Bundestag.¹⁴ Mit Adenauer widerstand er 1952 der Moskauer Notenoffensive, dieser spätstalinistischen Versuchung. Sein rückblickendes Urteil: Es gab keine „verpaßte Gelegenheit“ für eine Wiedervereinigung.¹⁵ An der Seite des Bundeskanzlers vertrat er auch die Europäisierung des Saargebiets, als Vorstufe für die Schaffung einer Union der europäischen Völker.

Seit Ende 1952 entwickelte Gerstenmaier eigene Vorstellungen zur Deutschlandpolitik. Er plädierte für eine Viermächtekonferenz, die Voraussetzungen zur „Wiederherstellung der Einheit Deutschlands“ schaffen sollte, und für die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion und den übrigen Ostblockstaaten. Mit seinen Vorstellungen einer flexiblen Ostpolitik¹⁶ – auf der Grundlage der Westbindung – wich er in den folgenden Jahren wiederholt von der Regierungslinie ab, oder richtiger: eilte ihr voraus.

Im Vorfeld seiner zweiten Regierungsbildung, 1953, hatte Adenauer überlegt, Gerstenmaier mit Kabinettsrang zum Beauftragten für europäische soziale Fragen zu machen. So entwarf er auch für die Regierungserklärung des Bundeskanzlers entsprechende Passagen über das „europäische soziale Leben“, die jedoch folgenlos blieben.¹⁷ Der Abgeordnete zog den Vorsitz im Auswärtigen Ausschuss des Bundestags vor, und baute seine Stellung als Außenpolitiker aus. Er galt weiterhin als einer der „nächsten Parteigänger“ des Kanzlers.¹⁸

II.

Ein Jahr später, mit seiner Wahl zum Präsidenten des Deutschen Bundestags, begann ein neuer Abschnitt in seinem Verhältnis zu Adenauer. Gerstenmaier hat das hohe Amt, das ihm als „langweilig“ erschien, nicht erstrebt. Noch bei seinem 75. Geburtstag erwähnte er seinen „Zorn über sich selber“, da er sich „vom alten Robert Pferdmenges, hinter dem natürlich Konrad Adenauer steckte“, doch noch „habe überreden lassen, das Amt zu übernehmen“.¹⁹ Vermutlich hat der Bundeskanzler den selbstbewussten Abgeordneten nicht nur aus Gründen des Konfessionsproporz auf den Präsidentensessel abgedrängt; denn damit neutralisierte er einen bisweilen „unbequemen Parteifreund“ und potentiellen Konkurrenten im Streben nach dem Auswärtigen Amt,²⁰ das Adenauer noch selbst führte.

Der agile und energisch auftretende, aber kleingewachsene Bundestagspräsident – über den sein wuchtiger Vorgänger, Hermann Ehlers, gelästert hatte: „Hundertzehn mit Hut“²¹ – konnte sich mit einem Schlag von dem Verdacht befreien, er sei von Adenauer quasi „gleichgeschaltet“ worden. In einer erregten Bundestagsdebatte am 18. Februar 1955 wies er dessen Ermahnung kühl zurück, ihm „endlich einmal Ruhe zu verschaffen“.²² Sein Verhältnis zum Bundeskanzler blieb aber auch weiterhin, bei aller persönlich-förmlichen Distanz, durch die gemeinsam vertretene Außen- und Sicherheitspolitik im Zeichen der von Gerstenmaier 1954 (um-)formulierten Wertetrias „Frieden, Freiheit, Einheit“ bestimmt. Er begründete sie als Rangordnung, nicht aber als unbedingte Zeitfolge. Diese Gemeinsamkeit hinderte nun keineswegs – so seine altersmilde Version – „gelegentliche Meinungsverschiedenheiten in der Taktik“ des Vorgehens.²³

Als er Adenauer Anfang 1956, zu dessen 80. Geburtstag, im Bundestag würdigte, erwähnte er dabei auch dessen „biblisches Alter“.²⁴ Diese versteckte Mahnung konterte der alte Fuchs auf seine Weise. Im CDU-Bundesvorstand am 13. Januar lobte er die Rede Gerstenmaiers als „meisterhaft“. Denn was sei darin hervorgehoben: die „Bedeutung des Alters in

der gegenwärtigen Zeit“ und der damit gewonnenen „Summe der Erfahrungen“.²⁵

Auf der Grundlage dieser Erfahrungen bremste er im Wahlkampf des folgenden Jahres Gerstenmaiers Drängen nach ostpolitischer Flexibilität. Er hielt es, so am 1. Juli 1957, im geschlossenen Kreis des CDU-Bundesvorstands, für „einfach unmöglich“; Gerstenmaier habe „so in freier Wildbahn einfach drauflosgeredet, und zwar ohne jede Parteidisziplin“.²⁶ Der derart attackierte Parteifreund, der die Sitzung früher hatte verlassen müssen, verwahrte sich einmal mehr brieflich gegen die Kanzlerschelte.

Hingegen beklagte er 16 Tage später, gegenüber dem Vorsitzenden der SPD, Willy Brandt, die „völlig überflüssigen Verschärfungen“ im Wahlkampf. Er versicherte ihm, dass *er* in den nächsten Tagen das Seine tun werde, beim Bundeskanzler – der bei einem Wahlsieg der SPD den „Untergang Deutschlands“ prophezeite – auf „denkbarste Mäßigung“ hinzuwirken. Er, Gerstenmaier, werde es sich dabei auch „angelegen sein lassen, die Voraussetzungen für eine zukünftige gemeinsame Außenpolitik sorgsam und pfleglich zu behandeln“.²⁷

Die damit nicht ausgeschlossene Möglichkeit einer Großen Koalition rückte jedoch nach dieser Wahl vom September 1957, die der Union die absolute Mehrheit brachte, in weite Ferne. In Adenauers dritte Regierung wäre Gerstenmaier vermutlich gern gewechselt, an die Spitze eines Europaministeriums.²⁸ Ein solches Konkurrenzressort konnten Erhard und Brentano jedoch verhindern.²⁹ So blieb der alte auch der neue Bundestagspräsident. Seitdem drängte er umso mehr auf aktivere Deutschland- und Ostpolitik. Damit kam er Adenauer schon bald wieder in die Quere, mit seiner Kritik am Abbruch der Beziehungen zu Jugoslawien, nachdem Belgrad die DDR anerkannt hatte.

Im Gegensatz zum Bundeskanzler registrierte er früh, und zustimmend, dass sich die SPD von ihrer Ideologie löste. Hingegen teilte er mit ihm die

Besorgnis über die Folgen der fortschreitenden Säkularisierung für die eigenen Wähler wie über die Gefährdungen eines überdehnten Sozialstaats. Zum Streit kam es Ende Januar 1958, nach einer berühmt gewordenen Nachtsitzung des Bundestags vom 23./24. Januar, in der Thomas Dehler und Gustav Heinemann die Deutschlandpolitik Adenauers mit ätzender Schärfe verurteilt hatten. Die Regierung war in Hilflosigkeit erstarrt und sprachlos geblieben. Daraufhin suchte der Kanzler einen Sündenbock für seine politische Niederlage. Er fand ihn rasch im Bundestagspräsidenten, dem er vorwarf, Dehlers „beleidigende“ und ihn wie die Regierung „verletzende Ausdrücke“ nicht sofort zurückgewiesen zu haben.³⁰ Einige Tage später monierte Adenauer, dieses Mal unter Bezug auf einen Kabinettsbeschluss, dass Gerstenmaier im Auswärtigen Ausschuss „mehrfach“ Ansichten geäußert habe, „die zum Bereich der Exekutive“ gehörten.³¹

Ihr damaliges Spannungsverhältnis kommentierte der Vorsitzende der Unionsfraktion, Heinrich Krone, so: Gerstenmaier habe Mut und halte, „wenn es geboten ist“, auch den Kopf hin: „Er ist nicht in allem mit dem Kanzler einig. Im Grunde liegt er aber auf der gleichen harten Linie. Kein Utopist.“³²

Als solcher erschien er in diesen Wochen jedoch dem Kanzler, da er weiterhin mit eigenen Überlegungen zur Deutschlandpolitik nicht sparte. Seinen Vorschlag, anstelle der bisherigen außenpolitischen Reihenfolge – zuerst freie Wahlen – in erster Linie über einen „Friedensvertrag mit Deutschland sprechen“, hielt Adenauer, gegenüber Heuss, für „ganz abwegig“.³³ Zugleich überraschte ihn die Entscheidung des Bundestagspräsidenten, eine für Mitte März 1958 angesetzte außenpolitische Debatte des Plenums zu verschieben; denn dadurch werde nur die SPD begünstigt.³⁴ Der Kanzler bestand auf rascher Neuansetzung, um die Regierungslinie zu verdeutlichen, nach der bei der bevorstehenden Viermächte-Konferenz die Deutsche Frage nicht ausgeklammert werden dürfe.

In der daraufhin Ende März stattfindenden dreitägigen Plenardebatte verzichtete Gerstenmaier auf Alternativvorschläge. In der gleichzeitig geführten Diskussion um die umstrittene atomare Ausrüstung der Bundeswehr akzeptierte er eine mit Adenauer vereinbarte Kompromissformel: Erst *nach* dem Scheitern von Abrüstungsverhandlungen.³⁵

Nach der im November 1958 von Chruschtschow ausgelösten neuen Berlin-Krise nahm der zeitweise verunsicherte Bundeskanzler an, dass für den Moskauer „Vorstoß“ auch Stellungnahmen von Bonner SPD- und FDP-Politikern eine Rolle gespielt hätten; denn sie hätten den Eindruck eines „Umschwungs“ in der Deutschlandpolitik erweckt. Zu diesen unsicheren Kantonisten zählte er, gegenüber Heuss, neben Kiesinger („zu weich“) auch den Bundestagspräsidenten: „Er tut es aus Geltungsbedürfnis“.³⁶ Kurz zuvor hatte er – wiederum gegenüber dem Bundespräsidenten – Gerstenmaier „schnellen Hochmut“ bescheinigt, der ihn in der Fraktion unbeliebt mache.³⁷

Gerstenmaiers Temperamentsausbrüche und seine bisweilen hektische Aktivität wusste sein Landsmann, der ihm fast freundschaftlich verbundene Carlo Schmid, (privatim) anders zu deuten: „Wenn er doch nur Eugen Freiherr von Wetterstein hieße, dann hätten wir alle Ruhe.“ Hingegen ist Schmidts Urteil in seinen Memoiren, wonach Adenauer dem „widerborstigen Schwaben nicht viel abzugewinnen“ vermocht habe,³⁸ eher Wunschdenken.

III.

1959 war die Wahl des zweiten Bundespräsidenten fällig. Dafür galt auch Gerstenmaier, allerdings nicht für Adenauer, als einer der Kandidaten. Gerstenmaier winkte jedoch rechtzeitig ab, er wollte nicht von seinem „silbernen“ in einen „goldenen Käfig“ wechseln.³⁹ Für das Amt empfahl er Carlo Schmid, vielleicht in der Hoffnung, dass dafür die SPD seine eigene Kanzlerschaft unterstützen würde. Als sich schließlich Adenauer Anfang April

bereit erklärte, selbst zu kandidieren, begrüßte Gerstenmaier diesen Entschluss des 85-Jährigen, der dem verdienten Staatsmann zugleich einen ehrenhaften Abgang ermöglichen würde.

Damit aber zählte der Bundestagspräsident im anschließenden „Kampf ums Kanzleramt“⁴⁰ nunmehr selbst zum Kreis der Kandidaten, erst recht im Falle einer Großen Koalition. Unter einem Bundeskanzler Erhard hingegen konnte er auf das Außenministerium rechnen. So traf ihn der Rücktritt Adenauers von der Präsidentschaftskandidatur, zwei Monate später, ins Mark. Er hielt ihn für einen schweren Fehler, den er entsprechend kritisierte, und empörte sich über Demütigungen, die der Sinneswandel des Bundeskanzlers der eigenen Fraktion abverlangte.

Im Zuge dieser Kontroverse steigerte sich ihr Wortwechsel im Vorstand der Unionsfraktion am 8. Juni 1959 bis zu Adenauers Vorwurf: „Warum sehen Sie mich so hasserfüllt an?“ Daraufhin verließ der Bundestagspräsident die Sitzung, kehrte jedoch – so im Protokoll festgehalten – „nach einiger Zeit wieder zurück. Der Bundeskanzler ging auf den Bundestagspräsidenten zu und reichte ihm unter dem Beifall des Vorstandes die Hand.“⁴¹

Als es drei Tage später Gerstenmaier gelang, dieses Mal in der Fraktion, den Dauerstreit Adenauers mit Erhard durch eine versöhnliche Resolution zu schlichten, dankte ihm der Bundeskanzler eigens. Dabei gab er ohne weiteres zu, mit Gerstenmaier „dann und wann so eine Kleinigkeit an Krach“ zu haben.⁴² Dieser Krach setzte sich fort, nachdem Adenauer nicht abließ, den Wirtschaftsminister zu demontieren. Am 22. Juni 1959 warnte Gerstenmaier den Kanzler in der Fraktion, dass er „in der Gefahr der Vereinsamung“ stehe und wegen „mangelnder Selbstkontrolle“ allmählich seine eigene Politik gefährde. Der zornige Abgeordnete scheiterte jedoch mit seinem Vorschlag, das Verhalten des Bundeskanzlers zu missbilligen, allerdings „in einer ehrerbietenden Weise“.⁴³

Die Präsidentschaftskrise hinterließ Narben und schadete der Autorität des Kanzlers. Gerstenmaier hatte vorübergehend sogar daran gedacht, seinen stellvertretenden CDU-Vorsitz aufzugeben. Hingegen hielt er in diesen Wochen an seiner Entscheidung fest, die Bundesversammlung zur Wahl des Bundespräsidenten nach Berlin einzuberufen, trotz massiver Bedenken Adenauers,⁴⁴ und er behielt Recht.

Im weiteren Verlauf der Berlin-Krise hielt sich Gerstenmaier an die Regierungslinie. Er nahm das Einschwenken der SPD auf die Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung, die Herbert Wehner am 30. Juni 1960 im Bundestag begründete, ernst⁴⁵ – im Unterschied zu Adenauer. Bereits auf dem Karlsruher CDU-Parteitag von 1960 hatte der Bundestagspräsident Teile des Godesberger SPD-Programms positiv bewertet, war dafür allerdings vom Parteivorsitzenden korrigiert worden.⁴⁶

Unbeeinflusst von solchen Differenzen erwähnte er Anfang 1961 in seiner Laudatio zum 85. Geburtstag Adenauers die „neuerdings erreichte breite Übereinstimmung“ der Parteien zu dessen Außenpolitik. Zugleich aber mahnte er, sich Gedanken über einen Nachfolger zu machen; denn dieser „ist da“ – ohne dass er den Namen Erhard nannte –, wenn Adenauer, wie Gerstenmaier ungewohnt salopp fortfuhr, „Feierabend“ mache.⁴⁷

Daran jedoch dachte der Patriarch nicht. Das bekam der Bundestagspräsident schmerzlich zu spüren, nachdem er am 30. Juni 1961 den 3. Bundestag nicht mit der üblichen förmlichen Ansprache, sondern mit einer – wie Adenauer am 11. Juli im CDU-Bundesvorstand kritisierte – „hochpolitischen“ Rede⁴⁸ geschlossen hatte. Darin schlug er, als Antwort auf neue Drohungen aus Moskau; vor, über das Verfahren zu einem Friedensvertrag mit Deutschland eine Einigung zwischen den Westmächten und der Sowjetunion herbeizuführen. Die Verhandlungen sollten Klarheit schaffen über den „militärischen und politischen Status des zukünftigen Gesamtdeutschlands“, eingeschlossen eine Einigung über die Frage der „Reichsgrenzen“. Erst an dritter Stelle war vom Selbstbestimmungsrecht für das ganze deut-

sche Volk die Rede. Damit übernahm Gerstenmaier außenpolitische Vorstellungen der Opposition.⁴⁹

Der Bundeskanzler war über deren Inhalt wie Zeitpunkt im Vorfeld des Wahlkampfs entsetzt. Vier Tage später attackierte er Gerstenmaier in kleinem Kreis derart hart, dass der Präsident – nach den Notizen von Heinrich Krone – zunächst „tobte“ und schimpfte, schließlich drohte, „alles hinzuwerfen“.⁵⁰ Unbeeindruckt von dieser Reaktion legte Adenauer am 8. Juli 1961 brieflich nach: der Präsident habe es der Regierung nicht ermöglicht, auf seine Schlussrede noch zu antworten und dadurch das Grundgesetz und die Geschäftsordnung des Bundestags verletzt.⁵¹ Dieser Vorwurf war, wie sein Adressat festgehalten hat, „der schwerste“ überhaupt, den er in seiner mehr als 14-jährigen Amtszeit erhielt.⁵²

Entsprechend deutlich replizierte Gerstenmaier, schon um dem Eindruck entgegenzuwirken, er habe sich mit dieser Initiative – was vielfach angenommen wurde – als Kanzler einer Großen Koalition empfehlen wollen. Die Sitzung des CDU-Bundesvorstands am 11. Juli wurde zu einem „Scherbengericht“ über Gerstenmaier.⁵³ Er verteidigte sich, gewohnt kämpferisch und geschickt – auch unter Bezug auf eine Bundestagsentschließung vom Oktober 1958, die den Vorschlag für einen Friedensvertrag enthielt – gegen den Vorwurf, er habe eine „Einigkeit in der Außenpolitik vorgespiegelt, die effektiv nicht vorhanden“ sei. Im Übrigen, so dozierte er, „ist der Bundestagspräsident nicht der Vertreter einer Fraktion“.

Nach hitzigen Diskussionen akzeptierte der „Angeklagte“ – wie er sich selbst apostrophierte, allerdings mit dem trotzigem Zusatz: „Angriffe bin ich gewohnt“ – ein von ihm mitverfasstes Kommuniqué. Darin bekannte sich der Parteivorstand einstimmig zur „bisherigen Außenpolitik der Bundesregierung“, zur Notwendigkeit einer „allgemeinen kontrollierten Abrüstung“ und zur Gewährung des Selbstbestimmungsrechts für alle Deutschen.⁵⁴ Von einem Friedensvertrag war keine Rede.

Der eigensinnige Schwabe steckte jedoch nicht zurück. Am 14. Juli 1961 erläuterte er dem Verleger Axel Springer seine Schwierigkeit, „einige Leute“ der eigenen Partei über die „Wahlkampfaktik hinauszuführen“ und einen „Rückfall in an sich berechnete, aber [...] ganz unproduktive Formeln von ehedem zu verhindern“.⁵⁵ Und an Herbert Wehner schrieb er, dass er „bei jedem Wort und Ton“ seiner Rede bleibe.⁵⁶

Jahre später räumte Gerstenmaier ein, dass seine umstrittene Rede eigentlich „Stücke einer Regierungserklärung“ enthalten habe und ein „Mißbrauch seines Amtes“ gewesen sei. Nur der Wahlkampf und seine Loyalität zur CDU hätten ihm geboten, seine Kritik und seinen Ärger „hinunterzuschlucken“.⁵⁷ Diese Zurückhaltung erleichterte ihm der Schock über den am 13. August 1961 begonnenen Bau der Berliner Mauer. Einen Tag später war Gerstenmaier am Brandenburger Tor, wo er Krone, Ollenhauer und Mende traf, aber den Bundeskanzler vermisste.

Als ihn der FDP-Politiker Hans-Wolfgang Rubin in diesen Tagen fragte, ob er sich von Adenauer „gut oder auch nur gerecht behandelt fühle“, lautete seine spontane Antwort: „Nicht immer“. Er milderte jedoch sofort ab: „Das beruhe auf Mißverständnissen.“⁵⁸

IV.

Nach der Bundestagswahl vom September 1961 ließ sich Gerstenmaier von der erstarkten FDP nicht als Kanzlerkandidat vereinnahmen. Wohl aber hielt er sich die von Willy Brandt erkundete Möglichkeit offen, dieses Amt in einer Großen Koalition zu übernehmen, allerdings nur „unter außergewöhnlichen Umständen“.⁵⁹ Denn er hatte nicht den Ehrgeiz, so versicherte er Erich Mende, als „Kanzler-Killer“ in die Geschichte einzugehen.⁶⁰ In der Öffentlichkeit verstärkte sich der Eindruck, dass Gerstenmaier für die Leitung einer Allparteienregierung bereitstehe.

Stattdessen verhandelte Adenauer über seine vierte Kabinettsbildung, allerdings quälend lange, zunächst mit der SPD – um mit ihr ein Mehrheitswahlrecht durchzusetzen –, dann mit den Freien Demokraten. Ende Oktober erklärte der Bundestagspräsident wütend, wenn es nicht gelinge, rasch ein Kabinett zu bilden, müsse Adenauer „aus dem Spiel ausscheiden“.⁶¹ Es gelang jedoch. Allerdings hatte der Kanzler durch seine Gespräche mit der SPD, zu Gerstenmaiers Genugtuung, ein Tabu durchbrochen.⁶² Er selbst akzeptierte erneut das Amt des Parlamentspräsidenten. Aus dieser Position drängte er im Juni 1962, auf dem Dortmunder Parteitag der CDU, zum Ärger Adenauers darauf, die Nachfolgefrage „halbwegs befriedigend“ zu regeln.⁶³

Der Bundestagspräsident blieb auch nach der „Spiegel-Affäre“ vom Spätjahr 1962 ohne Einfluss auf Adenauers fünfte und letzte Kabinettsbildung, wiederum mit den Freien Demokraten. Mit umso größerem Nachdruck erinnerte er am 3. Dezember 1962 im CDU-Bundesvorstand daran, dass er „unablässig das Offensein“ auch für eine Koalition mit der SPD vertreten habe.⁶⁴ Dabei lehnte er das Mehrheitswahlrecht weiterhin ab, da es evangelische Kandidaten benachteilige und den Charakter der Unionsparteien gefährde.⁶⁵

Am 15. Oktober 1963 standen sich Gerstenmaier und Adenauer ein letztes Mal im Bundestag gegenüber. Die 40-minütige Ansprache des Bundestagspräsidenten zum Rücktritt des Gründungskanzlers und europäischen Staatsmanns zählt zu den großen Parlamentsreden.⁶⁶ Sie war, wie ihr Autor wenig später bekannte, „eine Rede tiefsten Respekts und aus dem Stoff der Wahrheit“ gemacht.⁶⁷

Nach Adenauers Abschied aus dem Palais Schaumburg entspannte sich ihr Verhältnis. Es führte schließlich sogar bis zu einer, so jedenfalls aus Gerstenmaiers späterer Sicht, „nicht mehr von politischen Meinungsverschiedenheiten belasteten Freundschaft“.⁶⁸ Krone notierte: „Die beiden können gut miteinander.“⁶⁹

Das zeigte sich auch 1966, in einem sechsseitigen Beitrag Adenauers für eine Festschrift zu Gerstenmaiers 60. Geburtstag, überschrieben „Meine Begegnungen mit Eugen Gerstenmaier“. Darin unterstrich er die „Gemeinsamkeit“ ihrer Überzeugungen, ihrer politischen Ziele und ihrer Arbeit bei der – wie es etwas gravitatisch hieß – „Bewältigung des deutschen Schicksals nach 1945“. Souverän überging der Exkanzler früheren Streit und Krach. Er würdigte Gerstenmaiers Anteil am „Stil der parlamentarischen Arbeit“, an der Vertretung „unserer Außenpolitik“ wie den an der Entwicklung der CDU.⁷⁰

Keinen anderen seiner Mitstreiter hat Adenauer vergleichbar gelobt. Man kann seinen Beitrag sogar als Laudatio auf eine künftige Kanzlerschaft Gerstenmaiers lesen. Von dieser Einschätzung rückte er jedoch wieder ab, da ihn dessen zögerliches Abwarten irritierte. Der inzwischen entkrampfte Umgang erleichterte dem Bundestagspräsidenten die „schwere Aufgabe“, dem am 19. April 1967 verstorbenen Staatsmann im Bundestag die Gedenkrede⁷¹ zu halten. Dabei vertiefte er frühere Würdigungen dadurch, dass er die politischen Zielsetzungen Adenauers mit dessen christlicher Wertordnung verband, und daraus seine Rolle als christlicher Politiker deutete.⁷²

In diesem Nachruf finden sich, eingebettet in die Totenklage, „ganze Passagen“, in denen Gerstenmaier „Züge des eigenen Wesens im Bildnis des Verstorbenen unterbrachte“.⁷³ Seinen vorausgegangenen persönlichen Abschied, an dem noch offenen Sarg des Verstorbenen in Rhöndorf, hat er so geschildert: „In dem großen Wohnzimmer fand ich die Söhne und Töchter. Ich brauchte sie nicht zu trösten. Sie trösteten mich.“⁷⁴

Gerstenmaiers Lebenslaufbahn, so kann man lesen, sei „eigentümlich unvollendet“ geblieben;⁷⁵ er habe das politische Spitzenamt nicht erreicht. In der Tat hat er in Bonn nicht – wie 1944 in Berlin, woran er wiederholt erinnerte – einen letzten Einsatz gewagt. Dazu fehlte ihm, nach dem Urteil von Bruno Heck, „der Biss“, der unbedingte Wille zur Macht.⁷⁶ Deren Faszination wie Bedrohung kannte er sehr wohl und reflektierte sie 1976 in

einem Beitrag „Adenauer und die Macht“.⁷⁷ Ihn selbst faszinierte das Spannungsverhältnis von Geist und Macht, von Glaube und Handeln, von Christ und Welt.

Beim Staatsakt nach seinem Tod, am 23. März 1986, sagte Bundespräsident von Weizsäcker: Gerstenmaier habe, „wie wenige unserer Zeit, Geschichte erlebt, Geschichte bedacht und an Geschichte mitgewirkt“.⁷⁸ Dieses Mitwirken allerdings, das bleibt zu ergänzen, geschah 14 Jahre lang an der Seite Adenauers, selbst im Widerspruch und Streit. Damit hat Eugen Gerstenmaier einen eigenen, unverwechselbaren Beitrag geleistet: zur Fundierung der Bundesrepublik Deutschland und zur Stabilisierung ihres Parlamentarismus, aber auch zur geistigen Begründung christlich-demokratischer Politik und zur Verankerung der christlichen Demokratie. ■

Anmerkungen

- ¹ Eugen Gerstenmaier im Gespräch mit Johannes Gross, in: Karl B. Schnelting (Hg.), *Zeugen des Jahrhunderts. Porträts aus Politik und Politischer Wissenschaft*. Nach einer Sendung des ZDF, Frankfurt/M. 1982, S. 9–54, hier S. 47.
- ² Eugen Gerstenmaier, *Streit und Friede hat seine Zeit. Ein Lebensbericht*, Frankfurt/M. 1981, S. 362; Ders., *Konrad Adenauer – Überlegungen 1976, dem Jahr seines 100. Geburtstages, für Eugen Gerstenmaier zu dessen 70. Geburtstag*, in: *Widerstand, Kirche, Staat. Eugen Gerstenmaier zum 70. Geburtstag*, hg. v. Bruno Heck, Frankfurt/M. 1976, S. 220–240, hier S. 220. Walter Henkels hat 1963 formuliert: Gerstenmaier habe Adenauer und dieser ihm „oft Ärgernis in den Weg“ gelegt, 99 *Bonner Köpfe*, Düsseldorf 1963, S. 103–107, hier S. 107.
- ³ Gerstenmaier, *Streit und Friede* (wie Anm. 2), S. 363.
- ⁴ Ebd. S. 394. Daniela Gniss hat diesen bemerkenswerten Kommentar in eine Anmerkung verbannt, *Der Politiker Eugen Gerstenmaier 1906–1986. Eine Biographie*, Düsseldorf 2005, S. 211 Anm. 36. Diese Biographie ist materialreich, aber unübersichtlich gegliedert – auch ohne Sachregister –, stilistisch unbeholfen und in manchen Wertungen problematisch.
- ⁵ Diskussionsbemerkung, in: Hans Buchheim (Hg.), *Konrad Adenauer und der Deutsche Bundestag*, Stuttgart 1979, 2. Aufl. Bonn 1986, S. 45.
- ⁶ Gerstenmaier, *Streit und Friede* (wie Anm. 2), S. 361.
- ⁷ Ebd. S. 305.

- ⁸ Eugen Gerstenmaier, in: Walther L. Bernecker/Volker Dotterweich (Hg.), *Persönlichkeit und Politik in der Bundesrepublik Deutschland. Politische Porträts*, Bd. 1, Göttingen 1982, S. 155–166, hier S. 166.
- ⁹ Vgl. Gerd Bucerius, *Der Adenauer. Subjektive Beobachtungen eines unbequemen Zeitgenossen*, Hamburg 1976, S. 62. Dort ist statt Gerstenmaier irrtümlich Robert Tillmanns genannt.
- ¹⁰ Gerstenmaier, *Streit und Friede* (wie Anm. 2), S. 361.
- ¹¹ So Thomas Löffelholz, Eugen Gerstenmaier (1906–1986), in: Hans Sarkowicz (Hg.), *Sie prägten Deutschland. Eine Geschichte der Bundesrepublik in politischen Porträts*, München 1999, S. 112–127, hier S. 120.
- ¹² Hans-Peter Schwarz, *Adenauer. Der Aufstieg 1876–1952*, Stuttgart 1986, S. 651.
- ¹³ Gerstenmaier, *Streit und Friede* (wie Anm. 2), S. 322f.
- ¹⁴ Schwarz, *Adenauer* (wie Anm. 12), S. 649.
- ¹⁵ Diskussionsbemerkung, in: Hans-Peter Schwarz (Hg.), *Die Legende von der verpassten Gelegenheit. Die Stalin-Note vom 10. März 1952*, Stuttgart 1982, S. 52f.; Gniss, Gerstenmaier (wie Anm. 4), S. 276f.; Gespräch mit J. Gross (wie Anm. 1), S. 46.
- ¹⁶ Gerstenmaier, *Streit und Friede* (wie Anm. 2), S. 419ff.
- ¹⁷ Nach Hinweisen im Tagebuch Herbert Blankenhorn, 12. Oktober 1953. Bundesarchiv Koblenz (BA), NL Blankenhorn 25a, b.
- ¹⁸ Gerstenmaier, *Streit und Friede* (wie Anm. 2), S. 356.
- ¹⁹ Dank, in: Eugen Gerstenmaier. *Präsident des Deutschen Bundestages von 1954–1969*, hg. v. d. Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages e.V., Bonn 1981, S. 25–29, hier S. 26. Dazu vgl. Michael Klein, *Westdeutscher Protestantismus und politische Parteien. Anti-Parteien-Mentalität und parteipolitisches Engagement von 1945 bis 1963*, Tübingen 2005, S. 241–250: „Der innerparteiliche Aufstieg Eugen Gerstenmaiers“.
- ²⁰ Matthias Stickler, Gerstenmaier, in: Friedrich Wilhelm Bautz (Hg.), *Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon*, Bd. 19, Herzfeld 2001, S. 550–559, hier S. 552.
- ²¹ Nach einem maschinenschriftlichen, undatierten und ohne Unterschrift versehenen Vermerk im NL Globke, ACDP 01-070-001/1.
- ²² Ohne Datum erwähnt bei Gerstenmaier, *Streit und Friede* (wie Anm. 2), S. 360f. Dazu vgl. Rudolf Morsey, *Konrad Adenauer und der Deutsche Bundestag*, in: Buchheim, *Adenauer* (wie Anm. 5), S. 14–39, hier S. 33f.
- ²³ Gerstenmaier, *Streit und Friede* (wie Anm. 2), S. 365.
- ²⁴ Rede vor dem Deutschen Bundestag am 12. Januar 1956, in: Eugen Gerstenmaier, Konrad Adenauer. *Ehrung und Gedenken*, Stuttgart 1967, S. 55–63, hier S. 55.
- ²⁵ Günter Buchstab (Bearb.), *Adenauer: „Wir haben wirklich etwas geschaffen.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953–1957*, Düsseldorf 1990, S. 714.
- ²⁶ Ebd. S. 1292.
- ²⁷ ACDP, NL Gerstenmaier, 01-210-017/1.
- ²⁸ So Heinrich Krone am 16. Juli 1957 in: Hans-Otto Kleinmann (Bearb.), *Heinrich Krone. Tagebücher. Erster Band: 1945–1961*, Düsseldorf 1995, S. 261. Dazu vgl. Adenauers Gespräch am 16. September 1957 in: Konrad Adenauer/Theodor Heuss,

- Unter vier Augen. Gespräche aus den Gründerjahren 1949–1959, bearb. v. Hans Peter Mensing, Berlin 1997, S. 227.
- ²⁹ Vgl. Hans-Peter Schwarz, *Die Ära Adenauer. Epochenwechsel: 1957–1963*, Stuttgart 1983, S. 23.
- ³⁰ 24. Januar 1958. Vgl. Gerstenmaier, *Streit und Friede* (wie Anm. 2), S. 436f.; Morsey, *Adenauer und der Deutsche Bundestag* (wie Anm. 22), S. 35f.
- ³¹ 30. Januar 1958. StBKAH, NL Adenauer III/24.
- ³² Kleinmann, *Krone* (wie Anm. 28), S. 287, Eintrag vom 28. Januar 1958.
- ³³ So am 11. März 1958. Adenauer/Heuss, *Unter vier Augen* (wie Anm. 28), S. 265.
- ³⁴ Ebd. S. 264.
- ³⁵ Kleinmann, *Krone* (wie Anm. 28), S. 296, Eintrag vom 13. März 1958.
- ³⁶ 24. November 1958. Adenauer/Heuss, *Unter vier Augen* (wie Anm. 28), S. 286.
- ³⁷ 25. Oktober 1958. Theodor Heuss, *Tagebuchbriefe 1955/1963. Eine Auswahl aus Briefen an Toni Stolper*, hg. v. Eberhard Pikart, Tübingen 1970, S. 359.
- ³⁸ Carlo Schmid, *Erinnerungen*, München 1979, S. 563.
- ³⁹ Gespräch mit J. Gross (wie Anm. 1), S. 48.
- ⁴⁰ Daniel Koerfer, *Der Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer*, Stuttgart 1998, S. 241f.
- ⁴¹ *Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1957–1961*, bearb. v. Reinhard Schiffers, 1. Halbbd., Düsseldorf 2004, S. 410.
- ⁴² Ebd. S. 422.
- ⁴³ Ebd. S. 440.
- ⁴⁴ 6. April 1959. Adenauer/Heuss, *Unter vier Augen* (wie Anm. 28), S. 303.
- ⁴⁵ Gerstenmaier, *Streit und Friede* (wie Anm. 2), S. 445.
- ⁴⁶ Gniss, *Gerstenmaier* (wie Anm. 4), S. 390.
- ⁴⁷ „Ära Adenauer“, in: *Bulletin des Bundespresse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 7. Januar 1961*, S. 41f.; Gerstenmaier, *Adenauer* (wie Anm. 24), S. 45–51, hier S. 49f.
- ⁴⁸ Günter Buchstab (Bearb.), *Adenauer: „... um den Frieden zu gewinnen“*. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957–1961, Düsseldorf 1994, S. 941.
- ⁴⁹ Gerstenmaier, *Streit und Friede* (wie Anm. 2), S. 446ff.
- ⁵⁰ Kleinmann, *Krone* (wie Anm. 28), S. 512, Eintrag vom 5. Juli 1959.
- ⁵¹ StBKAH, NL Adenauer III/18; Gerstenmaier, *Streit und Friede* (wie Anm. 2), S. 448.
- ⁵² Ebd.
- ⁵³ Buchstab, *Adenauer: „... um den Frieden zu gewinnen“* (wie Anm. 48), S. 941–978.
- ⁵⁴ Ebd. S. 1002f.
- ⁵⁵ ACDP, NL Gerstenmaier, 01-210-017/1.
- ⁵⁶ 22. Juli 1961. Gniss, *Gerstenmaier* (wie Anm. 4), S. 368 Anm. 104.
- ⁵⁷ Vgl. Arnulf Baring, *Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Heinrich von Brentano im Briefwechsel mit Konrad Adenauer 1949–1964*, Hamburg 1974, S. 317, 452 Anm. 358 (Auskunft an Baring).
- ⁵⁸ Gerstenmaier, *Krieg und Friede* (wie Anm. 2), S. 479.

- ⁵⁹ So in einem Gespräch am 18. September 1961 mit Willy Brandt, in: Gniss, Gerstenmaier (wie Anm. 4), S. 403. Vgl. auch den Eintrag vom 30. September 1961 bei Kleinmann, Krone (wie Anm. 28), S. 534.
- ⁶⁰ Erich Mende, *Die neue Freiheit 1945–1961*, München 1984, S. 482f.
- ⁶¹ Nach einem Schreiben Adenauers vom 31. Oktober 1961 an Krone und Staatssekretär Hans Globke; StBKAH, NL Adenauer III/52.
- ⁶² Am 3. Dezember 1962, in: Buchstab, Günter (Bearb.) Adenauer: „Stetigkeit in der Politik“. Die Protokolle des Bundesvorstands der CDU 1961–1965, Düsseldorf 1998, S. 389.
- ⁶³ 9. Parteitag der CDU 26.–29. April 1960 in Karlsruhe, hg. v. d. CDU, Bonn 1960, S. 193; Koerfer, *Kampf ums Kanzleramt* (wie Anm. 40), S. 651.
- ⁶⁴ Buchstab, Adenauer: „Stetigkeit in der Politik“ (wie Anm. 62), S. 391.
- ⁶⁵ Eintrag vom 3. Dezember 1962, in: Hans-Otto Kleinmann (Bearb.), Heinrich Krone. *Tagebücher. Zweiter Band: 1961–1966*, Düsseldorf 2003, S. 125.
- ⁶⁶ Druck: „Um das Vaterland verdient gemacht“. Zum Abschied vom Amt des Bundeskanzlers vor dem Deutschen Bundestag am 15. Oktober 1963, in: Gerstenmaier, Adenauer (wie Anm. 24), S. 9–18. Zur Wirkung der Rede vgl. Schmid, *Erinnerungen* (wie Anm. 38), S. 757; Bucerius, Adenauer (wie Anm. 9), S. 11.
- ⁶⁷ Günter Gaus, *Zur Person. Von Adenauer bis Wehner. Portraits in Frage und Antwort* (Gerstenmaier: S. 127–154), München 1990 (Tb), hier S. 151. Am 24. Oktober 1963 dankte Adenauer dem Bundestagspräsidenten für seine Ansprache, „die für mich eine große Ehre war. Sie hat mich tief ergriffen.“ StBKAH, NL Adenauer III/18.
- ⁶⁸ Gerstenmaier, *Streit und Friede* (wie Anm. 2), S. 362f.
- ⁶⁹ Eintrag vom 1. Oktober 1965, in: Kleinmann, Krone (wie Anm. 65), S. 415.
- ⁷⁰ *Meine Begegnungen mit Eugen Gerstenmaier*, in: Hermann Kunst (Hg.), *Freiheit und Recht*, Stuttgart 1966, S. 19–25, hier S. 22f. In seinem privaten Glückwunschs Schreiben vom 24. August 1966 wünschte Adenauer dem Jubilar „Gesundheit, Schaffenskraft und den unerschütterlichen, kämpferischen Mut, der Sie immer [...] ausgezeichnet hat.“ StBKAH, NL Adenauer III/43.
- ⁷¹ Gerstenmaier, *Streit und Friede* (wie Anm. 2), S. 548.
- ⁷² Gedenkrede auf den Toten beim Staatsakt im Deutschen Bundestag am 25. April 1967, in: Gerstenmaier, Adenauer (wie Anm. 24), S. 9–18.
- ⁷³ Kurt Gayer, *Die Schwaben in Bonn*, Stuttgart 1968, S. 48–59, hier S. 58 („Der Schwierige“). In einem Interview im Juli 1964 erklärte Gerstenmaier, dass er „gar nicht daran gedacht“ habe, dass er sich „dabei selber beschreibe“, aber es sei „vielleicht ganz gut; denn ich kann hier eine Gemeinsamkeit, eine tiefe Gemeinsamkeit mit Konrad Adenauer zur Darstellung bringen. Das verbindet mich mit Konrad Adenauer. Ich bin der Überzeugung, daß das, was ich hier von Konrad Adenauer gesagt habe, eben nicht nur für mich selbst gilt, sondern daß es eine Wirklichkeitsbeschreibung Adenauers ist.“ Gaus, *Zur Person* (wie Anm. 67), S. 148.
- ⁷⁴ Gerstenmaier, *Streit und Friede* (wie Anm. 2), S. 547f.
- ⁷⁵ Andreas Meier, Eugen Gerstenmaier, in: Wolf-Dieter Hauschild (Hg.), *Profile des Luthertums. Biographien zum 20. Jahrhundert*, Gütersloh 1998, S. 185–201, hier S. 197.
- ⁷⁶ Zitiert bei Löffelholz, Gerstenmaier (wie Anm. 11), S. 113.

⁷⁷ In: Dieter Blumenwitz u.a. (Hg.), Konrad Adenauer und seine Zeit. Beiträge von Weg- und Zeitgenossen, Bd. 1, Stuttgart 1976, S. 29–44, hier S. 38.

⁷⁸ In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 25. März 1986, S. 31.

Auswahlbibliographie

1. Memoiren
2. Reden als Parlamentspräsident
3. Würdigungen und Gedenkreden
4. Staatsordnung und Gesellschaftsbild
5. Außenpolitik
6. Europäische Einigung
7. Wiedervereinigung Deutschlands
8. Deutsches Nationalbewußtsein
9. Widerstand
10. Deutsche und Juden
11. Kirche und Politik
12. Diakonie und Sozialpolitik
13. Bildung und Kultur
14. Naturschutz
15. Afrika
16. Zeitgeschichte
17. Literatur über Gerstenmaier

1. Memoiren

Eugen Gerstenmaier: Streit und Friede hat seine Zeit. Ein Lebensbericht. Frankfurt/M. 1981. 628 S.

2. Reden als Parlamentspräsident

1954

WÜRDE UND BEDEUTUNG DES PARLAMENTS. Verantwortungsvolle Arbeit für das Leben und der Staatsgestaltung der Nation. Rede an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages am 16.11.1954. In: Sten. Ber., 2. WP, 55. Sitzung, S. 2698 C–2700 A.

1955

APPELL AN DIE SITTLICHEN GRUNDRECHTE DER VÖLKER. Ansprache zur Berliner Tagung des Bundestages am 19.10.1955. In: Sten. Ber., 2. WP, 106. Sitzung, S. 5808 C–5809 B.

DER DRITTE BUNDESTAG. Zum Wahlgesetz und zur Gestalt des künftigen Parlaments. In: Der Wähler. Hrsg. von der Deutschen Wählergesellschaft. Frankfurt/M. 1955. Jg. 5. Vol. 11, S. 495–497.

JAHR DER ARBEIT UND DER MÜHE. Über die Leistungen des Bundestages. 16.12.1955. In: Sten. Ber., 2. WP, 121. Sitzung, S. 6483.

WILLKOMMENSGRUSS DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES AN DIE HEIMKEHRER. 12.10.1955. In: Sten. Ber., 2. WP, 105. Sitzung, S. 5777.

1956

REDE ZUR BEENDIGUNG DER ENTNAZIFIZIERUNG. 40. Sitzung des 1. Deutschen Bundestages, Bonn, 23.2.1950. In: Sten. Ber., 1. WP, 40. Sitzung, S. 1333 C–1336 A.

ZUR ERLANGUNG DER SOUVERÄNITÄT FÜR DIE BUNDESREPUBLIK. Rede im 2. Deutschen Bundestag, 5.5.1955. In: Sten. Ber., 2. WP, 80. Sitzung, S. 4416 A.

1957

DER BUNDESTAG STIMME FÜR DIE GANZE NATION. Zur parlamentarischen Situation nach der Wahl. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1957) Nr. 175, S. 1617–1618.

IN DIESEN VIER JAHREN HABEN WIR EINIGES GETAN! Ein besinnliches Wort auf der letzten Arbeitssitzung des Parlaments. 29.8.1957. In: Sten. Ber., 2. WP, 227. Sitzung, S. 13530 D–13532 D.

REDE ZUR AMTSÜBERNAHME. Vor dem Plenum des Deutschen Bundestages in Berlin, 15.10.1957. In: Sten. Ber., 3. WP, 1. Sitzung, S. 6 A–10 C.

1958

EINE BRUTALE MISSACHTUNG DES MENSCHLICHEN RECHTES. Was in Ungarn geschah. (32. Sitzung des 3. Bundestages am 19.6.1958.) In: Sten. Ber., 3. WP, 32. Sitzung, S. 1771–C1772 C.

NEUORDNUNG DES DIÄTENWESENS DES BUNDESTAGES. Ausführungen in der 23. Plenarsitzung. des Deutschen Bundestages am 18.4.1958. In: Sten. Ber., 3. WP, 23. Sitzung, S. 1244 C–1252 A.

DIE POLITISCHE AUSEINANDERSETZUNG GEHÖRT INS PARLAMENT. Ausführungen im Süddeutschen Rundfunk am 27.3.1958. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1958) Nr. 61, S. 589–590.

1959

BEKUNDUNG DER SOLIDARITÄT MIT DEN BERLINERN. Zur Einberufung der Bundesversammlung. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1959) Nr. 110, S. 1111.

DER NEUE BUNDESPRÄSIDENT FEIERLICH VEREIDIGT. Der Staatsakt im Bundeshaus. [Mit Reden von Eugen Gerstenmaier u. a.] In: Sten. Ber., 3. WP, 80. Sitzung, S. 4371 A–4376 A.

REDE ANLÄSSLICH DES STAATSAKTES ZUM ZEHNJÄHRIGEN BESTEHEN DER BUNDESREPUBLIK. Vor dem Plenum des Deutschen Bundestages, Bonn, 15.9.1959. In: Sten. Ber., 3. WP, 80. Sitzung, S. 4371 A–4376 A.

REDE VOR DER BUNDESVERSAMMLUNG IN Berlin. 1.7.1959. In: Sten. Ber., 3. WP, S. 3 A–4 D (Bd. 44).

1960

DIE WANDLUNG DES DEUTSCHEN PARLAMENTARISMUS. In: Staatszeitung – Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz. 11 (1960) Nr. 11, S. 5.

1961

DIE SCHLUSSREDE DES BUNDESTAGSPRÄSIDENTEN. 166. Sitzung des Bundestages am 30.6.1961. In: Sten. Ber., 3. WP, 166. Sitzung, S. 9762 C–9766 C.

1963

BERLINER REICHSTAG WIEDER HAUS DER Volksvertretung. In: Das Parlament 13 (1963) Nr. 47, S. 1.

RECHT UND FREIHEIT FÜR GANZ DEUTSCHLAND. Begrüßungsansprache des Bundestagspräsidenten [für Präsident Kennedy] in der Paulskirche. In: Bulletin des Presse- u. Informationsamtes der Bundesregierung (1963) Nr. 109, S. 973–974.

1964

BERATUNG ÜBER DIE DIÄTENERHÖHUNG. In: Sten. Ber., 4. WP, 112. und 113. Sitzung, S. 5156 B–5162 D, S. 5168 B–5169 C.

BRAUCHEN WIR EINEN BESSEREN BUNDESTAG? „Spiegel“-Gespräch. In: Der Spiegel 18 (1964) Nr. 38, S. 2843.

DIÄTENGESETZ 1964. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1964) Nr. 28, S. 243–247.

1965

AM VORABEND DER WAHL. Ansprache über Funk und Fernsehen. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1965) Nr. 155; S. 1250.

DEMOKRATIE UND PARLAMENT. Probleme einer Parlamentsreform. Außenpolitische Ultima ratio sind nicht mehr Kanonen sondern eine harte Währung. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1965) Nr. 130, S. 1049–1050.

EINE ERFOLGREICHE LEGISLATURPERIODE. Der 4. Deutsche Bundestag verabschiedete 428 Gesetze. Sitzungen des Bundestages in Berlin „eine schlichte Pflicht“. In: Sten. Ber., 4. WP, 196. Sitzung, S. 10031 C–10037 C.

FÜR DAS WOHL DES GANZEN VOLKES. Zur konstituierenden Sitzung des 5. Deutschen Bundestages. In: Sten. Ber., 5 WP, 1. Sitzung, S. 2 B4 C.

EIN PARLAMENT FÜR DAS GANZE DEUTSCHE VOLK. Das Recht des Deutschen Bundestages, in Berlin zu tagen, ist unantastbar. Zur Eröffnung der Plenarsitzung. In: Sten. Ber., 4. WP, 178. Sitzung, S. 8945 A–8946 A.

SITZUNG DES BUNDESTAGS IN BERLIN. Zur Entwicklung in Nahost, eine unfruchtbare Alternative. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1965) Nr. 48, S. 381–382.

ZUR „GEWALTENTEILUNG“. In der 166. Sitzung des Deutschen Bundestages, 19.2.1965. In: Sten. Ber., 4. WP, 166. Sitzung, S. 8297 C–8300 B, 8304 AD.

1966

ÖFFENTLICHE MEINUNG UND PARLAMENTARISCHE ENTSCHEIDUNG. In: Die moderne Demokratie und ihr Recht. Festschrift für Gerhard Leibholz zum 65. Geburtstag. Hrsg. von Karl Dietrich Bracher u. a. Bd. 12. Tübingen 1966. S. 123–134.

1968

DIE NORMATIVE KRAFT DER PROKLAMIERTEN MENSCHENRECHTE. Erklärung zum Jahr der Menschenrechte, 11.12.68. In: Sten. Ber., 5. WP, 204. Sitzung, S. 11023 C–11025 B.

3. Würdigungen und Gedenkreden

ABSCHIED VON ERICH OLLENHAUER. Dank der deutschen Nation an ihren getreuen Sohn. Rede am 19.12.63. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1963) Nr. 225, S. 2005–2006.

ABSCHIED VON FRITZ ERLER. Gedenkreden in der Trauerfeier des Deutschen Bundestages. Von Eugen Gerstenmaier u. Helmut Schmidt. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1967) Nr. 21; S. 165–166, 169–170.

- ABSCHIED VON KONRAD ADENAUER. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1967) Nr. 43, S. 357–362. [Mit Beitr. von Eugen Gerstenmaier u. a.]
- ABSCHIED VON PAUL LOBE. Trauerfeier am 9.8.1967 im Schöneberger Rathaus in Berlin. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1967). Nr. 85. S. 729–732. [Mit Beitr. von Eugen Gerstenmaier u. a.]
- KONRAD ADENAUER. Eine Würdigung zum 85. Geburtstag. In: Staatsanzeiger für Baden-Württemberg 10 (1961) Nr. 2, S. 1.
- KONRAD ADENAUER. Grußworte und Glückwünsche des Deutschen Bundestages, 12. Januar 1956. In: Eugen Gerstenmaier. Reden und Aufsätze. Bd. 1. Stuttgart 1956. S. 394–401.
- KONRAD ADENAUER. Ehrung und Gedenken. Stuttgart 1967. 63 S.
- ADENAUER UND DIE MACHT. In: Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers. Beiträge von Weg- und Zeitgenossen. Hrsg. von Dieter Blumenwitz [u. a.] Stuttgart 1976. S. 29–44.
- KONRAD ADENAUERS VIERZEHN JAHRE. Mit Beitr. von Dean Acheson, Willy Brandt, Lucius D. Clay, Eugen Gerstenmaier, Harold Macmillan, Andrej Smirnov u. a. In: Der Spiegel (1963) Nr. 41
- ÄRA ADENAUER. Der Präsident des Deutschen Bundestags zum 85. Geburtstag des Bundeskanzlers. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1961) Nr. 5, S. 41–42.
- ARNDT – AHNHERR DES DEUTSCHGLAUBENS? Prinzipien neuheidnischer Geschichtsschreibung. In: Zeitwende 12 (1936) S. 145–158. [Über Ernst Moritz Arndt.]
- EIN BISCHOF DER DEUTSCHEN. Fester Pol im Sturm der Zeit. In: Christ und Welt 6 (1953) Nr. 6, S. 1. [Über Theophil Wurm.]
- DER BUNDESTAG GEDACHTE JOHN F. KENNEDYS. Ehrender Nachruf. Gedenkrede am 4.12.1963. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1963) Nr. 214; S. 1897–1898.
- DANK DES BUNDESTAGES AN DIE BISHERIGE BUNDESREGIERUNG. Würdigung der Verdienste von Professor Ludwig Erhard. Dank an Professor Carlo Schmid. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1966) Nr. 153, S. 1231–1232.
- DANK FÜR EIN FEST. In: Zeitbühne 3 (1974) H. 8, S. 10–22. [Mit Beitr. von Eugen Gerstenmaier u. a.]
- THOMAS DEHLER. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1967) Nr. 79, S. 677–679.
- PATER ALFRED DELP S. J. Gedenkrede am 20. Jahrestag seiner Hinrichtung. Bonn 1965. 15 S.
- WOLFGANG DÖRING IN MEMORIAM. 11.11.1919–17.1.1963. Düsseldorf 1963. [Mit Beitr. von Eugen Gerstenmaier u. a.]

- HERMANN EHLERS. Präsident des Deutschen Bundestages vom 19.10.1950–29.10.1954. Zum Gedächtnis. Bonn 1954. 66 S. [Mit Beitr. von Eugen Gerstenmaier u. a.]
- HERMANN EHLERS. Rede im Sender Freies Berlin, 29. Oktober 1955. In: Eugen Gerstenmaier. Reden und Aufsätze. Bd. 1. Stuttgart 1956. S. 386–389.
- EHRUNG DES BUNDESKANZLERS DURCH DEN BUNDESTAG. Ansprache am 12.1.1956. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1956) Nr. 10, S. 77–78.
- EHRUNG VON BUNDESKANZLER ADENAUER DURCH DEN BUNDESTAG. Dank-Ansprache des Präsidenten am 15.10.63. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1963) Nr. 183, S. 1597–1600.
- GEDENKREDE AUF HEINRICH VON BRENTANO. Am 17.11.1964 im Deutschen Bundestag. In: Europäische Hefte (1965) Nr. 1, S. 618.
- GEDENKWORTE FÜR THEODOR HEUSS UND ERICH OLLENHAUER. Der Deutsche Bundestag ehrte 2 Männer, die ihm besonders nahestanden. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1964) Nr. 4, S. 33–34.
- EINER DER GETREUESTEN SÖHNE DES DEUTSCHEN VOLKES. Zum Tode von Robert Tillmanns. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1955) Nr. 216. S. 18–19.
- HEINRICH GRÜBER. Ein Mann mit heißem Zorn, doch ohne Haß. In: Christ und Welt. Stuttgart 14 (1961) Nr. 25, S. 3.
- THEODOR HAUBACH ZUM GEDÄCHTNIS. Hrsg.: Walter Hammer. Frankfurt/M. 1955. 84 S. [Mit Beitr. von Eugen Gerstenmaier u. a.]
- DEM KANZLER DES DEUTSCHEN REICHES, FÜRST OTTO VON BISMARCK. Zum 150. Geburtstag. (1.4.65) In: Die Welt (1965) Nr. 73 [Beil.: Das Forum der Welt].
- KRITISCHE DISTANZ ZUM EIGENEN POLITISCHEN TUN In: Die Mitarbeit 11 (1962) 8, S. 349. [Über Erwin Gross.]
- EIN LEBEN IM DIENSTE DER DEUTSCHEN DEMOKRATIE. In: Der Tagesspiegel (1965) Nr. 6159 [Über Paul Löbe.]
- LEBENDIGE TRADITION. Paul Löbe zum 80. Geburtstag am 14. Dezember 1955. Hrsg. von Arno Scholz u. W. G. Oschilewski. Berlin 1955. 145 S. [Mit Beitr. von Eugen Gerstenmaier u. a.]
- DER LETZTE PURITANER. In: Christ und Welt 5 (1952) Nr. 48, S. 1. [Über John Foster Dulles.]
- PAUL LÖBE. Zum 80. Geburtstag am 14. Dezember 1955. In: Eugen Gerstenmaier. Reden und Aufsätze. Bd. 1. Stuttgart 1956. S. 392–393.
- MEIN LEHRER FRIEDRICH BRUNSTÄD. In: Friedrich Brunstäd. Gesammelte Aufsätze und kleinere Schriften. Hrsg. von Eugen Gerstenmaier und Carl Günther Schweitzer. Berlin 1957, S. 714.

- HELMUTH VON MOLTKE. In: Eugen Gerstenmaier. Reden und Aufsätze. Bd. 2. Stuttgart 1962. S. 231–237.
- GRAF MOLTKE UND DIE KREISAUER. In: Christ und Welt 10 (1957) Nr. 12, S. 16.
- FRIDTJOF NANSEN. Rede vor dem Landesverband der Europaunion, Bremen, 15.2.1956. In: Eugen Gerstenmaier. Reden und Aufsätze. Bd. 1. Stuttgart 1956. S. 402–422.
- MARTIN NIEMÖLLER. (Zum 70. Geburtstag.) In: Die Zeit 17 (1962) Nr. 2, S. 2.
- REDEN AUF ADENAUER. Von Josef Frings, Eugen Gerstenmaier, Kurt Georg Kiesinger u. Heinrich Lübke. München 1967. 73 S.
- RESPEKT VOR PAUL REYNAUD! Ein Mann gegen die Despotie des Parlaments. In: Christ und Welt 6 (1953) Nr. 23, S. 1.
- CARLO SCHMID. Aufgabe und Leistung. Zum 60. Geburtstag am 3.12.1956. BerlinGrunewald 1956. 38 S. (Bibliogr.: S. 33–38; Köpfe der Zeit). [Mit Beitr. von Eugen Gerstenmaier u. a.]
- HELMUTH SCHREINER. Gedenkreden von Eugen Gerstenmaier, Carl Heinz Ratschow, Werner Schütz. Münster 1963. 43 S. (Schriften der Gesellschaft zur Förderung der Westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster 53).
- STAATSBEGRÄBNIS FÜR KONRAD ADENAUER AM 25. APRIL 1967. O. O. 1967. 7 gez. Blätter 17 S. [Mit Beiträgen von Eugen Gerstenmaier u. a.]
- ROBERT TILLMANN. In: Christ und Welt 8 (1955) Nr. 46, S. 2.
- EIN TREUER DIENER GOTTES. Zum 75. Geburtstag von Bischof Otto Dibelius. In: Christ und Welt 8 (1955) Nr. 19, S. 6.
- UM DAS VATERLAND VERDIENST GEMACHT. Gedenkrede beim Staatsakt für Heinrich von Brentano. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Bonn (1964) Nr. 170, S. 1571–1573.
- DEM VIZEPRÄSIDENTEN DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES ERWIN SCHOETTLE, VORSITZENDER DES HAUSHALTAUSSCHUSSES. In: Finanzwissenschaft und Finanzpolitik. Erwin Schoettle von Freunden und Kollegen gewidmet. Hrsg. von Friedrich Schäfer. Tübingen 1964. S. 12.
- DIE WAHRHEIT NICHT NUR GEWUSST SONDERN AUCH GETAN. Gedenkrede für Alfred Delp. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1965) Nr. 22. S. 171–173.
- DIE WELT IN IHREM DENKEN ZU VERÄNDERN. Hans Asmussen zum 65. Geburtstag. In: Christ und Welt 16 (1963) Nr. 33, S. 34.
- ZUM TODE VON HEINRICH VON BRENTANO. Rede beim Staatsakt am 17.11.1964. [Maschinenschr.] Bonn 1964. 9 Bl.
- ZUM TODE VON PAPST JOHANNES XXIII. In: Christ und Welt 16 (1963) Nr. 23, S. 1.

4. Staatsordnung und Gesellschaftsbild

- BERLINER HANDWERKSREDE. 30.6.1957. [Auszug] In: Deutsches Handwerksblatt 9 (1957) Nr. 13, S. 195–199.
- FREIHEIT UND AUTORITÄT IM STAATE. In: Christ und Welt 9 (1956). Nr. 20, S. 4.
- DIE GEISTIGE SCHICHT IM MASSENSTAAT. Rede zur Einweihung des Eberhard-Ludwigs-Gymnasiums in Stuttgart. In: Das geistige Kapital 3 (1957) H. 5, S. 65–78.
- DAS GRÜNDUNGSETHOS DER CDU. Im strengen Dienst der Freiheit. Aus der Rede „Zehn Jahre Politik für Deutschland“. In: Rheinischer Merkur 11 (1956) Nr. 18 und 19.
- DAS GRUNDGESETZ. In: Stuttgarter Zeitung 15 (1959) Nr. 116, S. 12.
- EINE GRUNDSÄTZLICHE BESINNUNG. (Über die Gründung der CDU.) In: Civis 2 (1956) Nr. 15, S. 138.
- MASSE UND DEMOKRATIE. Rede im Rahmen der „Evangelischen Reihe“ der Volkshochschule Stuttgart am 2.3.1959. In: Eugen Gerstenmaier. Reden und Aufsätze. Bd. 2. Stuttgart 1962. S. 81–101.
- „MEHR GUTES ALS SCHLECHTES“. Auf der Suche nach neuer Staatsordnung. In: Christ und Welt 6 (1953) Nr. 5, S. 12.
- MIT SELBSTVERTRAUEN IN DIE ZUKUNFT. Bericht über den Mittelstandskongreß der CDU/CSU am 10. und 11.6.1965 in Wiesbaden. Bonn 1965. 58 S.
- DER PRIMAT DER POLITIK. Rede auf dem Wirtschaftstag 1967 der CDU/CSU zu Bonn am 26.1.1967. Bonn 1967. 15 S.
- RANG UND STAND IN DER MODERNEN MASSENWELT. Vortrag, gehalten auf dem 5. ordentlichen Verbandstag des DHV am 18.6.1960 in Saarbrücken. Hamburg-Harburg 1960 15 S. (Schriftenreihe des DHV).
- REDE. Gehalten auf dem 7. Bundesparteitag der Christlich-Demokratischen Union. Hamburg 1957. 16 Bl.
- REDE IN: Ansprachen zur Amtseinführung des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Dr. Gebhard Müller am 13. Februar 1959. Karlsruhe 1959. S. 11–12.
- REDLICHE LEISTUNG BÜNDNISTREUE MUT ZUR BESONNENHEIT. Der Freiheit dienen ist eine Pflicht. Der Bundestagspräsident vor den Heimkehrern am 14.6.1959 auf dem 3. Heimkehrer-Deutschland-Treffen in Köln. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1959) Nr. 112, S. 1135–1136.
- SINN UND SCHICKSAL DER ELITE IN DER GEMEINSCHAFT. Rede auf einer Tagung des Kulturkreises im Bundesverband der Deutschen Industrie in Trier am 9.9.1958. In: Eugen Gerstenmaier. Reden und Aufsätze. Bd. 2. Stuttgart 1962. S. 119–136.
- STAATSORDNUNG UND GESELLSCHAFTSBILD. Rede auf dem 8. Bundesparteitag der CDU 1958 in Kiel. In: Eugen Gerstenmaier. Reden und Aufsätze. Bd. 2. Stuttgart 1962. S. 137–162.
- WAS HEISST HEUTE KONSERVATIV? In: Der Monat 14 (1962) H. 166, S. 27–30.

- WOHLSTAND – UND WAS SONST. In: *Civis* 7 (1960) Nr. 65/66, S. 4–11.
- 10 [ZEHN] JAHRE POLITIK FÜR DEUTSCHLAND. Christlich-Demokratische Union Deutschlands, 6. Bundesparteitag in Stuttgart. Koblenz o. J. [um 1956]. 24 S.
- 10 [ZEHN] JAHRE POLITIK FÜR DEUTSCHLAND. Christlich-Demokratische Union Deutschlands. 6. Bundesparteitag in Stuttgart, o. O. 1956. 34 S.
- ZIELE NACH DER WAHL. Über das Konsumdenken. In: *Christ und Welt* 18 (1965) Nr. 38, S. 4.

5. *Aussenpolitik*

- DAS AUSLANDSDEUTSCHTUM UND WIR. In: *Christ Unterwegs* 18 (1964) Nr. 5, S. 12.
- DIE AUSSENPOLITIK HAT DEN VORRANG. In: *Europa* 8 (1957) S. 45.
- DEUTSCHE AUSSENPOLITIK. In: *Deutschlands Aufgabe. Stimmen evangelischer Politiker.* Stuttgart 1953. S. 30–52.
- DEUTSCHE KULTURPOLITIK IM AUSLAND. Ihre Aufgabe: Deutschland von innen verständlich zu machen [...] und den Völkern der Welt zu dienen. In: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung* (1958) Nr. 205, S. 2041.
- DEUTSCHLAND – FRANKREICH: Beispiel einer Wandlung. Ansprache, 26. 10. 1964. In: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung* (1964) Nr. 161, S. 1487–1488.
- DEUTSCHLAND IN DER WELTPOLITISCHEN SITUATION DER GEGENWART. Antwort an die Herren Dr. Dehler und Dr. Heinemann. Rede vor dem Landesparteitag der CDU Württembergs, Stuttgart 1958. Köln 1958. 31 S.
- DIE ENTWICKLUNG IM SOWJETBLOCK. Zu den Thesen George Kennans. In: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung* (1964) Nr. 50, S. 433–434.
- ETIKETTENSCHWINDEL „ENTSPANNUNG“. In: *Zeitbühne* 3 (1974) H. 4, S. 15–21.
- EUROPA UND DAS SCHICKSAL DER BALTISCHEN VÖLKER. Rede auf dem Baltischen Gedenktag am 15.6.1954. In: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung* (1954) Nr. 151, S. 1349–1351.
- LA FRANCE ET LE SENTIMENT NATIONAL EN ALLEMAGNE. In: *Allemagne* 17 (1964/65) No. 8889, S. 1 und 12–14.
- FRANKREICH UND DAS DEUTSCHE NATIONALBEWUSSTSEIN. Vortrag am 21.10.1964 in der Sorbonne in Paris. In: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung.* Bonn (1964) Nr. 158, S. 1461–1462 und S. 1465–1467; Nr. 161. S. 1487–1488.
- GRUNDLAGEN DEUTSCHER AUSSENPOLITIK. Rede vor der holländischen Gesellschaft für Internationale Angelegenheiten im Haag, 6.11.1954. In: *Eugen Gerstenmaier. Reden und Aufsätze.* Bd. 1. Stuttgart 1956. S. 343–355.
- IN DIE WELTPOLITIK ZURÜCKGEKEHRT. In: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung* (1956) Nr. 1, S. 34.

- DIE NATO-REFORM IM SICHERHEITSSYSTEM DER FREIEN WELT. Vortrag vor dem Centre d'Etudes de Politique Etrangère, 22.10.1964, Paris. Hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Bonn 1964: Bundesdr. 15 S.
- NUR IN EINER FESTGEGRÜNDETEN VÖLKERGEMEINSCHAFT LIEGT DER FRIEDE. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1966) Nr. 82, S. 645–646.
- DER ORT DER ENTSCHEIDUNG. Der Stellvertretende Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses zur Ratifizierung des Vertragswerks. In: Christ und Welt 5 (1952) Nr. 49, S. 4.
- OST-WEST-BEZIEHUNGEN. Der gegenwärtige Stand. Künftige Entwicklungen. Hrsg. v. Atlantik-Brücke e. V., Hamburg und American Council on Germany, Inc., New York. Freiburg i. Br. 1960. 156 S. [Mit Beitr. von Eugen Gerstenmaier u. a.]
- DIE POLITISCHE WELTLAGE UND DEUTSCHLAND. Rede auf d. 5. Bundesparteitag der CDU in Köln, 29.5.1954. In: Eugen Gerstenmaier. Reden und Aufsätze. Bd. 1. Stuttgart: 1956. S. 293–308.
- DIE REFORM DER ATLANTISCHEN ALLIANZ. In: Wehrkunde 13 (1964) H. 11, S. 561–566.
- RÜCKKEHR DES BRITISH COUNCIL NACH DEUTSCHLAND. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1959) 2. Nr. 204, S. 2075–2076.
- DIE SAAR ALS BUNDESLAND IM GEMEINSAMEN EUROPA. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1959) Nr. 52, S. 498–500.
- TRIUMPH DER POLITISCHEN MORAL. Zur Rückkehr des Saarlandes. Ansprache am 10.1.1957. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1957) Nr. 7, S. 61–62.
- WIR LEBEN STÄNDIG IN DER GEFAHR DER ERPRESSUNG. In: Der Spiegel 19 (1965) Nr. 12, S. 34–42.
- ZUR ATOMAREN BEWAFFNUNG. Vor dem Plenum des Deutschen Bundestages. Bonn 10. Mai 1957. In: Eugen Gerstenmaier. Reden und Aufsätze. Bd. 2. Stuttgart 1962. S. 301–341.
- ZUR METHODIK DER AUSSENPOLITIK. Rede vor dem Plenum des Deutschen Bundestages in Bonn am 25. März 1958. In: Eugen Gerstenmaier. Reden und Aufsätze. Bd. 2. Stuttgart 1962. S. 342–389.

6. Europäische Einigung

- DIE ANGST DER KREATUR. In: Christ und Welt 5 (1952) Nr. 6, S. 12.
- BLICK AUF EINE BAURUINE. In: Zeitbühne 5 (1976) H. 5., S. 1014. [Betr.: Europäische Gemeinschaft.]
- DEUTSCHE GRUNDFRAGEN ZUR EUROPÄISCHEN INTEGRATION. Rede beim Internationalen Ferienkurs. Universität Bonn 5. August 1952. In: Eugen Gerstenmaier. Reden und Aufsätze Bd. 1. Stuttgart 1956. S. 279–292.

- DEUTSCHLAND UND EUROPA. Deutsche Grundfragen zur europäischen Vereinigung. In: *Zeitwende* 24 (1953) H. 3, S. 205–213.
- EUROPA MUSS JOHN F. KENNEDY ANTWORTEN. Das große Werk der europäischen Einigung muß fortgesetzt werden. Ansprache. In: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung* (1964) Nr. 171, S. 1581–1582.
- EUROPÄISCHE FRAKTIONEN UND PARTEIEN. In: *Evangelische Welt* (1954) Nr. 14, S. 402–404.
- EUROPAS STAATSORDNUNG ERHIELT EIN NEUES GESICHT. Rückblick auf 10 Jahre. Worte zum Gründungstage des Europarats. In: *Das Parlament* 9 (1959) Nr. 18, S. 1.
- EUROPAS UMRISSE TRETEN AUS DEM NEBEL. Die erste Europaverfassung. In: *Christ und Welt* 6 (1953) Nr. 12, S. 5.
- INTEGRATION UND NEUTRALITÄT. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft eine neue geschichtliche Realität. In: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung* (1962) Nr. 112, S. 969–973.
- KEINE DRAMATISIERUNG – KEINE RESIGNATION. Die Bilanz von Straßburg. In: *Christ und Welt* 4 (1951) Nr. 51, S. 7.
- RÉSISTEZ! Rede vor der Beratenden Versammlung des Europarates. Straßburg 17. September 1954. In: Eugen Gerstenmaier. *Reden und Aufsätze*. Bd. 1. Stuttgart 1956. S. 309–325.
- DIE SAARFRAGE IM EUROPARAT. In: *Christ und Welt* 7 (1954) Nr. 13, S. 34.
- VOM KLEINEREN ZUM GRÖßEREN FORTSCHREITEN! Die Bedeutung der ersten Europaverfassung. Ausblick auf die Schaffung der Europäischen Gemeinschaft. In: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung* (1953) Nr. 60, S. 505–506.
- WAS WIRD AUS EUROPA? In: *Christ und Welt* 4 (1951) Nr. 30 und 31.

7. *Wiedervereinigung Deutschlands*

- AN DER MAUER RÜTTELN SO LANGE BIS SIE FÄLLT. In: *Bulletin des Presse- u. Informationsamtes der Bundesregierung* (1963) Nr. 144, S. 1265–1266.
- DIE ANTWORT. In: *Civis* 4 (1958) Nr. 38, S. 187–194. [Über: Thomas Dehler, Gustav Heinemann.]
- DAMIT DEUTSCHLAND AUF DIE TAGESORDNUNG KOMME. In: *Das Parlament* 8 (1958) Nr. 13/14, S. 11–14.
- DIE DEUTSCHE FRAGE UND DIE WESTMÄCHTE. In: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung* (1964) Nr. 189, S. 1739–1740.
- DEUTSCHE NATION HEUTE. Ein Bericht zum 17. Juni. In: *Menschenwürde und freiheitliche Rechtsordnung*. Festschrift für Willi Geiger zum 65. Geburtstag. Hrsg. von Gerhard Leibholz, Hans Joachim Faller [u. a.] Tübingen 1974. S. 415–425.

- DIE DEUTSCHLANDFRAGE UND DIE FRIEDENSSICHERUNG. Ein Friedensschluß mit dem vereinten Deutschland wäre auch für den Osten vorteilhaft. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1966) Nr. 80, S. 631–632.
- FESTIGUNG DES FRIEDENS – BEFESTIGUNG DER TEILUNG? In: Bulletin des Presse- u. Informationsamtes der Bundesregierung (1963) Nr. 157, S. 1369–1370.
- FÜR DAS GRUNDRECHT DER SELBSTBESTIMMUNG. Appell des Deutschen Bundestages an die Welt. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1961) Nr. 119, S. 1145–1147.
- GEMEINSAME AUSSENPOLITIK IN DER FRAGE DER WIEDERVEREINIGUNG. Die einmütige Haltung des Bundestages. Politik nur die Kunst des Möglichen. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1958). Nr. 183. S. 1823–1824.
- JA ZUR WIEDERHERSTELLUNG DES DEUTSCHEN REICHES. Aber die Vorstellungen über die Ziele und Aufgaben Deutschlands haben sich gewandelt. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1965) Nr. 11, S. 8384.
- IN FREIER SELBSTBESTIMMUNG? In: Monat 22 (1970) H. 262, S. 2756. [Mit Beitr. von Eugen Gerstenmaier u. a.]
- FÜR FREIHEIT, RECHT UND EINHEIT. Rede anläßlich einer Feierstunde zum 17. Juni in Stuttgart. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1965) Nr. 105, S. 841–842.
- KEIN DAUERHAFTER FRIEDE OHNE WIEDERHERSTELLUNG DER EINHEIT. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1955) Nr. 110, S. 914–915.
- DIE MENSCHENRECHTE UND DIE SBZ. Zum „Jahr der Menschenrechte“ hrsg. vom Mitteldeutschen Kulturrat e. V. Bonn 1965. 128 S. [Mit Beiträgen von Eugen Gerstenmaier u. a.]
- REDEN ZUM 17. JUNI. In: Unteilbares Deutschland (1960) 4, S. 610. [Mit Beitr. von Eugen Gerstenmaier u. a.]
- EINEN SCHRITT WEITER ZUR WIEDERVEREINIGUNG. „Tag der deutschen Einheit“ Tag aller Deutschen. In: Das Parlament 5 (1955) Nr. 25, S. 9.
- SICHERHEIT UND WAS SONST? Die deutsche Frage ist nicht allein ein Nationalproblem der Deutschen, [...] In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1966) Nr. 95, S. 759–760.
- DER 17. (SIEBZEHNTE) JUNI VOR ZWANZIG JAHREN. Deutschland nur noch eine Kulturation? Der Aufstand richtete sich vor allem gegen das kommunistische System. In: Deutsche Zeitung Nr. 25 vom 22.6.1973.
- DER TAG KOMMT DOCH! Rede in der Feierstunde anläßlich d. „Tages der deutschen Einheit“ am 17.6.1956 im Plenarsaal des Bundeshauses. Bonn: Bundeszentrale für Heimatdienst 1956. 16 S. (Schriftenreihe der Bundeszentrale für Heimatdienst 23).
- WER EUROPAS EINHEIT WILL, MUSS DEUTSCHLANDS EINHEIT ERST RECHT WOLLEN. Zum 17. Juni 1953. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1956) Nr. 110, S. 1077–1078.

ZUM TAGE DER DEUTSCHEN EINHEIT. Rede. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 26 (1956), S. 393–396.

8. *Deutsches Nationalbewusstsein*

DIE DEUTSCHE JUGEND VOR DER DEUTSCHEN VERGANGENHEIT. Rede am 13. Dezember 1960 in Bonn vor den deutschen Jugendverbänden. In: Eugen Gerstenmaier. Reden und Aufsätze. Bd. 2. Stuttgart 1962 S. 244–254.

DAS DEUTSCHE NATIONALBEWUSSTSEIN. Rede an der Sorbonne am 21.10.1964. In: Information für die Truppe (1965) 2. Beilage: Dokumente und Kommentare. S. 113.

DIE DEUTSCHEN UND IHR NATIONALGEFÜHL. Bonn 1964. 7 S. (Aus: Welt am Sonntag vom 27.12.1964.)

DIE DEUTSCHEN UND IHR VATERLAND. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B. 38/67 Hamburg (1967), S. 311.

DEUTSCHES REICH? Bonn 1965. 7 S. (Wir sprechen zur Zone. Sendereihe des Norddeutschen/Westdeutschen Rundfunks, gesendet am 18.1.1965).

DER EINFLUSS FRANKREICHS AUF DAS DEUTSCHE NATIONALBEWUSSTSEIN. Rede an der Sorbonne, 21.10.1964. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1964) Nr. 158, S. 1461–1462, 1465–1467.

LA PATRIE, NOTRE DEVOIR. In: Documents. 20 (1965) 6, S. 131–132.

NEUER NATIONALISMUS? Von der Wandlung der Deutschen. Stuttgart 1965. 136 S. (Politische Bücherei 8).

DIE STUDENTENSCHAFT VOR DER NATION. Festansprache vor der Mitgliederversammlung des VDS. In: Burschenschaftliche Blätter 80 (1965) H. 4., S. 64–68.

VATERLAND. In: Information für die Truppe (1966) 5. und Beilage: Dokumente und Kommentare. S. 291–307 u. 38 S. [Mit Beitr. von Eugen Gerstenmaier u. a.]

VATERLAND HEUTE. Rede anlässlich des 150jährigen Bestehens der Hamburger Turnerschaft von 1816 am 16.10.1966. Bonn: Deutscher Bundestag. Presse- und Informationsstelle 1966. 10 S.

WANDLUNG DER DEUTSCHEN? Tatbestände, Ziele und Gefahren. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B. 1 (1963), S. 313.

WANDLUNGEN DES NATIONALBEWUSSTSEINS. Reflexionen zur inneren Entwicklung Deutschlands und Japans seit dem 2. Weltkrieg. In: Mitteilungen des Deutsch-Japanischen Kulturinstituts (1965) Nr. 16/ 17, S. 255.

WAS HEISST DEUTSCHES NATIONALBEWUSSTSEIN HEUTE? In: Hochland 60 (1967/68) H. 2, S. 146–150.

WAS IST DES DEUTSCHEN VATERLAND? Rede vor dem 10. Bundesparteitag der CDU 1961 in Köln. In: Eugen Gerstenmaier. Reden und Aufsätze. Bd. 2. Stuttgart 1962. S. 255–269.

WAS IST MIT UNS DEUTSCHEN LOS? Versuch einer Orientierung. 29.3.65. In: Politisches Jahrbuch der CDU/CSU. Recklinghausen 7 (1965), S. 117–127.

9. *Widerstand*

DAS ANDERE DEUTSCHLAND. In: Das Parlament 4 (1954) Nr. 29, S. 3.

AUFSTAND DES GEWISSENS. Beitrag im „Rheinischen Merkur“ Nr. 29 vom 16. Juli 1954. In: Eugen Gerstenmaier. Reden und Aufsätze. Bd. 1. Stuttgart 1956. S. 257–263.

BERLIN 20. JULI 1964. Ansprachen, Manifeste und Predigten. München 1964. 80 S. [Mit Beitr. von Eugen Gerstenmaier u. a.]

EIN HEILIGES VERMÄCHTNIS. In: Information für die Truppe. Bonn. 1965. 7. Beilage: Dokumente und Kommentare. S. 311.

EIN HEILIGES VERMÄCHTNIS. [Ansprache anlässlich einer Gedenkstunde an den 20. Juli 1944.] In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1964) Nr. 116, S. 1105–1108.

ICH WAR IM ZUCHTHAUS VON BAYREUTH. „Welt am Sonntag“ fragte Prominente nach ihren Erlebnissen in den turbulenten Tagen. In: Welt am Sonntag (1965) Nr. 16, S. 6.

JEDER HAT MIT SEINEM EIGENEN GEWISSEN FÜR SEIN LAND EINZUSTEHEN. Gedenkrede zum 20. Juli 1944. In: Münchner Merkur (1964) Nr. 173, S. 8.

DER KREISAUER KREIS. In: 20. Juli 1944. Hrsg. von der Bundeszentrale für Politische Bildung. Bonn 1964. S. 39–42.

DER KREISAUER KREIS. Zu dem Buch Gerrit van Roons „Neuordnung im Widerstand“. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 15 (1967) H. 3, S. 221–246.

DIE KREISAUER UND DER 20. JULI. Rede im „Bayerischer Rundfunk“ 20. Juli 1960. In: Eugen Gerstenmaier. Reden und Aufsätze. Bd. 2. Stuttgart 1962. S. 238–243.

LEITBILD UND ERBE. Rede bei der Gedenkfeier für die Angehörigen des Auswärtigen Amtes, die im Widerstand gegen den Nationalsozialismus ihr Leben gelassen haben. Gehalten am 21.7.1954. In: Bekenntnis und Verpflichtung. Reden und Aufsätze zur zehnjährigen Wiederkehr des 20. Juli 1944. Stuttgart 1955. S. 40–59.

LA LIBERTÉ SE NOURRIT SE SACRIFICES. In: Economie contemporaine 19 (1960). No. 162, S. 15–16.

PREDIGT ÜBER HIOB 42, 12 UND 56. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B34 (1956), S. 529–531.

STIMMEN ZUM 20. JULI 1944. Heinrich Lübke. Eugen Gerstenmaier u. a. Zusammengestellt von Geo T. Mary. Hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Bonn 1964. 51 S.

TAG DES GEHEIMEN DEUTSCHLAND. Beitrag in „Die Welt“ vom 20. Juli 1954. In: Eugen Gerstenmaier. Reden und Aufsätze. Bd. 1. Stuttgart 1956. S. 273–276.

- DAS VERMÄCHTNIS DES ANDEREN DEUTSCHLAND. Gedenkrede zum 10. Jahrestag des 20. Juli 1944. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1954) 2. Nr. 134, S. 1205–1211.
- WE SURVIVED. The stories of 14 of the hidden and the hunted of Nazi Germany. As told to Eric H. Boehm. New Haven 1949. XIII, 308 S. [Mit Beitr. von Eugen Gerstenmaier u. a.]
- WORUM ES UNS GING. 20 Jahre nach dem Aufstand. In: Die Zeit (1964) Nr. 30, S. 3.
- ZUM 20. JULI 1960. Kampf zwischen Verbrechen und Gewissenskultur. Die Freiheit lebt vom Opfer. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1960) Nr. 132, S. 1313–1314.
- ZUR GESCHICHTE DES UMSTURZVERSUCHES VOM 20. JULI 1944. In: Neue Zürcher Zeitung 166 (1945) Nr. 979 und 983
- DER 20. [ZWANZIGSTE] JULI EIN MAHN- UND PRÜFSTEIN IM DEUTSCHEN VOLK. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1956) 2. Nr. 134, S. 1320–1321.
- DER 20. [ZWANZIGSTE] JULI 1944. Beiträge zur Geschichte der deutschen Widerstandsbewegung. Mit einem Nachwort von Fritz Harzendorf. Sonderdruck aus dem Südkurier. Konstanz 1945. 15 S. (Schriften des Südkurier 1).
- DER 20. [ZWANZIGSTE] JULI 1944. Die Tatgemeinschaft des christlichen Gewissens ist ein Vermächtnis. In: Rheinischer Merkur 9 (1954) Nr. 29, S. 4.

10. Deutsche und Juden

- LES ALLEMANDS ONT-ILS ÉVOLUÉ? Discours prononcé le 21 novembre 1962 à l'Université Hébraïque de Jérusalem, o. O. 1962. 7 S. = Bulletin [de l'Office de Presse et d'Information du Gouvernement fédéral] No 47 du 5 dec. 1962. Supplément.
- ARE THE GERMANS CHANGING? An address delivered on Nov. 21, 1962, at the Hebraic University of Jerusalem, o. O. 1962. 7 S. (= The Bulletin. Special Suppl. Dec. 4, 1962).
- AUFGABE UND GRENZE DER TOLERANZ. Der verpflichtende Hintergrund unserer Arbeit. (Zwei Reden: Eugen Gerstenmaier und Adolf Freudenberg.) Hrsg. v. Deutschen Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit. Frankfurt/M 1955, 12 S.
- BRESCHEN IN DIE MAUERN VON HASS. Erklärung vor d. Annahme d. Gesetzentwurfes über den deutsch-israelischen Wiedergutmachungsvertrag im Deutschen Bundestag, 18.3.53. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1953) Nr. 55, S. 468.
- DEUTSCHE UND JUDEN. Beiträge von Golo Mann, Eugen Gerstenmaier [u. a.] Frankfurt a. M. 123 S. (Edition Suhrkamp 196).

- ERFÜLLTES UND GESEGNETES LEBEN DER BRÜDERLICHKEIT. Nur eine Parole dem alten und neuen Terror gegenüber: Widersteht! In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1960) Nr. 50, S. 490–491.
- ES GIBT KEINEN DEUTSCHEN ANTISEMITISMUS. Zur Woche der Brüderlichkeit. In: Christ und Welt 16 (1963) Nr. 11, S. 12.
- DAS GLEICHGEWICHT FEHLT. Unser Verhältnis zu den Juden. In: Christ und Welt (1966). 32, S. 4.
- JÜDISCHER WELTKONGRESS. In: Tribüne 5 (1966) H. 19, S. 1993–2018. [Mit Beitr. von Eugen Gerstenmaier u. a.]
- „UNSER JÜDISCHER MITBÜRGER GEHÖRT IN UNSERE MITTE!“ In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1963) Nr. 184, S. 1607–1608.
- UNSER VERHÄLTNIS ZU DEN JUDEN. In: Der Bürger im Staat 16 (1966) H. 4, S. 98–99.
- UNSER VERHÄLTNIS ZU ISRAEL UND ZUR ARABISCHEN WELT. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1965) Nr. 28, S. 217–218.
- WANDLUNG DER DEUTSCHEN? Tatbestände, Ziele und Gefahren. Vortrag in Jerusalem. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1962) Nr. 216, S. 1835–1840.

11. Kirche und Politik

- ABFALL VOM VATERLANDE? Die Kirche und die EKD-Denkschrift. In: Christ und Welt. 19 (1966) Nr. 1, S. 12.
- CHRIST SEIN IST EIN WAGNIS. Die Verwirklichung des Evangeliums im Bereich der Politik. In: Christ und Welt 8 (1955) Nr. 12, S. 6.
- CHRISTLICHE BRUDERSCHAFTEN IN AKTION. In: Christ und Welt 5 (1952) Festaussgabe S. 37–38.
- DARF SICH DIE CDU CHRISTLICH NENNEN? In: Civis 4 (1957) Nr. 29, S. 12–15.
- DIE DEUTSCHEN PROTESTANTEN UND DIE EUROPÄISCHE EINIGUNG. In: Dokumente 13 (1957) H. 3, S. 171–174.
- EVANGELISCHE KIRCHE UND „OHNE-MICH“-BEWEGUNG. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1955) Nr. 29, S. 237–238.
- EVANGELISCHES ABENDLAND? In: Christ und Welt 6 (1953) Festaussg. S. 17.
- DIE FRAGE DER ÖFFENTLICHKEIT AN DIE KIRCHE. Rede auf dem Deutschen Evangelischen Pressetag in Kassel, 12.6.1955. In: Eugen Gerstenmaier. Reden und Aufsätze. Bd. 1. Stuttgart 1956. S. 193–205.
- FRANKREICHS PROTESTANTISMUS IM KRIEG. Von Albrecht Allmann [d. i. Eugen Gerstenmaier]. Berlin 1940. 75 S. (Frankreich gegen die Zivilisation 12; Schriften des Deutschen Instituts für Außenpolitische Forschung 67).
- GROSS, ERWIN. Das „C“ der Christlich-Demokratischen Union. In: Die Mitarbeit 11 (1962) 3, S. 97–103.

- DAS GROSSE „C“ UND DIE KULTUR. In: *Civis* 7 (1960) Nr. 72, S. 131–136.
- KATHOLISCHES ABENDLAND? Die Einigung Europas in evangelischer Sicht. In: *Rheinischer Merkur* 8 (1953) Nr. 34, S. 3.
- DIE KIRCHE EIN HORT DES „OHNE MICH“? In: *Civis* 1 (1955) Nr. 6, S. 84–86.
- DIE KIRCHE IN DER ÖFFENTLICHKEIT. Beiträge: Eugen Gerstenmaier [u. a.] Stuttgart 1948. 76. S.
- DIE KIRCHE UND DIE KIRCHEN. In: *Kirche, Volk und Staat*. Berlin 1937. S. 100–128.
- DIE KIRCHE UND DIE SCHÖPFUNG. Eine theologische Besinnung zu dem Dienst der Kirche an der Welt. [Photokopie] Berlin 1938. 285 S.
- KIRCHE, VOLK UND STAAT. Stimmen aus der Deutschen Evangelischen Kirche zur Oxforder Weltkirchenkonferenz. Hrsg. v. Eugen Gerstenmaier. Berlin 1937. 311 S.
- DIE KIRCHEN UND DIE GRENZEN. Rede auf der Evangelischen Woche in Flensburg unter dem Titel: „Christen über die Zäune hinweg“, 10. September 1948. In: Eugen Gerstenmaier. *Reden und Aufsätze*. Bd. 1. Stuttgart 1956. S. 135–153.
- LIMES ECCLESIAE. Vom Wirkungsraum der Kirche. In: *Zeitwende* 20 (1949) H. 11, S. 783–794.
- MÄCHTE UND MÖNCHE. Bilder und Gedanken im Südosten. In: *Zeitwende* 17 (1941) H. 4, S. 98–103.
- MORD IN GOTTES NAMEN. Mission und Macht des Christentums. In: *Monat* 21 (1969) H. 255, S. 28–86. [Mit Beitr. von Eugen Gerstenmaier u. a.]
- NUMMERN – ZEITGENOSSEN – BRÜDER. Weltfragen christlicher Existenz. Rede beim Evangel. Männerwerk, Hamburg. 21.10.1962. In: *Christ und Welt* 16 (1963) Nr. 30, S. 25.
- POLITIK IN DER KIRCHE? In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B. 50 (1968), S. 38.
- PREDIGT ÜBER RÖMER 13, 1–10 in Stockholm, St. Gertrud 4. Sonntag nach Epiphania, 30. Januar 1949. In: Eugen Gerstenmaier. *Reden und Aufsätze*, Bd. 1. Stuttgart 1956. S. 35–50.
- DIE PROTESTANTEN UNTER DEM NOTDACH BUNDESREPUBLIK. In: *Basler Nachrichten* (1959) Sonderbeilage „10 Jahre Bundesrepublik Deutschland“
- STAAT OHNE KIRCHE? In: *Kirche und Staat*. Festschrift für Bischof D. Hermann Kunst D. D. zum 60. Geburtstag. Hrsg. von Kurt Aland und Wilhelm Schneemelcher. Berlin 1967. S. 91–104.
- DER UMGANG MIT DER MACHT. Kernproblem des Christen in der Politik. Der Begriff des Amtes. Gebunden von Verfassung, Gesetz und Gewissen. In: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung* (1959) Nr. 165, S. 1645–1646.
- UNSERE CHRISTLICHE VERANTWORTUNG FÜR EUROPA. In: *Zeitwende* 22 (1950) H. 4, S. 289–297.

- VERANTWORTUNG AUS EVANGELISCHER FREIHEIT. Deutsch-Evangelischer Frauenbund. Jahresthema 1962/63. Hannover 1962. 45 S. [Mit Beitr. von Eugen Gerstenmaier u. a.]
- VERGELTUNG ODER VERGEBUNG? Rede zum Reformationsfest in Köln, 31. Oktober 1959. In: Eugen Gerstenmaier: Reden und Aufsätze. Bd. 2. Stuttgart 1962. S. 27–40.
- VERSCHLEUDERUNG DES CHRISTLICHEN NAMENS? Eine Disputation mit Helmut Gollwitzer. Hrsg.: Bundesgeschäftsstelle der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands. 1960. 24 S.
- WARUM DIE CDU SICH CHRISTLICH NENNT. In: Eckart 28 (1959) H. 2, S. 100–103.
- WAS HAT DIE KIRCHE DER POLITIK ZU SAGEN? Rede anlässlich der „Evangelischen Woche“ in Stuttgart am 1.3.1961. o. O. 1961. 14 S.
- WAS IST OBRIGKEIT? Zu einem Buch von Bischof Dibelius. (Dez. 1963) In: Christ und Welt 16 (1963) Nr. 50, S. 12.
- WELTPROTESTANTISMUS. Rundfunkrede im Münchner Sender, Ostermontag, 7. April 1947. In: Eugen Gerstenmaier. Reden und Aufsätze. Bd. 1. Stuttgart 1956. S. 127–134.
- WIDER DIE ÄCHTUNG DER AUTORITÄT. Rede auf der „Evangelischen Woche“ in Nürnberg am 20. Mai 1960. In: Eugen Gerstenmaier. Reden und Aufsätze. Bd. 2. Stuttgart 1962. S. 41–59.

12. Diakonie und Sozialpolitik

- DANK AN CROP. 500-t-Weizenspende. In: Das Hilfswerk. Mitteilungen aus dem Hilfswerk (1948) Nr. 20. Sp. 365–367.
- DREI FORDERUNGEN FÜR DIE FLÜCHTLINGE. In: Arbeitsblatt für die Britische Zone 1 (1947) Nr. 11, S. 396–397.
- DIE EVANGELISCHEN KIRCHEN DEUTSCHLANDS IM DIENSTE DES SOZIALEN WOHNUNGSBAUES. The Protestant Churches in Germany and their part in the social housing programme. Verw. von Eugen Gerstenmaier. Stuttgart 1951. 16 S., 15 S. Abb.
- FLÜCHTLING ZWISCHEN DEN VÖLKERN. Alle entscheidenden Fragen der Vertriebenen mit den entscheidenden Lebensfragen der ganzen Nation verbunden. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1953) Nr. 162, S. 1359–1360.
- FLÜCHTLINGE UND VERSCHLEPPTE. Die Flüchtlingsfrage auf der Tagung des Lutherischen Weltbundes in Lund. In: Mitteilungen aus dem Hilfswerk (1947) Nr. 5, Sp. 75–78.
- HILFE FÜR DEUTSCHLAND. Hrsg.: Forum Academicum. Frankfurt/M. 1946. 27 S.
- DAS HILFSWERK ALS AUFGABE DER KIRCHE. In: Dank und Verpflichtung. 1945–1955, 10 Jahre Hilfswerk der Evangelischen Kirche für Deutschland. Hrsg. vom Zentralbüro des Hilfswerkes. Stuttgart 1955. S. 13–17.

- DAS HILFSWERK DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN DEUTSCHLAND. Bericht auf dem zweiten Kirchentag und der Tagung des Wiederaufbau-Ausschusses der Evangelischen Kirche in Deutschland in Treysa, Mai 1946. Stuttgart 1946. 24 S.
- HOFFNUNGSLOS? Ein Vorschlag an den Flüchtlingsausschuß des Europarats zur Räumung der Flüchtlingslager und Unterbringung von Sowjetzonenflüchtlingen. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1953) Nr. 85, S. 721–724.
- DIE KIRCHE VOR DEN SOZIALEN AUFGABEN UNSERER ZEIT. In: Christ und Welt 3 (1950) Nr. 24 und 25.
- MÜSSEN MILLIONEN DEUTSCHE VERHUNGERN? Auszug aus d. Rede in Bielefeld aus Anlaß d. 2jähr. Bestehens d. Hilfswerks Westfalen. In: Das Hilfswerk. Mitteilungen aus dem Hilfswerk (1947) Nr. 9, Sp. 132–133.
- DER MUT ZUR WAHRHEIT, WILLEN ZUR GERECHTIGKEIT UND EINEN WEG IN DIE FREIHEIT. Vortrag in Stuttgart, 24.6.47. In: Das Hilfswerk. Mitteilungen aus dem Hilfswerk (1947) Nr. 5, Sp. 69–74.
- POLITISCHE DIAKONIE. Zugleich ein Diskussionsbeitrag zur Frage der christlichen Politik. In: Evangelische Welt (1953) Nr. 10, S. 274–275.
- REDE ZUM HUNDERTJÄHRIGEN BESTEHEN DES EVANGELISCHEN JOHANNESSTIFTES IN BERLIN-SPANDAU, 15.5.1958. In: Christ und Welt 11 (1958) Nr. 21, S. 7.
- DIE STUNDE DER EVANGELISCHEN ARBEITER. Christlich-soziale Verwirklichung. In: Christ und Welt. Stuttgart 5 (1952) Nr. 25, S. 3.
- WELTPROTESTANTISMUS. DAS HILFSWERK DER EVANGELISCHEN KIRCHEN IN DEUTSCHLAND. Zwei Rundfunkvorträge. Schwab. Gmünd 1948. 11 S. (Evangelischer Schriftendienst 17).
- „WICHERN ZWEI“. Zum Verhältnis von Diakonie und Sozialpolitik. In: Das diakonische Amt der Kirche. Hrsg. von Herbert Krimm. 2. überarb. Aufl. Stuttgart 1965. S. 467–518.
- ZEHN JAHRE HILFSWERK. Rede bei der Zehnjahrfeier des Hilfswerks der Evangelischen Kirche in Deutschland in der Christus-Kirche in Berlin-Dahlem, 18. Oktober 1955. In: Eugen Gerstenmaier. Reden und Aufsätze. Bd. 1. Stuttgart 1956. S. 110–124.

13. Bildung und Kultur

- AUS DER ARBEIT DES INSTITUTS FÜR AUSLANDSBEZIEHUNGEN. In: Institut für Auslandsbeziehungen. Mitteilungen. Jg. 8. 158. Nr. 4. S. 267–278.
- DIE BILDUNG UND DIE MACHT. Frankfurt/M 1962. 15 S. [Aus: Die Deutsche Universitätszeitung. Frankfurt/M. (1962) 7].
- DAS BILDUNGSWESEN ALS GEGENSTAND DER FORSCHUNG. Hrsg. v. Eugen Lemberg. Mit Beitr. v. Eugen Gerstenmaier [u. a.]. Heidelberg: Quelle & Meyer 1963. 312 S. (Veröffentlichungen der Hochschule für Internationale Pädagogische Forschung 3).

FREIHEIT – WOZU? Rede auf dem Kulturkongreß der CDU/CSU, Gelsenkirchen, 28. November 1960. In: Eugen Gerstenmaier. Reden und Aufsätze. Bd. 2. Stuttgart 1962. S.163–189.

SPRACHE, WISSEN, BILDUNG. Beiträge zu den Bildungsfragen unserer Zeit. Hrsg.: Gesellschaft für Christlich-Demokratische Bildungsarbeit. Köln 1957. 82 S. (Schriftenreihe der Politischen Akademie Eichholz).

WIR MÜSSEN DAS GRUNDGESETZ ÄNDERN. CIVIS interviewte Bundestagspräsident Dr. Eugen Gerstenmaier. In: CIVIS 9 (1962) 8, S. 18–19.

14. Naturschutz

NATURSCHUTZ IST PFLICHT. Arbeitsgemeinschaft Deutscher Beauftragter für Naturschutz und Landschaftspflege, Bad Godesberg. Bonn 1956. 10 S.

UNSER WALD UND UNSER WILD. Rede zur Eröffnung der Deutschen Jagd-, Forst- und Holz-Ausstellung in München am 19.9.1963. o. O. 1963. 11 S.

DAS WAIDWERK IN DEUTSCHLAND. Stand und Aussichten. Erinnerungswerk an die Deutsche Jagd Ausstellung 1963 in München. Im Auftr. d. Deutschen Jagdschutzverbandes e. V. Vereinigung der deutschen Landesjagdverbände hrsg. v. Gerd von Lettow-Vorbeck. Hamburg, Berlin 1963. 150 S. [Mit Beitr. von Eugen Gerstenmaier u. a.]

15. Afrika

AFRICA'S TOMORROW HAS DAWNED. In: Germany 5 (1960) No. 17, S. 810.

AFRIKA AM SCHEIDEWEGE. „Würde ist wichtiger als Geld“. Rolle und Aufgabe der Deutschen. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1960) Nr. 8, S. 65–66.

EINTRITT AFRIKAS IN DIE WELTGESCHICHTE. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1960) Nr. 200, S. 1925–1926.

DAS NEUE AFRIKA. In: Afrika heute. 3 (1960) S. 713.

WIRD DAS SCHWARZE AFRIKA ROT? In: Kasseler Post 80 (1962) Nr. 122, S. 2.

16. Zeitgeschichte

ANWENDUNG DES ARTIKELS 18 TUT NOT. Gegen Mißbrauch freiheitlicher Rechte durch unbelehrbare Nationalsozialisten. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1956) Nr. 40, S. 349–350.

„DEMORALISIERUNG“ IN DER BUNDESREPUBLIK? Trotz seiner „Affären“ steht unser freiheitlicher Staat immer noch turmhoch über dem Zwangsstaat der Unfreiheit. In: Bulletin des Presse- u. Informationsamtes der Bundesregierung (1963) Nr. 104, S. 927–928.

- DEUTSCHLAND IN DER MEINUNG DES AUSLANDS. Probleme des Auslandsdeutschtums. Ulbricht wird nicht geglaubt. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1964) Nr. 63, S. 551.
- DIE EINE WELT. Gegen Zwangsvorstellungen und Angst. In: Christ und Welt 6 (1953) Nr. 1, S. 12.
- FEINDE FÜR IMMER? In: Die Zukunft des Kommunismus. Hrsg. von Johannes Gaitanides. München 1963. S. 110–119.
- HERR ÜBER DIE WELTGESCHICHTE. In: Staatszeitung – Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz. Koblenz 10 (1959) Nr. 51 (Weihnachtsausgabe), S. 12.
- „IHR LIEBEN PARTEIEN“. Randbemerkungen zum Thema Rundfunk und Parteien. In: Christ und Welt 7 (1954) Nr. 2, S. 5.
- „IM NAMEN DESSEN ...“. Beitrag zum Volkstrauertag 1952 in der Schwäbischen Rundschau vom 23. November 1952. In: Eugen Gerstenmaier. Reden und Aufsätze. Bd. 1. Stuttgart 1956. S. 177–192.
- DAS KARDINALTHEMA DER WELTPOLITISCHEN AUSEINANDERSETZUNG. Entfaltung auf der Grundlage gesetzlicher Freiheit Die ersten freien Wahlen in Berlin vor 150 Jahren. Rede. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1959) Nr. 80, S. 764.
- DIE LAST DES VORWURFS. Zweimal deutsche Kriegsschuld? In: Christ und Welt 17 (1964) Nr. 36, S. 12.
- NACH DEM UNTERGANG DES ABENDLANDES. Über das neue Buch von Helmut Schelsky. In: Deutschland Magazin 7 (1975) Nr. 4, S. 14–15.
- 1967 [NEUNZEHNHUNDERTSIEBENUNDSECHZIG] – JAHR DER PROBE. In: Staatszeitung – Staatsanzeiger für RheinlandPfalz 18 (1967) Nr. 1, S. 12.
- REDEN UND AUFSÄTZE. Mit einer Einführung von Paul Collmer. Bd. 1. Stuttgart 1956. 439 S. und Bd. 2. Stuttgart 1962. 426 S. [Mit einer Bibliographie Bd. 1, S. 425–439.]
- DIE SCHULD. Wir alle müssen gemeinsam für unsere Geschichte stehen. Ansprache im WDR, 31.8.64. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Bonn (1964) Nr. 136, S. 1271–1272.
- DIE VERWANDLUNG DER WELTGESCHICHTE. In: Stuttgarter Zeitung (1954) Nr. 300, S. 1.
- VOR 20 JAHREN BEGANN DER KRIEG. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1959) Nr. 159, S. 1597–1598.
- WEIHNACHTEN. In: Stuttgarter Zeitung (1955) Nr. 296, S. 1.
- WIE KAM ES ZUR BUNDESREPUBLIK? Politische Gespräche mit Männern der ersten Stunde. Hrsg. von Albert Wucher. Freiburg i. Br. 1968. 191 S. (Herder-Bücherei 324). [Mit Beitr. von Eugen Gerstenmaier u. a.]
- ZEHN JAHRE DEUTSCHE POLITIK, 1949–1959. Hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Bonn 1960. 300 S. [Mit Beitr. von Eugen Gerstenmaier u. a.]

ZUM 7. SEPTEMBER. Vor 6 Jahren trat die neue deutsche Staatsordnung in Kraft. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1955) Nr. 167, S. 1397–1398.

17. Literatur über Eugen Gerstenmaier

Buchstab, Günter: Politik im Zeichen von Widerstand und Kirche. Eugen Gerstenmaier zum 100. Geburtstag In: Die Politische Meinung 51 (2006), H. 441, S. 71–75.

Deutscher Bundestag (Hg.): Eugen Gerstenmaier, Präsident des Deutschen Bundestages von 1954–1969. Zum Gedenken. Bonn 1986. 18 S.

Elzer, Hermann: Es gibt noch Charakterköpfe in Württemberg. Die Europarats-Abgeordneten Eugen Gerstenmaier, Karl Mommer und Karl-Georg Pfeleiderer im Ringen um die Gestaltung des von-Naters-Plans zur Europäisierung der Saar 1953/54. In: Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte 59 (2000), S. 319–401.

Fromme, Friedrich: Eugen Gerstenmaier. In: Persönlichkeit und Politik in der Bundesrepublik Deutschland. Göttingen 1982, S. 155–167.

Gaus, Günter: Der christliche Staatsmann ist kein Missionar. Eugen Gerstenmaier. In: Zur Person. Porträts in Frage und Antwort. München 1964, S. 117–139.

Gayer, Kurt: Der Schwierige – Eugen Gerstenmaier. In: Die Schwaben in Bonn. Stuttgart 1968, S. 48–59.

Gerstenmaier, Eugen/Gerstenmaier, Brigitte: Zwei können widerstehen. Berichte und Briefe 1939–1969. Bonn 1992, 201 S.

Gniss, Daniela: Eugen Gerstenmaier. Ein Politiker aus christlicher Überzeugung. In: Historisch-Politische Mitteilungen 10 (2003), S. 173–192.

Gniss, Daniela: Eugen Gerstenmaier (1906–1986). In: Politische Köpfe aus Südwestdeutschland. Stuttgart 2005, S. 288–298.

Gniss, Daniela: Der Politiker Eugen Gerstenmaier 1906–1986. Eine Biographie (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien ; 144). Düsseldorf 2005. 514 S.

Heck, Bruno: Eugen Gerstenmaier. In: Bruno Heck, Grundlagen und Wandel. Osnabrück 1987, S. 186–188.

Bruno Heck (Hg.): Widerstand – Kirche – Staat. Eugen Gerstenmaier zum 70. Geburtstag. Frankfurt/M. 1976. 269 S.

Hermanns, Johannes: Eugen Gerstenmaier (Persönlichkeiten der Gegenwart, 3). Freudenstadt 1966. 66 S.

Kaiser, Jochen-Christoph: Eugen Gerstenmaier in Kirche und Gesellschaft nach 1945. In: Protestanten in der Demokratie. Positionen und Profile im Nachkriegsdeutschland. München 1990, S. 69–92.

- Kunst, Hermann (Hg.): Für Freiheit und Recht. Eugen Gerstenmaier zum 60. Geburtstag. Stuttgart 1966. 146 S.
- Kunze, Rolf-Ulrich: Eugen Gerstenmaier und der 20. Juli 1944. In: Portraits zur Geschichte des deutschen Widerstands. Rahden/Westf. 2005, S. 139–155.
- Löffelholz, Thomas: Eugen Gerstenmaier. In: Sie prägten Deutschland. Eine Geschichte der Bundesrepublik in politischen Porträts. München 1999, S. 111–128.
- Meier, Andreas: Eugen Gerstenmaier. Profile des Luthertums. Biographien zum 20. Jahrhundert. Gütersloh 1998, S. 185–201.
- Meier, Andreas: Eugen Gerstenmaier. In: Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages 1949-2002. Bd. 1: A–M. München 2002.
- Möller, Franz: Eugen Gerstenmaier und die Bundesversammlung in Berlin 1969. In: Historisch-Politische Mitteilungen 9 (2002), S. 95–126.
- Rau, Johannes: Eugen Gerstenmaier (1906-1986). In: Geschichte in Porträts. Holzgerlingen 2001, S. 105–112.
- Sauer, Thomas: Eugen Gerstenmaier (1906-1986). In: Deutsche Politiker 1949–1969. Darmstadt 1999, S. 30–40.
- Schlabrendorff, Fabian von: Eugen Gerstenmaier im Dritten Reich. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 15 (1965), 41, S. 3–16.
- Schlabrendorff, Fabian von (Hg.): Eugen Gerstenmaier im Dritten Reich. Eine Dokumentation. Stuttgart 1965. 62 S.
- Schnelting, Karl B. (Hg.): Eugen Gerstenmaier im Gespräch mit Johannes Gross. In: Zeugen des Jahrhunderts. Bd. 2: Porträts aus Politik und politischer Wissenschaft. Frankfurt/M. 1982, S. 9–54.
- Senghor, Léopold Sédar: Eugen Gerstenmaier l’Africain. In: Afrika und die Deutschen. Pfullingen 1981, S. 14–18.
- Stickler, Matthias: Eugen Gerstenmaier (1906-1986). Bundestagspräsident. In: Christliche Demokraten gegen Hitler. Aus Verfolgung und Widerstand zur Union. Freiburg/Br. 2004, S. 217–226.

Ergänzt auf der Grundlage der Zusammenstellung der Bibliothek des Deutschen Bundestags in: Bruno Heck (Hg.) Widerstand – Kirche – Staat. Eugen Gerstenmaier zum 70. Geburtstag. Frankfurt/M. 1976. S. 241–264.

Autoren und Herausgeber

Günter Buchstab

Dr. phil., Leiter der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin

Martin Honecker

Dr. theol., Professor em. für Evangelische Sozialethik, Bonn

Michael Klein

Dr. theol., Dr. phil., Privatdozent, Lehrtätigkeit an der Kirchlichen Hochschule Wuppertal und an der Universität Heidelberg

Norbert Lammert

Norbert Lammert, Dr. rer. soc., seit 1980 Abgeordneter des Deutschen Bundestages, seit 2005 Bundestagspräsident, Berlin

Rudolf Morsey

Dr. phil., Dr. h.c., Professor em. für Neuere und Neueste Geschichte, Neustadt a. d. Weinstraße

Joachim Scholtyseck

Dr. phil., Professor für Neuere und Neueste Geschichte, Universität Bonn